

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 30 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1808.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.      Sonnabend, den 13. Februar 1897.      Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Quittung.

Im Monat Januar sind bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge eingegangen:  
 Apolda 6,—, Augsburg, U. 20,—, Berlin, Beiträge der Wahl-  
 kreise: 1. Kr. 50,—, 2. Kr. 250,— (darunter Uebersch. v. Wahren  
 Jakob 4,45), 3. Kr. (Oranienburger Vorst. u. Wedding) 300,—  
 (darunter Polarlicht 77,50), 6. Kr. (Schönhäuser Vorst.) 800,—  
 6. Kr. (Rosenthaler Vorst. und Gesundbrunnen) 300,—  
 (darunter Sandstraße 18 1,—, Häbner, Swinemünder Gesell-  
 schaftshaus 10,—), Berlin, diverse Beiträge: 2. und 3. Kr. 5,—  
 Dr. L. H. 20,—, Rother Buchbinder, Grünstraße 5,—,  
 E. B. —50,—, D. M. 10,—, S. G. 1,—, M. B. 75,—, J. B. 25,—,  
 M. W. 1,—, M. Ham. 3,—, B. V. 3. S. 5000,—, Bremerhaven  
 100,—, Breslau 250,—, Bremen, L. B. 10,—, Bamberg,  
 J. Rohrbach d. Strauß 10,—, Grimmitzschau, d. A. G. 200,—  
 (darunter Rev.: Fel. R. 3,—, D. G. 1,03, M. R. 3,—,  
 L. S. 3,—, A. R. in L.-Ch. 2,—; Dez.: Auschuh „Angenannt“ 6,15,  
 lustige R. —40,—, J. R. b. B. 1,—, A. R. i. L.-Ch. 1,50, G. B.  
 2,—, G. D. 3,—) Cottbus, S. 10,—, Grimmitzschau, D. 1,30,  
 Darmstadt, v. Genossen 50,—, Dresden, 4. sächs. Wahlkr. 500,—  
 Eisdorf, von Genossen v. E. u. Ung. 10,—, Falkenberg (Oberschl.)  
 2,—, Fünfzehner sächs. Reichstagswahlkr. 100,—, Falkenstein  
 i. B. 15,30, Greiz, von Genossen von Greiz und Umgegend 50,—  
 Gera (Reich) 100,—, Hamburg, C. Im. 10,—, Hamburg, 2. Wahl-  
 kreis „Einigkeit“ 21,55, Haldstedt, von Genossen 10,—, Hohen-  
 limburg 13,25, Karlsruhe, durch den Vertrauensmann 20,—,  
 Lauterburg a. S., rothe Hochzeit 3,50, München, Walblauer  
 5,—, Mann im Mond 2500,—, Memel, von Genossen 5,—,  
 Mannheim von Genossen 100,—, Marburg, Heinemann 2,—,  
 Nordhausen d. b. Vertrauensmann 5,—, Oppersheim von Genossen  
 20,—, Oberlangenbielau, von Arbeitern aus d. Engengebirge 100,—  
 Offenburg 3,—, Offenburg, Jltis-Prozess 9,50, Paris 30,—, Pausa,  
 v. Mittelpunkt der Welt 10,—, Schwabischer Jinsgrochen 25,—,  
 Sluttgart, aus Bärtingenberg, 50,—, Striegau 30,—, Stuttgart,  
 Ulrich, 10,—, Wirgeburger sächsischer Reichstags-Wahlkreis 100,—  
 Welfert 100,—, „Vorwärts“, 4. Quartal 1896, 11 118,70, Wismar  
 a. S. 20,—, Wiesbaden, Wahlkr. (Prozess Schröder) durch B. 39,85,  
 K. J. 3. 1200,—, Zehnter sächsischer Reichstags-Wahlkreis 100,—,  
 Hamburg-Gimsbüttel, den 9. Februar 1897.  
 Für den geschäftsführenden Ausschuss.  
 H. Gerisch, Eichenstr. 4.

### Kanonenfieber und Flottenkoller.

Vor einigen Wochen hatte der Reichstag einen heftigen Anfall von Kanonenfieber. Die Kanonen, auf die das Deutsche Reich gegründet ward, sollten ursprünglich nichts taugen, und ein paar hunderte von Millionen sollten nötig sein für neue, bessere Kanonen. Aber — und das vermehrte den Schrecken — es sollte alles ganz heimlich geschehen, damit der liebe Nachbar im Westen nichts davon merke. Für Geheimhaltung des Kanonengeheimnisses wurde das Ehrenwort gefordert, gegeben und gebrochen. Gebrochen, obgleich oder weil es mit Fußangeln umringt war. Der Bruch schadete indes nicht viel, denn es stellte sich bald heraus, daß das Kanonengeheimnis ein Hauswursten-Geheimnis war, das heißt ein Geheimnis, das alle Deutschen, französischen und sonstigen Späzen von allen Dächern einander zuwischerten. Und es stellte sich weiter heraus, daß die neuen Kanonen in Deutschland schon längst heimlich beschafft waren, und daß es sich nur darum handelte, welcher von beiden Schlaumeiern, der deutsche oder der französische, zuerst, zwar nicht schießen, aber doch den Mantel des Geheimnisses von den Kanonen abziehen sollte.

So steht die Sache jetzt. Es fragt sich bloß, wer wird den Anfang machen mit der Kanonen-Flucht in die Dessenlichkeit? Lange warten darf man allerdings nicht, denn sonst wird die neuere Kanone, die längst erfunden und schon stark in der Vorbereitung ist, vorher fertig, und die neue Kanone kann mit samt dem Schleier des Geheimnisses geradenwegs als altes Eisen zum Lumpenkrämer getragen werden.

Wie dem nun sei — das Kanonenfieber des Reichstags ist aus dem akuten wieder in das chronische Stadium getreten — über Kanonen wird der Reichstag einstweilen nicht stolpern.

Doch ein anderer Stein des Anstoßes liegt ihm im Wege — ein Stein, noch viel dicker und größer als die Kanonen, dick und groß wie sie sein mögen: nämlich drei bis vier Duzend Schlachtschiffe, die einstweilen allerdings nur auf dem Papier schwimmen. Wir sagen: drei bis vier Duzend — weil wir, um Zeit zu ersparen, gleich diejenigen Schiffe mitrechnen, die hinter den, amtlich aufs Papier gezeichneten, schwimmen und vorläufig noch von ihnen vorzüglich verdeckt werden.

Wir Deutsche sollen uns eine Kriegsflotte bauen, so stark, daß sie mit den Flotten der Franzosen, Russen und Engländer sich messen kann.

Für dieses Ziel sollen wir zunächst die Kleinigkeit von zwei- bis dreihundert Millionen, und schließlich, wenn sich alles zusammengelappert, die noch größere Kleinigkeit von zwei bis drei Milliarden bezahlen, das ist zwei- bis dreitausend Millionen. Und sogar noch mehr Milliarden, viel mehr; denn in der französischen Flotte stecken jetzt bereits über fünfzigtausend Millionen, in der russischen ungefähr ebenso viel, und in der englischen mindestens zehntausend Millionen.

Unser Freund Gallus hat uns vorigen Monat erzählt, was die Franzosen für ihre fünfzigtausend Millionen haben:

einen Haufen alten Bauholzes und alten Eisens, und eine Sammlung von schwimmenden Särgen. Unsere deutschen Flotten-Schwarzgeister entwerfen von der deutschen Flotte ein ähnliches Bild; die englischen Sachverständigen stellen der englischen Flotte kein besseres Zeugnis aus, und von der russischen Flotte hat man nie etwas anderes gehört.

Es herrscht also eine rührende Uebereinstimmung darin, daß alle jetzigen Flotten nichts taugen. Und auch in betreff des warum herrscht allgemeine Uebereinstimmung. Sämtliche bisherigen Schiffskonstruktionen leiden entweder daran, daß sie allzu schwerfällig sind, so daß die Schiffe eine gefährliche Neigung haben, von selbst unterzugehen, und auf stürmischer See sich nicht bewegen können; oder sie sind allzu leicht, so daß sie beim Zusammenstoß mit den eisengepanzerten Kolossen zerdrückt werden wie Pappschachteln.

Was thun, um eine wirklich seetüchtige Flotte zu schaffen? Das ist das Räthsel, vor dem all unsere Marine-Techniker stehen, und das bis auf den heutigen Tag noch keiner gelöst hat. Der Schiffsbau ist gegenwärtig im Zeichen chaotischer Anarchie; jede neue Entdeckung vermehrt nur noch die Rathlosigkeit.

Und da sollen wir Deutsche ins Blaue hinein Schiffe bauen? Wahrhaftig, wir haben unser Geld besser zu brauchen. Nehmen wir an, wir entschlossen uns zu dem Opfer an Neptun. Was geschähe? Wir bauten eine Anzahl Schlachtschiffe nach dem neuesten System. Aber mit dem neuesten System der Schlachtschiffe verhält es sich genau wie mit den neuen Kanonen. Ehe die Schlachtschiffe nach dem neuesten System fertig sind, haben wir wieder ein neueres System, durch welches die Schiffe des jetzt neuesten Systems zu Wrackholz und altem Eisen gemacht sind.

Wenn andere Nationen sich den verfluchten Dugus erlauben wollen, — wir Deutsche sind nicht reich genug, um Milliarden ins Wasser zu werfen.

Und einholen, wo nicht überholen sollen wir die Flotten der anderen Länder. Als ob wir Frankreich, Rußland und England in einen Dornröschchen-Schlaf versetzen könnten, während dessen wir unser Flottenwerk ruhig vollenden könnten! Leider geht das nicht, und für jeden Groschen, den wir in unsere Flotte stecken, stecken die Franzosen und Russen zwei, die Engländer vier in ihre Flotten. Und der Abstand bleibt so immer derselbe. Nur daß wir die Milliarden los sind.

Genug — die „uferlosen Flottenpläne“ — uferlos, trotz aller abwiegender Eendämmungsversuche — sind, ganz abgesehen von kulturellen Gesichtspunkten, praktisch nicht durchführbar. Sie stellen uns vor zwei Unmöglichkeiten. Unmöglich ist es, bei dem heutigen Stande der Technik und bei deren täglichen Fortschritten ein Schiffsbau-System zur Anwendung zu bringen, das nicht noch vor seiner Durchführung veraltet ist. Und unmöglich ist es, aus finanziellen und technischen Gründen, die deutsche Flotte so zu verstärken, daß sie den Flotten der alten Seemächte die Spitze bieten kann.

Unmögliches thun wollen ist aber Utopisterei. Und der Reichstag hat sich nicht auf Utopistereien einzulassen, zumal solche, die Milliarden verschlingen.

Mächtige Personen und mächtige Parteigruppen sind eifrig bemüht, den Reichstag für die „uferlosen Pläne“ zu gewinnen — oder zu ihrer Annahme zu zwingen. Schmeicheleien wechseln ab mit Drohungen.

Das Gespenst der Auflösung wird wieder heraufbeschworen. Ein Jammer-Reichstag, der durch dieses lächerliche Gespenst ins Bockshorn gejagt würde! Der Reichstag ist die Vertretung des deutschen Volkes, und er hat die Pflicht, die Interessen der Gesamtheit zu wahren; — diese Interessen den Wünschen einzelner Personen und kleiner Parteigruppen zu opfern, wäre ein Verrath am Volk.

Wage man es, den Reichstag aufzulösen! Eine bessere Wahlparole finden wir nicht. Nachdem die höchsten militärischen Autoritäten in autoritativster Weise erklärt haben, daß für die Verteidigung unserer Küsten wirksamst gesorgt ist, haben wir leichtes Spiel, den Wählern, die noch nicht klar sind, es sonnenklar zu machen, daß die „uferlosen Flottenpläne“ keine Berechtigung haben und nur gemeinschädlich sind.

Hede man uns nicht vom „Ansehen“ Deutschlands! Dummes Zeug! Zum „Ansehen“ gehören andere Dinge als todt und lebendige Mordmaschinen. Die kleine Schweiz ist überall hoch angesehen im Ausland — und sie hat weder eine Flotte noch eine Armee. Und was die Enthüllungen des Leckert-Lühow-Prozesses dem Ansehen des Deutschen Reichs geschadet haben, würde durch hundert neue Kriegsschiffe nicht aufgewogen.

Hier ist es, wo der Hebel angelegt werden muß. Reinigung des Augiasstalls unserer inneren Politik!

Und keinen Pfennig für die „uferlosen Flottenpläne“!

Das sei die Lösung des Reichstags. Das ist unsere Lösung!

Und das wird im Fall einer Auflösung unser Schlußruf sein bei den nächsten Reichstagswahlen.

### Politische Ueberflucht.

Berlin, 12. Februar 1897.

**Aus dem Reichstage.** Die Diskussion des Etats des Reichsheeres leitete heute unser Genosse v. Bollmar zunächst mit einer Erklärung über die Stellung unserer Partei zu dem System der stehenden Heere ein. Wir sind Gegner dieses Systems, weil es die Kräfte des Volkes auszucht, ohne den Zweck der Friedenssicherung zu erreichen. Die sich fortgesetzt steigenden Lasten müssen schließlich eine Stimmung erzeugen, die in den Worten: „Lieber ein Ende mit Schrecken, wie ein Schrecken ohne Ende“, ihren Ausdruck findet. Diese Beurteilung des modernen Militarismus beschränkte sich aber durchaus nicht auf unsere Parteikreise, sondern sie verbreitete sich immer mehr auch in den bürgerlichen Schichten, und selbst in den militärischen Kreisen finde sie Eingang. Redner weist diesbezüglich auf schriftstellerische Aeußerungen eines gewissen französischen Kriegsministers, des österreicherischen Generalleutnants Freiherrn v. Sacken und unseres jetzigen preussischen Kriegsministers hin.

Besonders die Frage der Leitung und Verpflegung der ungeheuren Heeresmassen, die ein zukünftiger Krieg auf die Beine bringen werde, sei vorläufig noch ein ungelöstes Räthsel. Von konservativer und am Militarismus persönlich beteiligter Seite werden solche legerische Ansichten freilich verfehmt und so sei es ja auch dem General v. Goller, dem derzeitigen Kriegsminister, passiert, daß sein Vorschlag, die nicht verbündeten Staaten möchten Verträge schließen, in denen sie sich auf eine Reihe von Jahren verpflichten, keinen Krieg gegenseitig zu führen, als staatsgefährlich und gottlos erklärt wurde. Der Vorschlag wolle dem „Herrn der Heerschaaren in die Arme fallen“ und durch Ausführung desselben würden die „Waffen rusten und das nationale Gefühl ersticken“. Glücklicherweise fehle wenigstens im arbeitenden und erwerbsthätigen Volke für diesen Landstreichersstandpunkt bereits jedes Verständniß.

Unser Redner wandte sich dann den einzelnen Beschwerden zu. Er brachte das Verlangen nach warmem Abendbrot für die Mannschaften vor und kritisierte die in dem Prozeß gegen unser Münchener Partei-Organ aufgedeckten Uebelstände bei den Menageverhältnissen. Weiter erinnerte Bollmar an die noch immer nicht beseitigten Mißhandlungen der Soldaten durch Vorgesetzte, die Duellmissethe, welche durch die neue kaiserliche Verordnung vielleicht etwas eingeschränkt, sicher aber nicht ganz beseitigt werde. Vom Beschwerderecht des Soldaten erklärte Bollmar, daß dasselbe eigentlich nur den Beschwerdeführern gefährlich sei. Die Einrichtung, daß die unbegründete oder leichtsinnig geführte Beschwerde bestraft werde, sei im bürgerlichen Verfahren längst abgeschafft, beim Militär diene sie nur dazu, von der Bemühung des Rechtes abzuschrecken. Zum Schluß protestierte Bollmar gegen die Verfassungs- und gesetzwidrige Ausnahmehandlung, welche den als Sozialdemokraten bekannten Soldaten in der Kaserne widerfahre. Wenn der Soldat seine Pflicht erfüllt, habe niemand ihn nach seiner politischen Ueberzeugung zu fragen, geschehe dies aber doch, so sei dies eine grobe Verletzung von Recht und Gesetz, welches alle Bürger für gleich erkläre. Nach Bollmar nahm der Kriegsminister das Wort. Zum Unterschied von seinem temperamentvollen Vorgänger ist Herr v. Goller gar kein Redner und so beschränkte er sich nur auf allgemeine Bemerkungen, worunter auch die alte Behauptung wiederkehrte, daß die von den Sozialdemokraten vorgebrachten Beschwerden sich nachher häufig nicht bewahrheiteten. Die Extrabehandlung der sozialdemokratischen Soldaten verteidigte der Herr Minister damit, daß die Sozialdemokratie eine Partei sei ohne Glauben an Gott und gegen König und Vaterland.

Die treffende Antwort darauf gab Genosse Bebel. An einer Reihe von gerichtlichen Urtheilen und anderen attemmäßig feststehenden Fällen wies er das Hinsfällige der ministeriellen Beschuldigung zurück. Bebel erklärte, daß nicht Skandal-sucht, wohl aber Partei- und Menschenpflicht uns dazu gebracht hätten, die skandalösen Mißhandlungsfälle und andere notorische Mißstände, so die Ueberanstrengungen im Dienste, bei Uebungen etc. vorzubringen. Wäre der wirklich existente Wille, diese Mißstände abzuschaffen, vorhanden, so wäre das auch längst gelungen. Der Redner ging dann auf die einzelnen Mißstände, welche Genosse Bollmar schon gestreift hatte, näher ein. Besonders tadelte er die Fälle, wo Soldaten Privat-unternehmern als Arbeiter zur Verfügung gestellt oder gar als Streikbrecher Verwendung gefunden haben. In bezug auf unsere Stellung zur Religion belehrte Bebel den Kriegsminister, daß unsere Partei allen Bekenntnissen offen stehe und daß wir niemanden weder nach seiner Abstammung noch nach seiner religiösen Ueberzeugung fragen.

Der Kriegsminister erwiderte darauf, daß er aus Bebel's Rede auf's neue die Bestätigung gehört habe, daß die Sozialdemokratie die internationale Revolutionspartei sei und damit sei alles gesagt.

Der freisinnige Bebel brachte hierauf den Fall von Bräsewitz zur Sprache und der Minister gab nun das kriegsgerichtliche Urtheil zum besten. Der von Bräsewitz ist darnach wegen vorsätzlichen Todtschlags zu 3 Jahren Gefängniß und Dienstentlassung und außerdem wegen eines anderen militärischen Vergehens zu 20 Tagen verurtheilt. Das Gericht hat vorsätzliche Tödtung, aber ohne Ueberlegung angeführt.

angenommen. Zu letzterer hatte Bräsewitz keine Zeit, aber er war mit dem Ergebnis seiner That einverstanden. Dem Bräsewitz waren inildernde Umstände zuerkannt, weil er notorisch besoffen war und weil er durch das fleghafte Benehmen seines Opfers gereizt war.

Der Minister theilte noch mit, daß er grundsätzlich daran festhalte, daß Transporte militärischer Gefangener in belebten Straßen nur in geschlossenen Wagen stattfinden dürfen, um die bekannten Schiebereien auf den Straßen zu vermeiden.

Kardorff vertheidigte hierauf die Verwendung der Soldaten im Dienste der Landwirthe, worauf Vertagung eintrat.  
Morgen 12 Uhr Fortsetzung.

Das preussische Abgeordnetenhaus fehte heute die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern fort. Das Gehalt des Ministers wurde nach kurzer, mehr persönlicher Auseinandersetzung zwischen einzelnen Abgeordneten bewilligt, ohne daß das aktuelle Thema der politischen Polizei auch nur berührt wurde. Das Haus scheint demnach durch die gestrigen Erklärungen des Ministers des Innern zufriedengestellt. Nachdem das Gehalt des Ministers bewilligt war, verlor sich die Debatte in Einzelheiten. Hervorzuheben ist, daß der Minister auf eine Anregung des Abg. Dr. Arndt (L.) einige Kusschlüsse über die „Berliner Korrespondenz“ machte, die jetzt in einer Auflage von 1700 erscheint, und die Frey. von der Rede in demselben Geiste zu leiten versprach, wie sein Vorgänger. Von verschiedenen Seiten wurden die Mißstände auf der Berliner Pferdebahn zur Sprache gebracht, obgleich diese Frage gar nicht zum Ressort des Ministeriums des Innern gehört. Auch eine bessere Befolgung der Schutzpolizei, die heute nur ein Gehalt von 1100—1500 M. beziehen, wurde angeregt, aber von der Regierung abschlägig beschieden, da der jetzige Befoldungsplan sich nur auf die mittleren und höheren Beamten bezieht. Die bekannte Verfügung des Polizeipräsidenten, betr. die äußere Heilighaltung des Sonntags, wurde vom Abg. Sch. (r. Sp.) einer scharfen Kritik unterzogen. Nachdem noch der Antrag der Polen auf Abschaffung der Distriktskommissare in der Provinz Posen abgelehnt war, wurde die Beratung auf morgen vertagt. Zu den Ausgabeteilen, die morgen an die Reihe kommen, gehört auch die Forderung von 200 000 M. für geheime Ausgaben der Polizei.

Die türkische Regierung soll sich dazu entschlossen haben, in einer Note an die europäischen Mächte diese für die Anarchie auf Kreta verantwortlich zu machen. Wir glauben nicht, daß die Pforte hierzu den Muth gehabt hat. Hätte sie es gethan, so hätte sie nur die Wahrheit gesagt. Das ganze Vorgehen der Mächte auf Kreta ist eine systematische Organisirung der Anarchie. Der griechischen Regierung erlaubt man, Freischärler auf die Insel zu schicken; den Türken verbietet man, reinen Tisch zu machen; und nicht bloß das, sondern man zwingt sie sogar, eine griechische, macedonische, bulgarische und montenegrinische Gendarmerie für Kreta zu errichten, das heißt in des Wortes wesenigster Bedeutung: den Boden zum Gärtner zu sehen. Das es nach solcher „Friedensstiftung“ zum Drunter und Drüber kommen mußte, das liegt auf der Hand.

Aus dem heute eingetroffenen Depeschmaterial theilen wir bloß das wichtigste mit:

Einer Meldung der „Times“ aus Kanea zufolge ist am 11. Februar die gesammte mohamedanische Bevölkerung von Maleviz, Lemnos, Pyrgiotissa und Monofazi in Kandia eingedrungen, hat die Christen in den Straßen angegriffen und verwundet und Häuser geplündert. Es sollen sich auch Soldaten an der Plünderung betheilt haben. Der Präsekt von Sitia meldet, es seien in dem benachbarten Distrikt 800 Mohomedaner getödtet worden und giebt der Befürchtung Ausdruck, die in der Stadt ansässigen Mohomedaner würden aus Rache die Christen niedermetheln.

Die „Frankf. Zig.“ erzählt aus Kanea: In Kanea wurde die Feuerbrunst mit Hilfe der fremden Matrosen gelöscht. Die Ruhe ist wieder hergestellt. Die Christen flüchten nach Griechenland. Nach Methymno sind zur Verhinderung von Plünderungen Kriegsschiffe abgelandet. In Kandia herrscht daher große Furcht.

Nach Meldungen aus Kreta, die über Athen eingetroffen sind, werden die Türken muthlos, die Christen andererseits halten Haleppa und alle strategisch wichtigen Punkte in der Umgegend von Kanea besetzt und drohen, die Stadt anzugreifen. Eine Abtheilung der Befehlshaber des Panzers „Hydra“ bleibt zum Schutze des griechischen Konsulats in Haleppa. Die provisorische Regierung wird wahrscheinlich in Haleppa ihren Sitz nehmen. — In Syra haben etwa 1000 Flüchtlinge eine Adresse an die Mächte beschlossen, in der sie die Souveränität des Sultanats für beendet erklären und die Vereinigung Kreta's mit Griechenland proklamieren.

In betref der Entsendung der griechischen Flotte nach Kreta sagt das offiziöse Organ des österreichisch-ungarischen Kabinetts, das Wiener „Freundenblatt“: Gerade die Freunde Griechenlands müssen noch im letzten Augenblick ihre Stimme erheben und Griechenland vom Weiterstreiten zurückhalten. Die österreichisch-ungarische Diplomatie habe bereits ihre Pflicht erfüllt, die übrigen Mächte werden nicht zurückbleiben. Es kann keine Rede davon sein, daß Europa Griechenland beistehen, die Mächte werden die Türkei nicht hindern, Truppen nach Kreta zu senden, die Feindseligkeiten zu erwidern und sie werden das türkische Reformwerk durch eine leichtsinnige Unterstützung Griechenlands nicht zerschellen wollen.

Die Neue Freie Presse erzählt, daß Griechenland von keiner Großmacht, auch England nicht, zu seinem Vorgehen ermuthigt wurde. Auch das englische Kabinet habe in Athen wissen lassen, daß Griechenland in seinem Betreiben der Annexion Kreta's auf eigene Faust auf keine Unterstützung der Mächte zu rechnen habe.

Der türkische Gesandte in Athen Asim Bei hat die griechische Regierung um eine Erklärung über die Entsendung der Torpedoboots-Flotille ersucht. Eine Note der griechischen Regierung an die Mächte giebt Erklärungen über diese Maßnahmen.

Der griechische Geschäftsträger Metaxas in London hat Lord Salisbury gestern Abend eine Note überreicht, in welcher ausdrücklich erklärt wird, daß die griechische Regierung eine Landung türkischer Truppen auf Kreta mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln verhindern werde.

Der „Frankf. Zig.“ wird aus Wien gemeldet: Wie versichert wird, haben gestern sämtliche Großmächte, einschließlich Englands, Griechenland vor einer friedensstörenden Aktion aufs energischste abgerathen. Golschowski hatte eine einstündige Audienz beim Kaiser über die politische Lage. Derselben Blatte wird ferner aus Wien berichtet: In politischen Kreisen werde mehrfach behauptet, die Mächte seien nicht abgeneigt, eine Blokade Kreta's durchzuführen.

Während allgemein die Friedensdröngungen der Kretenser und die Begünstigungen der Bewegung seitens Griechenlands allgemein verurtheilt werden, beginnt die Pariser Presse in auffällender Weise Stimmung für die griechischen Ansprüche auf Kreta zu machen. Rußland und Frankreich beginnen wohl schon Unklarheiten zu schaffen, um später im Trüben fischen zu können? —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Nachdem die Gauschungen in den Geschäftsräumen der „Kritik“, in deren Druckerei und Buchbinderei ergebnislos gewesen sind, scheinen jetzt die nächsten Freunde des Dr. A. Brede mit Besuchen der politischen Polizei bedrückt zu werden. Wie die „Berl. Corr.“ meldet, fand heute Morgen zwischen 8<sup>1/2</sup> und 9<sup>1/2</sup> Uhr bei dem Verlagbuchhändler Eugen Appelhaus aus Braunschweig, in dessen hiesiger Privatwohnung, Königgräferstr. 101, auf Requisition der kgl. Staatsanwaltschaft durch Kriminalkommissarius Schöne nebst üblicher Begleitung eine Hausdurchsuchung nach Manuscripten von Lat-Tzwan, insbesondere nach dem des „Ambidromat. Neujahrsempfang“ statt, weil Herr Appelhaus hinreichend verdächtig erscheint für seinen Freund Dr. A. Brede

Manuscripte Lat-Tzwan's zu erhalten oder zu verbergen. Es wurde eine Anzahl Briefe mit Beschlagnahme belegt, doch sollen dieselben nicht enthalten, was der Staatsanwaltschaft einen Anhalt über Lat-Tzwan böte.

### Deutsches Reich.

— Zur Reform der Militär-Strafprozedur wird der „Frankf. Zig.“ aus München berichtet, daß die einschlägigen Verhältnisse in Bayern in ganz außerordentlicher Weise verschlechtert werden dürften. Die Zahl der bayerischen Militärsoldaten würde sich um  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{2}{3}$  vermindern; da die bayerischen Militärsoldaten jetzt schon stark beschäftigt sind, dürfte nach der Verminderung die Militärgerichtsprozedur zum überwiegend größten Theil aus den Händen der Berufsrichter in die von Offizieren kommen. Rechnet man dazu noch den Umstand, daß das Bestätigungsrecht in dem Entwurf enthalten ist, so zerfällt das Gute der heutigen bayerischen Militärgerichts-Ordnung in den wichtigsten Punkten in nichts. Von einer Stabilität der Gerichte kann demnach nicht mehr die Rede sein. Die Stabilität ist aber die unerläßliche Voraussetzung einer genügenden Rechtsprechung, wie es auch unerläßlich ist, daß die Rechtsprechung in den Händen von Berufsrichtern liegt. Es dürfte einen Sturm der Entrüstung durch das ganze Land hindurch ansetzen, wenn die bayerische Regierung zu solchen Bestimmungen ihre Zustimmung gäbe. Die Divisionsgerichte, die nur einen einzigen Auditor haben sollen, würden unseren bisherigen militärischen Gerichten (Schwurgerichten) entsprechen. Die Standgerichte, bei denen es gar keinen Juristen mehr geben würde, unseren bisherigen Untergerichten. Das Generalauditorial, als oberste gerichtliche Instanz, würde nach dem Entwurf eigentlich ausfallen haben. Es scheint aber, daß man bayerischerseits einen Ausgleich dahin anstrebt, das Gericht im Frieden zu erhalten, im Kriege aber ruhen zu lassen. —

— Die Kommission für Arbeiterstatistik wird am Sonnabend, 20. d. M., im Reichsamt des Innern zusammentreten, um den Bericht über die Erhebung, betreffend die Arbeitsverhältnisse in der Kleider- und Wäscheindustrie fertigzustellen. —

— Selbst Herr Schönlank scheint die Auslegungskunststücke unserer Gerichte über die Putschur zu geben, wie aus der folgenden überraschenden Mittheilung der „Bresl. Zeitung“ hervorgeht:

Nach einer Verfügung des Justizministers sind Fälle zur Kenntniß gelangt, in denen auf Grund des § 380, 11 Strafgesetzbuch wegen groben Unfugs Anklagen erhoben oder Verurtheilungen erfolgt sind, welche den Begriff der in Rede stehenden Straftat in einer der Absicht des Gesetzgebers nicht entsprechenden Weise verallgemeinert haben. Es ist hieraus, wie man uns mittheilt, Veranlassung genommen worden, die Anklagebehörden darauf hinzuweisen, daß der Mangel einer näheren gesetzlichen Bestimmung des Thatbestandes des groben Unfugs nicht dazu verleiten darf, in dem § 380, 11 Strafgesetzbuch eine subsidiäre Strafvorschrift für solche nach der individuellen Empfindung strafwürdige Handlungen zu erblicken, welche sich unter eine andere Strafbestimmung nicht bringen lassen, daß vielmehr dieser Thatbestand nur durch Handlungen oder Unterlassungen erfüllt wird, welche den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung stören oder gefährden.

Alle Rechtslehrer, die sich über den groben Unfug-Paragrafen geäußert haben, verlangen freilich die Beschränkung desselben auf die Erregung ruhestörender Lärms und groben Unfugs, wie es von dem Gesetzgeber gemeint wird, was selbstverständlich die so häufige Anwendung dieses Paragrafen für alles Unbequeme gegen die Presse, ausschließen würde.

Freilich zu dieser Aufforderung hat sich Herr Schönlank nicht entschließen können. —

— Der betref des Wiederernehmens des Verfahrens im Prozeß Schröder (Essener Meineidsprozeß) vom Landgericht gefasste Beschluß lautet der „Köln. Volkszeitung“ zufolge:

In der Strafsache gegen den Bureaugeliffen Ludwig Schröder aus Dortmund, den Zeitungsvorleger Johann Meyer aus Bochum, den Zeitungsboten Karl Graf aus Herne, den Fuhrmann Robert Imberg aus Herne, den Bergmann Friedrich Ziel aus Herne, den Bergmann Friedrich Beckmann aus Baukau, den Bergmann Max Johann Widing aus Herne wird in Erwägung, daß neue in dem Sinne des § 399 Nr. 5 der Strafprozedur-Ordnung erhebliche Beweiskunden vorgebracht worden sind, der von den Verurtheilten Schröder, Meyer, Graf Widing und Beckmann gestellte Antrag auf Wiederernahme des durch rechtskräftigen Urtheil des königlichen Schwurgerichts zu Essen vom 17. August 1895 geschlossenen Verfahrens für zulässig erklärt und angeordnet: Es soll eine Befristung des Sichterminns des Saales in Baukau durch das Gericht stattfinden und dabei zugleich festgestellt werden, an welcher Stelle die verschiedenen Zeugen, die zu diesem Termin an Ort und Stelle geladen werden sollen, zur Zeit des in betracht stehenden Vorfalls sich befanden haben.

Es werden sodann die zu ladenden 20 Zeugen aufgeführt, darunter auch Gendarmerie-Männer. Die Zeugen sollen zur Sache vernommen werden, insoweit als sie nicht bereits vor dem Schwurgericht zur Sache vernommen worden sind, und zwar, soweit zulässig, eiblich. Die Zeugenvernehmungen sollen durch den Landrichter Hillenkamp erfolgen. Es soll also, wie bereits gemeldet, vorerst geprüft werden, ob die neuen Beweise dazu angethan sind, die Wiederernahme des Verfahrens und die Erneuerung der Hauptverhandlung anzuordnen.

Offentlich bezieht man sich mit den Erhebungen einigermaßen, damit unsere wackeren Genossen ihre Zuchthaus-„Strafe“ nicht bis zum letzten Tage abthun müssen. —

— Ein echter Bismarck. Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben heute:

Die „Voss. Zig.“ empfiehlt den früheren Handelsminister v. Verlepsch für das Oberpräsidium von Schleswig-Holstein. Bei Erinnerung an die Haltung des Herrn v. Verlepsch im Jahre 1890 würde seine Ernennung für eine Provinz, wo die Sozialdemokratie zahlreicher ist als in irgend einer anderen, doch einige Sorge erregen müssen. —

Kiel, 11. Februar. (Eig. Bericht.) Vom Nord-Ostsee-Kanal. In einem Punkte hat der Kanal die an ihn gestellte Erwartung erfüllt, nämlich die, daß es möglich gewesen ist, trotz der überaus strengen Kälte in letzter Zeit den Kanal für den Verkehr offen zu halten. Trotzdem an verschiedenen Stellen sich eine feste Eiskruste gebildet hatte, haben die Kanalschlepper eine Fahrtrasse frei halten können. Für die kaiserliche Marine ist dieses namentlich von besonderer Wichtigkeit, weil dadurch in Zukunft bei einer Blockade des Kieler Hafens durch Eis die Kriegsschiffe trotzdem durch den Kanal auslaufen können. Auch der schwebische Postdampfer „Diana“, der den Verkehr mit Gothenburg schon eingestellt hatte, ist gestern Morgen durch den Kanal gegangen, um durch die Nordsee nach seinem Bestimmungsort zu gelangen. Für den Fährbetrieb jedoch über den Kanal (bekanntlich führen nur 2 feste Brücken über den Kanal, bei Leensau und bei Grünenthal) sind die Verhältnisse ganz unheilliche geworden. Unter ständiger Lebensgefahr müssen die Personen, die den Kanal überschreiten wollen, in einem kleinen Boot sich durch die Eismassen hindurchbringen lassen, während der Wagenverkehr fast völlig ruht. Die Öffnung, die seitens der Interessenten an die Inspektionsstelle der Geheimräthe Wärsch und v. Jonquieres geknüpft waren, sind nun auch zu nichte geworden. Man hatte erwartet, daß wenigstens an den Hauptfähren sofort ein Dampfer stationirt würde, aber bislang ist dieses noch nicht der Fall geworden. Wenn das Eis wieder verschwunden ist, kommen die Dampfer vielleicht an.

Karlsruhe, 12. Februar. Bei der Reichstagsersatzwahl im 2. badischen Wahlkreis (Donauschlingen) erhielt der „Badischen Landeszeitung“ zufolge, Dr. Metz (nat.) 10 262 Stimmen, Schäfer (Z.) 10 256 Stimmen. Metz (nat.) ist somit gewählt. —

### Oesterreich.

— In Steiermark sind nun wie in Nieder-Oesterreich die Liberalen aus dem Landesparlament verdrängt worden. Der Landesauschuss (die höchste Selbstverwaltungsbehörde der Provinz) ist jetzt in Nieder-Oesterreich in den Händen der christlich-sozialen Antisemiten, in Steiermark in den Händen der mit den Antisemiten sehr verwandten deutsch-slawischen Volkspartei. —

### England.

London, 10. Februar. (Frankf. Zig.) In der St. James Hall fand heute Abend ein von der sozialdemokratischen Föderation veranstaltetes Meeting aus Anlaß der Hungersnoth in Indien statt. Prof. Beesly, der den Vorschlag machte, brachte eine Resolution ein, die besagt, daß England aufhören solle, jährlich 20 Millionen Pfund Sterling für Gehälter, Pensionen und Zinsen aus Indien zu ziehen. Diese Resolution sollte durch eine Deputation Lord Salisbury und Lord G. Hamilton mitgetheilt werden. Der Sozialist Hyndman, der von der den großen Saal füllenden Versammlung, unter der sich auch viele Indier befanden, mit lautem Beifall begrüßt wurde, suchte dann die Resolution in sachlicher Weise zu begründen. Später redete Tom Mann. Die Resolution wurde unter großem Beifall gefaßt. Das Meeting verlief ohne Störung. —

### Dänemark.

— Zwei sozialdemokratische Gesetzesvorschläge. Dem Folketing ist nun der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages für die Staatsarbeiter zugegangen, sowie ein Antrag auf Unterstützung der Arbeitslosen durch Staatsmittel. Ueber den ersten Antrag haben wir früher schon ausführlicher berichtet. Der letztere lautet folgendermaßen:

1. Der Minister des Innern wird ermächtigt, aus der Staatskasse einen Betrag bis zu 500 000 Kronen (ca. 502 000 M.) jährlich an die Hoch- und Arbeitervereine auszubahlen, die sich die Aufgabe stellen, ihre Mitglieder bei eintretender Arbeitslosigkeit zu unterstützen, wenn dieselbe nicht dem eigenen Verschulden der Arbeiter zuzuschreiben ist.

Der Staatsbeitrag wird zwischen den Vereinen nach ihrer Mitgliederzahl und im Verhältnis zu dem, was die Mitglieder selbst an Beiträgen für obengenannten Zweck zahlen, vertheilt.

Verfolgt der Verein mehrere Zwecke, so ist das Empfangen von Beiträgen aus der Staatskasse davon abhängig zu machen, daß der Mitgliederbeitrag zu dem in diesem Gesetz vorgeschriebenen Zweck eine besondere Abtheilung der Vereinskasse bildet, die zu keinen anderen Zwecken verwendet werden kann. Der Staatsbeitrag darf bis zum doppelten Mitgliederbeitrag ausmachen, jedoch nicht über 10 Kr. (12,50 M.) jährlich pro Mitglied.

2. Vereine, die zu dem in 1. genannten Zwecke Unterstützungen aus der Staatskasse empfangen, senden jährlich spätestens am 1. September dem Minister des Innern einen Bericht ein über denjenigen Theil ihrer Thätigkeit, der die Unterstützung der Arbeitslosen umfaßt.

3. Dieses Gesetz tritt am 1. April 1897 in Kraft und wird in der Reichstagsperiode 1900/1 einer Revision unterworfen.

Zur Begründung seiner Anträge erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Jensen, daß er den Antrag, betreffend den achtstündigen Arbeitstag noch einmal einbringe, weil er es im Vorjahre nicht einmal zur zweiten Lesung gebracht habe. Zur Begründung des zweiten Antrages führte er aus: Man erkennt wohl an, daß die Frage der Arbeitslosigkeit sich mehr und mehr in die erste Reihe drängt. Mehr und mehr Berufe werden sogenannte Saisongeschäfte, in denen nur ein Theil des Jahres gearbeitet wird. Im letzten Menschenalter hat wohl eine Steigerung des Arbeitslohnes stattgefunden, aber diese ist keineswegs so groß, daß sie den Verlust durch Arbeitslosigkeit decken kann. Darum haben viele Fachvereine die Aufgabe auf sich nehmen müssen, den Arbeitslosen zu helfen. Sie vermögen diese Aufgabe doch nicht zu lösen, und da es für die Allgemeinheit nicht gleich ist, ob sich eine Lösung dafür findet, so schlagen wir vor, daß der Staat einen Beitrag beisteuern soll. —

### Italien.

Rom, 9. Februar. (Eig. Ber.) Das Wahlrecht in Italien. Die Wahlbewegung für das neue italienische Parlament ist im Gange, obwohl die Auflösung des alten (das bis jetzt nur vertagt worden ist) noch nicht formell ausgesprochen und die Neuwahlen noch nicht anberaumt worden sind. Im wesentlichen charakterisiert sich der Gang der bisherigen Wahlbewegung dadurch, daß eine Anzahl von parlamentarischen Fraktionen, welche nur die Gegnerschaft gegen Crispi gemein haben, gleichmäßig die Unterstützung des Ministeriums für die Neuwahlen für sich zu gewinnen suchen, während sie untereinander sich bekämpfen. Die Stellung des Ministeriums zu den Wahlen wird hierdurch sehr erschwert, da in Italien die Wähler gewöhnlich sind, das Ministerium zu jeder einzelnen Wahl Stellung nehmen zu sehen. Mit der dem Ministerium am nächsten stehenden Fraktion, den Liberalen oder Gemäßigten, kann das Ministerium, besonders da ein Theil von diesem letzterem Crispi unterstützt hat, sich keine Majorität schaffen.

Für die Beurtheilung des gegenwärtigen Wahlkampfes und seiner Ergebnisse ist es durchaus notwendig, die Beschaffenheit des in Italien geltenden Wahlrechts in betracht zu ziehen. Es ist schon neulich an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß in Italien keineswegs das allgemeine Wahlrecht gilt. Wenn aber damals gesagt wurde, daß während in Frankreich ein Viertel, in Deutschland ein Fünftel der Bevölkerung das Wahlrecht besitzt, in Italien höchstens ein Zehntel der Bevölkerung wahlberechtigt sei, so war dieser Bruchtheil, wie eine neuerdings veröffentlichte Statistik zeigt, noch viel zu hoch gegriffen. Im Jahre 1885 waren, wie aus dieser Statistik hervorgeht, von 31 Millionen Italienern nur 2 120 165 wahlberechtigt, also ungefähr der 15. Theil der Gesamtbevölkerung, sodas auf drei deutsche Reichstagswähler im Verhältnis nur ein italienischer Parlamentswähler kommt. Die Ausschließung vom Wahlrecht wird in Italien theils durch einen Bildungs-, theils durch einen Besitzungsbesitz bewirkt. Die Wirkung dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4 bis 5 Wähler, also nur der 20. bis 25. Theil der Einwohnerzahl, sodas hier das Wahlrecht vier bis fünfmal beschränkter ist, als in Deutschland. Wie man angesichts eines solchen Wahlgesezes von Seiten der italienischen Regierung vor einem Ueberwiegen der „extremen Parteien“ durch dieser Ausschließungsgründe ist in den nach Bildungs- und Besitzverhältnissen abgetheilten verschiedenen einzelnen Landestheilen Italiens selbstverständlich eine sehr verschiedene. In Piemont und Ligurien kommen auf 100 Einwohner 10 bis 11 Wähler, in der Lombardei 9, in Toskana 8 bis 9; in den Latiumlandestheilen dagegen, im italienischen Süden, im Neapolitanischen, in Sizilien und Sardinien auf 100 Einwohner nur 4

174. Sitzung vom 19. Februar 1897. 1 Uhr. Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, v. Goller. Die zweite Beratung des Reichshaushalts-Stats wird fortgesetzt beim Etat des Reichsheeres.

Beim Gehalt des Kriegsministers Bericht. Abg. v. Vobbielki (L.) über die Verhandlungen der Budget-Kommission. Man habe sich beschäftigt mit den Meldereiter- Detachements, die sich bewährt hätten, und mit der Gehaltsfrage der Musikmeister, deren bessere Gestaltung der Kriegsminister zugesagt habe.

Abg. v. Vossmer (Soz.): Die Stellung meiner politischen Freunde zum herrschenden Militärsystem ist bekannt. Es wird mit jedem Jahre unerträglich, es schädigt die produktive Arbeit, laugt das Volk des Volkes aus, hemmt die friedliche Entwicklung und verhängt auch nicht den Frieden nach außen. Kann das Volk die Lasten auf die Dauer nicht ertragen, so muß im Frieden das ganze Militärsystem zusammenbrechen und ein Ende mit Schrecken kommen. Bringt dann ein Krieg aus, so wird der Ausgang ein außerordentlich unsicherer sein. Diese Ueberzeugung läßt jetzt auch in militärischen Kreisen an aufkündigen. Ein früherer französischer Kriegsminister und der österreichische Feldmarschall-Lieutenant von Soden haben es ausgesprochen, daß die Möglichkeit der Zeitung, der Aufstellung und Verpflegung der jetzigen Millionenheere in einem zukünftigen Kriege höchst wahrscheinlich eine negative sein und der Zufall eine ungeliebte Rolle spielen werde. General v. Goller schlägt eine internationale Vereinbarung zum Zwecke einer proportionalen Verurteilung des Mannschafstandes und statt der jetzigen Millionenheere auch kleinere Berufsheere vor. Er spricht die Hoffnung aus, daß zwischen den Staaten, welche nicht mit einander verbündet seien, wenigstens unläubdare Vereinigungen geschlossen würden, daß sie während einer bestimmten Frist keinen Krieg mit einander führen dürfen. Ich nehme an, daß General v. Goller damit eine Verminderung der Militäraufgaben bezweckt. Natürlich haben diese Vorschläge auf konservativer Seite verächtlich. Die „Kreuzzeitung“ hat denn auch diese Gedanken als kantsgefährlich, ja gottlos bezeichnet. Wenn der von Gott gewollte Krieg ausgeschlossen würde, so würden schließlich die Waffen ruhen und das Nationalgefühl verkümmern. Wie man Eroberungskriege dem Herrgott zuschreiben kann, ist mir unverständlich. Wenn ein Krieg nicht aus Nothwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz und gegen den Willen des Volkes, sondern als ein längst beabsichtigter und vorbereiteter Krieg eines Kabinetts geführt worden ist, so ist es der Bruderkrieg von 1866. Unter Nationalgefühl verstehe ich, daß man seine Menschlichkeiten in seinem Heimatlande zu erfüllen hat, daß man die Volkswohlfahrt fördert und sie gegen Störungen und Ueberfälle von allen Seiten zu schützen sucht. Zur Pflege dieses Gefühls, in dem die Sozialdemokratie hinter niemandem zurückbleibt, bedarf es der Kriege nicht. Was man künstlich zu erhalten sucht, ist nicht Nationalgefühl, sondern sein Zerrbild: Ueberhebung, Herrschgüth, Chauvinismus.

Das jetzige Militärsystem entkräftet und bedrückt das Volk, und wir haben von jeder eine Verkürzung der Dienstzeit und eine Verminderung der Präsenzzeit verlangt. Wenn wir bei dieser prinzipiellen Stellung den Etat verwerfen, so geschieht dies keineswegs in der Absicht einer Behrödmachung, die unserem Interesse auch nicht entspricht. Diese Stellung entbehrt uns auch nicht der Pflicht jede einzelne Forderung genau zu prüfen und für die Rechte der Soldaten, der Söhne des Volkes im Waffentod einzutreten. Die Verpflegung der Armee ist eine außerordentlich mangelhafte, eine mangelhaftere als in anderen Staaten, namentlich was die Fleischrationen betrifft. Wenn ich hier vor einem Jahre darauf hingewiesen hätte, daß bei der Verwaltung der Renage Mißbräuche vorgekommen sind, Durchstufereien, daß die Soldaten zu schlechte Kost in zu geringen Quantitäten und in mangelhafter Zubereitung erhalten haben, dann würde das die Militärverwaltung wahrscheinlich bestritten haben. Nun ist aber im vergangenen Jahre vor einem bayerischen Schwurgericht der Nachweis geführt worden, daß alle diese Dinge wahr sind. Der bayerische Kriegsminister hielt die Angaben der Presse für unwahr und ließ die Klage einstellen. Im Prozeß wurde aber nachgewiesen, daß solche Fälle nicht nur in bayerischen, sondern auch in preussischen Garnisonen vorkommen. Der Kriegsminister ist dann eingeschritten, und seitdem haben sich die Verhältnisse erheblich gebessert. Leider ist die warme Abendkost noch nicht allgemein und in vollem Umfange durchgeführt. Handelt es sich um andere Militärausgaben, so werden Millionen nicht geschont. Die Einführung der warmen Abendkost würde nach meiner Schätzung 8 Millionen kosten. 4-5 Millionen würden nach den Mittheilungen des Kriegsministers in der Budgetkommission an der Renage gespart werden, wenn die Maßregel durchgeführt würde; die übrigen Kosten würden leicht durch andere Ersparungen gedeckt werden können.

Man hat uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir die Soldatenmishandlungen hier zur Sprache bringen. Wir wollten nur Unzufriedenheit erregen und es würde schon von oben den Mishandlungen entgegengetreten. Das letztere haben wir niemals bestritten. Im Gegentheil, wir haben dafür gesorgt, daß die betreffenden Neuerungen der Kommandos, insbesondere der Erlaß des Prinzen Georg zu Sachsen nicht in den Ältern vermoderten. Diese Ausführungen haben aber nur einen theilweisen Erfolg gehabt und dieser wäre ohne den Einfluß der Öffentlichkeit überhaupt nicht möglich gewesen. Die Presse ist nicht selten die Heberin der guten Absichten der Militärbehörden. Der Münchener Prozeß, auch der Straßburger Prozeß wäre ohne die Presse überhaupt nicht geführt worden. Dasselbe gilt von zwei Prozessen in Württemberg wegen Soldatenmishandlungen. Früher behauptete man, daß die Existenz der Unteroffizierschulen zur Beseitigung der Mishandlungen beitrage. Im „Militär-Wochenblatt“ hat ein Offizier das Gegenteil behauptet. Er schlägt vor eine energische Aufsicht über die Unteroffiziere in den Kasernen, ein größeres Beschwerderecht und vor allem die Herstellung einer mit modernen Garantien umgebenen Militär-Strasprozedur. Leider scheint die Hoffnung auf eine baldige Vorsehung einer solchen sehr trügerisch zu sein.

Redner bemängelt das jetzige Beschwerdewege für die Mannschaften, das erst kürzlich, aber nicht zu Gunsten, geändert sei, und das unerbärdet gebliebene Beschwerdewege der Offiziere. Ein Hauptmann ließ sich Schießbüchse fälschen, um seine Kompanie möglichst herauszukriechen. Ein Lieutenant erstattete Anzeige; man warf ihm nach Verurteilung des Hauptmanns vor, daß er nur aus Rache gehandelt habe, und er wurde schließlich ohne Pension und ohne Aussicht auf Anstellung entlassen. Ein Reserveoffizier erschof den Verführer seiner Frau, einen aktiven Offizier. Er wurde verurtheilt, das Gericht beantragte aber Begnadigung. Der Gerichtsherr gab dieses Gesuch nicht weiter; eine Beschwerde des Reserveoffiziers wurde abgewiesen. Das Beschwerderecht der Offiziere bringt nur den Beschwerdeführern Unbequemlichkeiten.

Auf die Pensionierung der Offiziere werde ich beim allgemeinen Pensionenfond eingehen. Das Offizierskorps ist vorbildlich für das Volk, namentlich für die Reserve-Offiziere, bezüglich des Duells. Redner verweist auf die Vorgänge in Stuttgart, wo sogar der Platzkommandant und der preussische Gesandte einem Duell beiwohnten, ferner darauf, daß verschiedene die Offiziere Duell aufgedrängt worden sind. Ein in der Düsseldorf-Affäre beteiligter ehemaliger Offizier meint mit Recht, daß es ein Unfug sei, sich einem Ehrenwortbrüchigen zum Duell stellen zu müssen, wenn man nicht als entehrt gelten will. So denken viele Offiziere über den Duellzwang. Trotz aller Versprechungen des Reichskanzlers ist alles beim alten geblieben, wenn man sich nicht auf den Standpunkt der Wortkläuberer stellen will. Einen Zwang spricht das Ehrengericht freilich nicht aus, aber die Offiziere fühlen sich gezwungen zum Duell.

Seit einigen Jahren ist es eine Mode geworden, fortwährend von einem inneren Feinde, Lomit die Sozialdemokratie gemeint ist, zu reden. Dieser Gedanke kann nur einer Unkenntnis der bewegenden Kräfte der Sozialdemokratie entspringen. An den Umsturz, den Sie meinen, denken wir nicht, und wir meinen, er vollzieht sich

taglich, freilich, ohne daß die Blinden es sehen; er ist unaufhaltbar. Der Kampf dagegen ist ein Kampf ins Blaue. Je mehr wir die Gewalt verabscheuen, umso mehr wird von anderer Seite von Gewalt geredet, als ob man sie hervorzuloden wünscht. Je mehr die Sozialdemokratie an Macht gewinnt, desto mehr müssen die Staatseinrichtungen sich ändern. Die nationale Idee war früher auch umstürzend. Auf die Kasernenagitation brauchen wir uns nicht einzulassen, dafür sorgen andere Leute. Ebenso wie andere politische Parteien ihre Vertreter im Heere haben, sind auch Sozialdemokraten auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht Soldaten. Will man ihnen nicht gleiche Rechte gewähren, dann sollte man die Sozialdemokraten von der militärischen Dienstpflicht befreien. Früher sollen in den Kompagnieregimenten die Sozialdemokraten mit rothen Kreuzen gekennzeichnet worden sein. Da müssen die Listen recht roth ausgefüllt werden. Jetzt beschrankt man die Kreuze auf die führenden Sozialdemokraten. Ein bayrischer Offizier hat erklärt, daß über die Sozialdemokraten im Heere keine Klage zu führen sei. (Hört! links.) Wozu denn die verschiedenartige Behandlung? Ein Krieg nach zwei Fronten, hat ein anderer Offizier gesagt, sei nicht möglich, wenn nicht das ganze Volk, alle Parteien, mit Begeisterung einträte. Will man auf die große Zahl der Sozialdemokraten nicht rechnen bei einem solchen Kriege?

Kriegsminister v. Goller: Der Redner hat eine Studie gütig, die ich früher einmal veröffentlicht habe, und sie für seine Zwecke verworben. Unsere Ansichten werden sich niemals vereinigen lassen. Im Gegentheil, seine Ansichten stehen zu den meinigen im schroffen Gegensatz. Wenn er glaubt, daß die stehende Heere die Entwicklung des Landes bedrohen, so bin ich der gegentheiligen Ansicht, daß die Entwicklung des Innern durch Heere geschützt wird. Wenn er glaubt, daß die Staaten durch die großen Kosten für die Heere zu Grunde gehen müssen, so mache ich darauf aufmerksam, daß die Sozialdemokratie die allgemeine Volkswirthschaft verlangt, deren Kosten diejenigen der stehenden Heere übersteigt. (Zustimmung rechts.) Allerdings würden in Zukunft Millionenheere nicht geführt und nicht verpflegt werden können, wenn es sich um Volkshere handelte, die keine Organisation haben. Wir sind dagegen bestrebt, unsere stehende Heere so zu organisieren und so vorzubereiten, daß ein längerer Krieg gewonnen werden kann. Die Sozialdemokratie läuft nur Phantomen nach.

Der Redner hat eine Verbesserung der Verpflegung verlangt. Er hat sich aber in den Zahlen geirrt. Nach unseren eingehenden Vorarbeiten würde eine bessere Abendkost 13-14 Millionen verlangen. 4 Millionen sind allerdings durch eine bessere Organisation der Renage erspart worden. Die Forderung ist nur zurückgestellt worden wegen Mangels an Mitteln.

Zum Beweise der Mishandlungen hat der Redner einzelne Fälle nicht angeführt; das ist vortheilhaft. Denn es ist in einer Reihe von Fällen konstatiert worden, daß die früher gemachten Angaben unwahr waren. Die Denunzianten oder diejenigen Personen, die Abgeordneten das Material zugetragen haben, sind verurtheilt worden. Ich begreife diese Haltung in der Behandlung dieser Angelegenheit mit einer gewissen Genugthuung. Es wird dadurch vermieden, daß Personen hier vor der Öffentlichkeit gebrandmarkt werden. Ein Unteroffizier - den Namen will ich nicht nennen - hat seine Leute mishandelt, sie im Schmutz niedertritten lassen, ihnen verboten, vor dem Dienst zu essen, und sich eine Majestätsbeleidigung zu schulden kommen lassen. Vor Gericht hat sich herausgestellt, daß er ein überzeugter Sozialdemokrat gewesen ist. Der Straßburger Provanbeamten-Prozeß ist nicht durch die sozialdemokratische Presse hervorgerufen worden. Schon früher hat die Militärverwaltung den Prozeß einleiten lassen. Er mußte ein öffentlicher sein, weil die Beamten Zivilbeamte sind.

Der Redner hat auch den Beschwerdewege berührt; die Offiziere haben gewissermaßen sein Mitleid erregt. Der Beschwerdewege für die Offiziere ist vollständig neu geregelt worden. Ich bezeuge die Richtigkeit der Behauptung, daß Begnadigungen eines Kriegsgerichts unerledigt geblieben sind. In bezug auf das Duell verweise ich auf die kaiserliche Verordnung vom Januar d. J. und lamm Ihnen nur raten, den Erfolg dieser Verordnung abzuwarten. Schließlich hat der Redner an die Militärverwaltung den Appell gerichtet, jede Ausnahmemaßregel gegen die Sozialdemokratie im Heere fallen zu lassen. In dieser Hinsicht werden wir uns nie einigen. Jede sozialdemokratische Kundgebung im Heere ist straffällig und wird unterdrückt. Hier zeigt ja die Sozialdemokratie ein freundlicheres Gesicht, aber die Beschlüsse der Kongresse legt uns die Pflicht auf, uns vor diesen sozialdemokratischen Bestrebungen zu hüten. Die Beweise der Armee ist: mit Gott für König und Vaterland, die der Sozialdemokratie: ohne Gott gegen König und Vaterland (Unruhe und Zustimmung). Ich bin allerdings der Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratie sich längst überlebt hat. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ihre Ziele werden sich niemals verwirklichen, es sind lediglich Träume. (Beifall rechts.)

Abg. Veibel (Soz.): Der Kriegsminister hat vollkommen recht, daß zwischen seinen und unseren Anschauungen niemals eine Uebereinstimmung eintreten kann. Der Kriegsminister glaubt an das, was er sagt. Wir glauben aber ebenso gut an das, was wir vertreten. Alle seine Reden können uns von unserem Standpunkt nicht abbringen, und die Thatfache, daß diese Ideen, denen er den Untergang glaubt voranzutreiben zu dürfen, von Jahr zu Jahr immer weitere Kreise der Bevölkerung ergreifen, wird ihm hoffentlich noch zu seinen Begehrten beweisen, daß er sich in einem gewaltigen Irrthum befindet. Warum denn der fortgesetzte Versuch mit Umsturzvorlagen, mit Ausnahmemaßnahmen, wenn Sie glauben, daß der ganze Ideengehalt der Sozialdemokratie in den thöralischen Verhältnissen keinen Boden mehr hat? Mein Parteigenosse v. Vossmer hat verlangt, daß die Sozialdemokraten, soweit sie auf Grund der Befehle, denen auch wir uns zu unterwerfen haben, verpflichtet sind, ihre Angehörigen in die Armee eintreten zu lassen, diese genau so behandelt werden, wie die anderer politischer Parteien. Ich meine, das ist recht und billig. Mein Parteigenosse v. Vossmer hat mit Recht hervorgehoben, daß, wenn Sie der Sozialdemokratie eine ausnahmweise Behandlung in der Armee zu theil werden lassen, es richtiger und konsequenter ist, die Schließen der Sozialdemokratie von der Armee aus. Die Herren haben sich aber begnügt, bis jetzt einer solchen Anschauung Rechnung zu tragen. Ich begreife das auch. Eine Partei wie die sozialdemokratische, die bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen mehr als ein Viertel der gesammten abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigte, alles Männer über 25 Jahre, eine solche Partei kann man von den Pflichten, die das Gesetz dem einzelnen Staatsbürger auferlegt, nicht befreien, ohne daß das ganze Staatswesen in Gefahr kommt. Wenn der Ruf ergäbe: alle Mann auf Deck zur Vertheidigung des Vaterlandes! müssen Sie ebenso gut an uns wie an Ihre jetzigen Anhänger appellieren, und das kann ich versichern: Die Sozialdemokratie würde, wie sie jetzt in der Armee ihre Schuldigkeit thut, auch dann ihre volle Schuldigkeit zu thun wissen. Das Anhänger der Sozialdemokratie in der Armee nicht ihre Stellen entsprechend ausfüllen, hat der Kriegsminister gemeint, aber die Ausbeute, die er zu bringen im Stande war, bestand in einem Unteroffizier, der seine Leute mishandelt haben sollte und der sich nachher als Sozialdemokrat entpuppte. Ist der Fall wirklich so, dann gebe ich dem Kriegsminister das Wort, daß der Unteroffizier von uns aus das schärfste Verurtheilt und so exemplarisch bestraft werden würde, wie es überhaupt zulässig ist. Wenn aber dieser einzelne Fall beweisen soll, daß die Sozialdemokratie Tyrannen erzieht, so überhört man, daß die Umgestaltung auch einen Sozialdemokraten zum Tyrannen macht, nicht die Sozialdemokratie selbst. Der verlassene Kriegsminister hat einen Erlaß veröffentlicht, durch den die Theilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen und Vereinen, das Lesen revolutionärer Zeitungen und so weiter mit Strafe bedroht wird. Nach der „National-liberalen Korrespondenz“ sollte damit bezweckt sein, einen bekannten Paragraphen der Umsturzvorlage auf diesem Wege zur Geltung zu bringen. Auf den Inhalt der Schriften kommt es nach derselben Korrespondenz nicht an. Es genügt, daß sie sozialistischen Ursprungs sind, um gegen den Leser oder Verbreiter vorzugehen. Dann sollte man aber auch anderen Parteien die Agitation in der Armee verbieten.

Wir haben den Eindruck, daß gewisse einflußreiche Kreise in der Armee alles aufbieten, um sie gegen die Sozialdemokraten zu verhalten. Wer einen Straßentempel der Sozialdemokraten mit den bestehenden Staatsmächten voraussetzt, mag sich ja bemühen, gegen die künftigen Gegner in der Armee Stimmung zu machen. Uns liegt gar nicht daran, jeden Mann zu veranlassen, in der Armee für uns zu agitieren; er würde auf das schwerste Verurtheilt und in seiner ganzen Existenz ruiniert werden. Es wäre gewissenlos, wenn die Sozialdemokratie eine derartige Agitation betriebe, begünstigte oder nur befürwortete. Dagegen hat in Hamburg ein Hauptmann Wiefang den Reservisten einen Vortrag gehalten, in dem er sagte: Die Sozialdemokraten wollten kein Vaterland; sie betrachteten den Erbfeind ebenso als ihren Bruder wie den Deutschen; wollten die Familie zerstören, das Geld der Erde in gleiche Theile theilen und dergleichen mehr. Das ist Widsinn. (Heiterkeit links.) Hat ein Offizier die Aufgabe, in so einseitiger und gehässiger Weise in der Armee Politik zu treiben? Obendrein untergräbt er damit seine Autorität. Jeder Sozialdemokrat, der das hört, muß sagen: Das ist ein tolosaler Esel. (Große Heiterkeit links.) Es werden förmliche Kurse in bezug auf die sozialdemokratischen Bestrebungen in der Armee inszeniert. (Heiterkeit.) Sie können sich denken, welche ungeheurer Widsinn in diesen Instruktionstunden zu Tage gefördert wird. (Zustimmung links.) Der Feldwebel wird sich doch nicht aus den sozialistischen Schriften selbst sein Urtheil bilden! Es wird in der Armee ein kleines Traktäthen verbreitet: „Von der Treue“, mit dem eine förmliche Agitation gegen die Sozialdemokratie getrieben wird. Der Verfasser hat seinen Namen nicht genannt; wahrscheinlich befürchtete er, von der sozialistischen Presse ganz gehörig gerupft zu werden und seinen Widsinn um die Ohren geschlagen zu bekommen. Redner citirt aus der Broschüre.

Wenn die Sozialdemokratie diese Art von Agitation betreiben wollte, würde ihr das auf Grund der Befehle sehr schlecht bekommen. Wir müssen dagegen protestieren, daß solche Agitationen unter Billigung und sogar Mitwirkung der Militärbehörden betrieben werden. Sie treiben ein sehr gefährliches Spiel mit einer solchen Agitation. Es mögen einige junge Leute auf solchen Widsinn hineinfallen und Ingrimms empfinden gegen eine Partei, der man solche Eschuldigkeiten nachsagt - aber auf der anderen Seite erweden Sie bei den Leuten, die mit der sogenannten Unschuld vom Lande kommen ohne Idee vom politischen Leben, eine Neugierde, daß sie verlangen, sich weiter zu informieren, und nachdem sie des „Königs Rod“ ausgezogen, in die erste beste sozialdemokratische Versammlung gehen. Dann wette ich 100 gegen 1, daß sie dann sagen werden: Wir sind angelogen und beschwindelt worden, die Leute reden ja ganz vernünftig. (Lachen. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann wird schließlich aus dem künstlich verhetzten Feinde ein entschiedener Anhänger der Sozialdemokratie. Durch unser Militärsystem werden also die jungen Leute in die Städte gebracht, es fällt ihnen da, sie bleiben und werden Anhänger unserer Partei, das habe ich schon vor 25 Jahren gesagt und es ist eingetroffen. Ein sehr großer Theil unserer Partei stammt vom Lande. Die Waffe des Soldaten ist zweischneidig und wird sich einst auch gegen Sie kehren, wie sie sich nach Ihrer Meinung gegen uns kehren soll. Aber Sie schüßen derartige Agitationen in der Armee, während Sie etwaige Verlehen, die etwa zu gunsten der Sozialdemokratie geschehen, mit den härtesten Strafen belegen. Ist das die Gleichheit für alle Staatsbürger? Unser Militär-Strasgesetzbuch trägt den Charakter des Vorbarischen. (Widerspruch rechts.) Ich weiß keine Kultur, wo es ähnliche harte Strafen für geringe Vergehen giebt, als bei uns.

Der Kriegsminister hat gemeint, Herr v. Vossmer habe Klug gethan, keine Beispiele von Mishandlungen zu bringen, weil sich früher angeführte Fälle als unwahr erwiesen hätten. Ich provoziere den Kriegsminister, diese Fälle aufzuführen, da sie voraussichtlich Ausführungen betreffen, die ich in früheren Sitzungen des Hauses gemacht. Das Material gegen den Hauptmann v. Strombeck habe ich dem Kriegsminister überreicht; ein ostpreussischer Gutsbesitzer hatte sich bereit erklärt, die Wahrheit der von ihm behaupteten Thatfachen zu beweisen und weitere Zeugen vorzuschlagen. Danach hatte ich keinen Grund, an der Wahrheit einer solchen Angabe zu zweifeln. Als es zur Untersuchung kam, hat der Betreffende das Weite ergriffen. Es hat sich die Unrichtigkeit seiner Behauptungen herausgestellt, und er ist zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Ich bedauere selbst am meisten, daß ich in dieser Weise hintergangen worden bin. Das passiert anderen Leuten auch. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich brauche bloß an die Bräunwitsch-Debatte zu erinnern. Will der Kriegsminister behaupten, daß das Vernehmungszeugniß, das er dem Lieutenant v. Bräunwitsch ausgestellt hat, sich als wahr bewiesen hat? Der Kriegsminister ist auch über Stepmann nicht richtig orientiert gewesen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich nehme jetzt derartige Äußerungen mit der größten Vorsicht an und trage nur Sachen vor, welche meine Gemüthsmaner zu bezeugen sich bereit erklären. Die Militär-mishandlungen sind eine sehr lüthige Sache. Die Angehenden setzen sich damit Verfolgungen aus während ihrer Dienstzeit. In einigen Fällen wurden Mishandlungen später vom Zivilgericht behandelt und es erfolgte dann die Freisprechung der Angehenden.

Ich erinnere an den Fall Rood und an die Affäre Mohrman. Dieser denunzierte den Unteroffizier Kemmert wegen Mishandlung des Rekruten Lähden. Vor dem Militärgericht wagten weder Lähden noch die anderen Soldaten zu bezeugen, daß eine Mishandlung von seiten des Unteroffiziers Kemmert stattgefunden habe. Letzterer wurde freigesprochen und es wurde gegen Mohrman vorgegangen; er ist nicht allein der falschen Anschuldigung beichtigt, sondern auch bei Weiden. Er wird zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt; sein Vater veranlaßte eine neue Untersuchung. Ihm gelang es zu beweisen, daß in der That der Unteroffizier den Rekruten mishandelt habe. In der neuen Verhandlung wurde der Mohrman freigesprochen. Ob nunmehr Kemmert vor Gericht gezogen ist, weiß ich nicht. Wenn der Kriegsminister gesagt hat, daß wir keine neuen Fälle von Soldatenmishandlungen angeführt haben, sage ich ihm, daß ich, wenn ich das ganze Material vortragen wollte, ich ganze Tage reden könnte. Redner stirt Fälle von Soldatenmishandlungen in Wittenberg, Osterode, Dresden, Großenhain. Im Interesse der Menschlichkeit müssen alle Klagen vorgebracht werden.

Das ganze Truppenheer von Klagen über Soldatenmishandlungen frei bleiben, beweist der Umstand, daß so lange Oberst Liebert, der jetzt nach Ostafrika gegangen ist, sein Regiment hatte, kein einziger Fall von Mishandlung oder Beschimpfung vorgekommen ist. Gegen die Unfälle infolge von Hirschlag hat man in der französischen Armee angeordnet, daß während der Tagesstunden anstrengende Übungen nicht stattfinden. Trotz aller Ausbildung für den Krieg braucht man den Soldaten nicht übermäßige Zumuthungen im Frieden zu machen. Redner führt mehrere Fälle von Hirschlag aus dem vorigen Sommer an; er habe die Fälle nur aus bürgerlichen Blättern entnommen, bei denen nicht anzunehmen ist, wie man es bei den Sozialdemokraten annimmt, daß sie der Armee etwas an Zeuge fänden wollen.

Im schreiendsten Widerspruch zu den Aufgaben der Armee werden Soldaten bei den verschiedensten Gelegenheiten benutzt, freien Arbeitern Konkurrenz zu machen, namentlich bei Streiks und bei sogenannter Arbeiternoth. Es sind beschäftigt worden Wäschmänner in einer Vielesfeld-Maschinenfabrik; ferner Soldaten in einer Zunderfabrik in Oberschlesien und beim Häbmitzleben in der Nähe von Bernburg. Weidenfester äußerte beim Dreschen auf einem sächsischen Rittergute. Der bayerische Kriegsminister wollte die Abkommandierung von Soldaten zu Ernte-Arbeiten nur gestatten, wenn sie ihren Angehörigen helfen, nicht wenn sie als Lohnbrüder wirken. Der preussische Kriegsminister sollte eine ähnliche Erklärung abgeben. Die Offiziersburschen werden gebraucht zum Ersatz für ein Dienstmädchen.

In bezug auf die Duellsache behauptet der Kriegsminister, daß das Versprechen, welches der Reichskanzler bei der Bräunwitsch-Debatte gegeben hat, erfüllt sei. Das ist doch nicht in dem Maße geschehen, wie man es erwarten sollte. Der Reichskanzler hat selbst anerkant, daß das Duell verboten ist. Dann müßte aber der oberste Kriegsherr ohne weiteres jeden Duellanten mit

schlichem Abschied entlassen. Statt dessen heißt es nur in dem Erlaß, daß das Duell nach Möglichkeit einzuschränken ist. Zu dieser steht der Erlaß des Kaisers im Widerspruch mit dem bestehenden Gesetz. Es sollte auch in dem Erlaß stehen, daß nunmehr niemand, der wegen eines Duells bestraft würde, auf Begnadigung rechnen könnte. Noch kürzlicher ist ein Offizier begnadigt worden. Im österreichischen Reichsrath ist das Duell als ein Unfug und eine rohe Barbarei bezeichnet worden. Was soll man dazu sagen, wenn vor dem Landgericht in Dortmund ein Stabsarzt Dr. v. Köppen wegen Beleidigung eines Standesgenossen verurtheilt wurde. Der Vorsitzende des Gericht hat den Klagen direkt getabelt, daß er mit einer Klage an das bürgerliche Gericht gegangen sei, anstatt sich standesgemäß abzugeben. Ich erinnere ferner an das Duell des Herrn v. Wangenheim in Stuttgart. Hierbei waren der Plagkommandant und der preussische Gesandte, oder wenigstens einer von ihnen als Sekundanten zugegen. So lange die Behörden dagegen nicht mit Nachdruck vorgehen, werden wir hier noch öfter über solche Fälle zu klagen haben. Wir wollen doch einmal sehen, ob es einer verhältnismäßig kleinen Schicht in unsern bevorzugten Gesellschaftskreisen möglich sein wird, auf die Dauer gegenüber dem allgemeinen Volkswillen das Duellwesen aufrecht zu erhalten.

Wie unerfahren der Kriegsminister in allen sozialdemokratischen Dingen ist, beweisen seine letzten Ausführungen; er sagte, unsere Parole laute: Ohne Gott gegen König und Vaterland. Den Glauben an Gott überlassen wir jedem einzelnen. „Religion ist Privatsache“ bedeutet nicht, daß jeder Sozialdemokrat den Glauben an Gott abschweifen müsse. Daß wir über die Verwaltung und Leitung des Staates eine andere Meinung haben als der Kriegsminister, ist richtig.

Wenn Frankreich, Amerika und die Schweiz Republiken sind, so wird die republikanische Gesinnung auch in Deutschland nicht so gefährlich sein; verboten ist sie jedenfalls nicht. Wenn die Mehrheit des deutschen Volkes republikanisch und sozialistisch gesinnt sein wird, wird sie sich nicht bestimmen, die Republik einzuführen. Die Monarchie ist nicht die letzte Spitze der Entwicklung. Das kann eines Tages eintreten, ohne daß wir auch nur einen Schuß Pulver abzugeben brauchen. Gegen den ausgesprochenen Willen der Volksmehrheit können auch Sie auf die Dauer nicht kämpfen. Und daß das System der stehenden Heere mehr als je außer Stande ist, den Kulturforderungen der Menschheit gerecht zu werden, beweisen die letzten Tage. Was hat denn der großartige militärische Apparat in allen Kulturstaaten in bezug auf die orientalischen Wirren zu verhindern vermocht! Stehen wir nicht trotz alledem in Europa auf einem Pulverfaß? Kann nicht jeden Augenblick ein europäischer Krieg ausbrechen und den Bestand der ganzen heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung im höchsten Grade gefährden? Was Sie verhindern wollen, rufen Sie durch die ungeheuren militärischen Rüstungen bei allen Völkern gerade hervor: die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit dieses Systems, und wenn eines Tages der europäische Krieg kommt, den Sie und wir fürchten, dann hat am ehesten die Todtenklode für das heutige System gelautet! (Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

**Kriegsminister von Goltz:** Die Rede des Abgeordneten Bebel hat meine Behauptung bestätigt, daß die Sozialdemokratie eine internationale und revolutionäre Partei ist. Er hat die Karten so ziemlich aufgedeckt. Der Kongress endete mit einem Hoch auf den internationalen Sozialismus. Die englischen Delegirten stimmen das Bundeslied an, sie reichen sich die Hände, die deutschen Delegirten stimmen die Marxeflake an, begleitet von Orgelklang, und die Franzosen singen die revolutionäre Marseillaise, brausender Jubel durchschallt den Saal. Um 6 Uhr stand ein Festessen an, natürlich. (Stürmische Heiterkeit). Die Hoffnung, die der Abg. Bebel ausgesprochen hat über eine Neugestaltung von Deutschland wird sich niemals verwirklichen. (Zustimmung rechts.) Wenn der Abg. Bebel eine Broschüre in der Armee blättern nennt, so stellt eine solche Behauptung noch nicht die Wichtigkeit der Broschüre in Frage. Der Abg. Bebel hat gegen einen Hauptmann eine schwere Beleidigung ausgesprochen. Ich darf mich hier in einer parlamentarischen Versammlung nicht solcher Worte bedienen, nur eine allgemeine Ausföhrung will ich machen. Wenn jemand in Ausübung seines Dienstes Beleidigungen erfährt wegen seines Dienstes und ihn weder Recht noch Gesetz noch sonst etwas davor schützen, dann trübet er sich mit dem Gefühl der Verachtung. (Beifall rechts.) Der Abg. Bebel hat dann eine Reihe von Fällen angeführt, die nach meinen Informationen zum großen Theil auf falschen Angaben beruhen. Die Sache mit Mohrmann hängt wesentlich anders zusammen. Er ist wegen Verletzung zum Reineid verurtheilt worden. Er hat zwei Leute, die die Sache garnicht gesehen haben, verleitet, eidlich zu bezeugen, daß sie die Mißhandlungen gesehen haben. Herr Lengmann hat mit Recht gesagt, es sei doch sehr nützlich, über gerichtliche Verhandlungen ohne Aktenmaterial hier zu verhandeln; will man das thun, dann muß man sich zunächst an die betreffenden Behörden wenden. Es ist ausgeschlossen, daß diese derartige Angelegenheiten unterdrücken. Die Fälle, die Herr Bebel angeführt hat, liegen aber schon eine geraume Zeit zurück und sie jetzt erst hier zu verhandeln hilft doch nichts. Er hat dann noch eine schauerliche Schilderung der Selbstmorde, Dittschlätze u. s. w. gegeben; die Statistik weist aber nach, daß die Todesfälle dauernd zurückgehen. Auch die Zahl der Mißhandlungen geht zurück. Herr Bebel sollte nicht so leichtgläubig sein, alles tritilllos zu glauben, was in den Zeitungen steht. Daß in Thorn an einem Tage sechs Todesfälle gewesen seien, ist doch ganz ausgeschlossen. Ueber die Beschäftigung von Soldaten zu Zivilarbeiten, die Abg. Bebel behauptet hat, kann ich keine Auskunft geben, prinzipiell ist den Soldaten verboten, irgend einen Zivilarbeiter Konkurrenz zu machen. Wo solche Fälle eintreten, werde man sich an die Kommandos. Herr Bebel wunderte sich, daß trotz des Verbots noch Duelle vorkommen; ebenso kommen noch Mißhandlungen vor trotz des Verbots, und selbst das Verbot von allerhöchster Stelle macht es nicht überflüssig, gegen Duellanten einzuschreiten, das sind doch Menschen. Die Ehre der Offiziere ist doch in den Händen des allerhöchsten Kriegsherrn am besten aufgehoben. Wenn der Abgeordnete Bebel von einem Pulverfaß sprach, so meine ich, es ist besser, geräthet zu sein, als garnicht. (Beifall rechts.)

**Abg. Veckh (fr. Sp.):** Nach der „Frankfurter Zeitung“ soll sich der neue Militär-Strasprozeß-Entwurf nur wenig von dem vor zwei Jahren ausgearbeiteten Entwurf unterscheiden. Dieser Entwurf ist aber vom ganzen Volke als unannehmbar bezeichnet worden, denn darin ist von einer Militärjustiz eigentlich gar nichts mehr zu entdecken. Das Gnadenrecht des Monarchen soll unangefastet bleiben, aber das Bestätigungsrecht ist weiter nichts als Kabinettsjustiz. Die Militärjustiz hat Schaden angerichtet. Wir wissen heute noch nicht, wie das Urtheil im Fall Bräsewisch lautet. (Große Unruhe rechts.) Welche Entrüstung im Volke sich aus Anlaß dieses Falles geltend gemacht hat, beweist der Goltz'sche Anruf. Wenn die Zivilisten sich unzufrieden fühlen den Offizieren gegenüber, zu welchem Zustand soll das führen? Das falsche Urtheil hat seine beste Abfertigung gefunden in der Düsseldorf'schen Affäre. Redner kommt auf die Frage des Gebrauchs der Schußwaffe gegenüber Arrestanten zu sprechen. Es sei gefährlich, einem zwanzigjährigen jungen Mann die Gewalt über Leben und Tod eines Staatsbürgers in die Hand zu geben. Es ist der Fall vorgekommen, daß der Soldat nicht den Arrestanten getroffen hat, sondern einen anderen daherkommenden Menschen, der sein eigener Bruder war. Bei den früheren Schießprüfungen mochte die Gefahr nicht so groß sein. Anders liegt es bei dem jetzigen weittragenden Gewehr, welches durch die Manern schießt. (Weiterer Beifall rechts.) Das ist nicht zum Lachen. Man sollte endlich eine Aenderung der bestehenden Vorschriften herbeiführen. (Zustimmung links.)

**Kriegsminister v. Goltz:** Ich habe aus den Ausführungen des Vorredners entnommen, daß derselbe den Entwurf der neuen Straf-Prozessordnung noch garnicht kennt. Die Anschauungen, die er darüber vorgebracht hat, sind unzutreffend. Ich beschränke mich auf diese wenigen Worte über diesen Punkt. Ueber den Fall Bräse-

wisch habe ich nicht die Mittheilung des Urtheils versprochen, sondern nur gesagt, ich würde die Genehmigung Sr. Majestät dazu nachsuchen. Ich habe die Genehmigung eingeholt und erhalten, wenn die Rede darauf kommen sollte, das Urtheil zu verlesen. Bräsewisch ist wegen Todtschlags unter Gebrauch der Dienstwaffe mit Dienstentlassung und 3 Jahren 20 Tagen Gefängniß bestraft worden. Die Zuchthausstrafe von 20 Tagen ist hinzugefügt worden wegen eines militärischen Vergehens, das das hohe Haus nicht interessieren wird. Die rechtlichen Gründe des Urtheils sind folgende:

Das Kriegsgericht ist dabei von folgenden rechtlichen Erwägungen ausgegangen: Die That der Tödtung eines Menschen ist vorsätzlich begangen, was daraus zu erkennen ist, daß der Stich mit großer Gewalt in die Mitte des Körpers gerichtet war. Der Thäter konnte nicht im Zweifel sein, daß der Stich den Tod des Gestochnenen herbeiführen könne und sehr wahrscheinlich herbeiführen müsse. Durch die nach der That an den Zeugen Jungesillung gerichteten Worte: „Ich habe ihn zur Strecke gebracht“ ist bewiesen, daß der Thäter mit dem Erfolg einverstanden gewesen ist und daß dieser Erfolg dem Vorzuge entsprach. Dagegen hält das Kriegsgericht nicht für erwiesen, daß die Tödtung mit Ueberlegung ausgeführt sei, und zwar aus folgenden Gründen: Bräsewisch ist an jenem Abend zweifellos nicht nüchtern gewesen. Wäre er nüchtern gewesen, so würde er rechtzeitig das Lokal verlassen und die gefährliche Nachbarschaft vermieden haben, und er würde im Lokal nicht in laute Klagen über seine verlorene Ehre ausgebrochen sein. Er hat den Entschluß gefaßt, vorsätzlich zu handeln, hat aber nicht mit reiflicher Ueberlegung gehandelt. Das Kriegsgericht hat mildernde Umstände angenommen (Unruhe links), die dadurch begründet sind, weil das regellose, überaus beleidigende Verhalten des Siepmann vor zahlreichen Zeugen, sowie Beilegung, um Entschuldigend zu bitten, und seine Bemerkung „Keine Antwort ist auch eine Antwort“ den Zorn des Offiziers hervorgerufen hat, und weil dieser, obwohl durch geistige Getränke erregt, dem Siepmann keinerlei Anlaß zu einer Provokation gegeben hat.“

Ich habe noch eine Erklärung hinzuzufügen. Ich habe am 17. November bei der Interpellation über den Fall Bräsewisch auf einen Vorfall in Karlsruhe zwischen Offizieren und Studenten hingewiesen. Einer der Studenten, der jetzt Rechtspraktikant ist, hat mir einen Brief geschrieben, woraus für mich zweifellos hervorgeht, daß er bei dem Rencontre nicht aus Gehässigkeit gegen den Offiziersstand gehandelt hat. Ich wollte nicht unterlassen, das ausdrücklich hier zu bekennen. Die Frage des Vorredners über den Gebrauch der Schußwaffen muß ich verneinen; die Bestimmungen darüber sind schon von meinem Amtsvorgänger gemildert worden. Der einzige Fall, der mir bekannt ist, ist, daß in Mannheim auf einen Arrestanten geschossen ist. Diese Gelegenheit ist benutzt worden, den Soldaten die Bestimmung wieder einzuschärfen, daß der Transport von Arrestanten nicht auf belebten Straßen stattfinden, sondern in Wagen genommen werden soll.

**Abg. v. Kardorff (Sp.):** Die Angriffe des Herrn Bebel sind mir bekannt. Er knüpft an bekannt werdende Fälle maßlose Ueberreibungen. Er hat einen Punkt angeführt, der mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen. Er behauptet, daß Soldaten auf das platte Land abgegeben werden, um den freien Arbeitern Konkurrenz zu machen. Wie steht das mit dem praktischen Leben in Widerspruch? Es kommt bei schlechtem Wetter vor, daß die Arbeit drängt. Die ländlichen Arbeiter haben den Wunsch, daß möglichst viel Arbeiter herangezogen werden, um die Ernte zu reiten, von der die ländlichen Arbeiter ihren Droschenlohn erhalten. Für die Soldaten ist das eine Erholung nach dem anstrengenden Dienst. Ich möchte nicht, daß darin eine Aenderung eintreift. Ich spreche nicht im eigenen Interesse; aber das platte Land ist sehr dankbar für eine solche Aushilfe.

**Abg. Werner (Reform-P.):** Die Sozialdemokraten möchten gern in der Armee Anhänger ihrer Richtung gewinnen. Redner bittet den Minister, mit dem Ankauf von landwirthschaftlichen Produkten direkt bei den Produzenten fortzufahren. Wenn der kaiserliche Erlaß bezüglich der Duelle richtig verstanden wird, werden die Duelle eingeschränkt werden. Ueber die Pensionierungen haben wir in der Kommission bereits ausführlich gesprochen; eine kleine Einschränkung derselben bei den unteren Stellen ist wohl möglich. Redner bittet den Kriegsminister um Anstellung über einen Fall von Bestrafung eines verabschiedeten Offiziers. Für die Invaliden soll ja etwas geschehen nach einem Antrage, der dem Hause vorliegt. Redner schließt damit, daß die Sozialdemokraten trotz aller Bemühungen nicht in das Heer eindringen würden.

Damit wird die weitere Berathung um 5 1/2 Uhr bis Sonnabend 1 Uhr vertagt.

## Partei-Nachrichten.

**Ausgewiesen aus Preußen** wurde von der Polizeiverwaltung in Herne bei Bochum der aus Oesterreich gebürtige Bergmann Franz Hausmann. Die Gründe der Ausweisung sind ihm nicht mitgetheilt worden. Da er aber Vorsitzender einer selbständigen Arbeiterorganisation ist, braucht man nach dem Grunde nicht lange zu suchen.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Zu 3 Monaten Gefängniß wurde Genosse Walter als verantwortlicher Redakteur des „Volksblatt für Anhalt“ verurtheilt, weil er durch einen Artikel über den Fall Bräsewisch eine Offiziersbeleidigung begangen haben soll.

Einen neuen Strafbefehl wegen Boykotts, lautend auf 6 Wochen Haft, hat der verantwortliche Redakteur des „Volksblatt für Halle“, Genosse Salomon, empfangen, weil er ein Eingekandt aufgenommen hat, worin Beschwerde geführt ist, daß in den halle'schen Mühlen die Sonntagsarbeit wieder überhand genommen habe; an die Konsumvereine ist dann das Ersuchen gerichtet, dieses Eingekandt zu berücksichtigen.

Wegen Beleidigung des Nittergutsbesizers Klopfer in Kauschwitz i. B. wurde Genosse G. Schulze, der verantwortliche Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden, vom Gericht in Plauen i. B. zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt.

## Gewerkschaftliches.

**Die Arbeitervereine,** welche gedruckte Kataloge über ihre Bibliotheken besitzen, werden gebeten, dieselben in 2-3 Exemplaren an uns zu senden.

**Der preussische Staat und das Koalitionsrecht der Arbeiter.** Die königl. Eisenbahn-Direktion in Altona hat folgenden Befehl gemacht: Die Vetheiligung von Eisenbahnbediensteten an dem kürzlich in Hamburg gegründeten Verband der Eisenbahner Deutschlands verträgt sich nicht mit der Disziplin und den der Verwaltung gegenüber übernommenen Pflichten. Wir warnen daher hiermit die Bediensteten, sich an jenem Verbande oder seinen Einrichtungen zu betheiligen, und werden andernfalls ein ferneres Verbleiben derselben im Staatsdienst nicht dulden.“

Diese Verfügung ist jedem einzelnen im niederen und mittleren stehenden Beamten mitgetheilt und gleichzeitig durch Unterschreiben eines Schriftstüchs die Vetheiligung der Einsichtnahme vom Inhalte verlangt worden.

**Die Rüstungsmacher** in Landsberg an der Warthe befinden sich im Streik. Zugang ist ferngehalten.

**Zu Weiskufels** ist, wie uns mitgetheilt wird, am Freitag auch in den Fabriken von R. Dieck und M. Schübe die Arbeit wieder aufgenommen worden, nachdem die am Donnerstag geschehen Verhandlungen für die Arbeiter gütlich verlaufen waren. Der Ausstand betrifft nun nur noch 5 Fabriken mit zusammen 300 Arbeitern. Dagegen sind in der Fabrik von Blasig wieder Differenzen entstanden. Herr Blasig will für die falsch gedoppelte Arbeit nur irrtümlicherweise 3-5 Pfennig

Zulage bewilligt haben. Da seine Arbeiter sämmtlich organisiert sind, wird es mit Hilfe der Organisation wohl gelingen, auch diese Angelegenheit ins gleiche zu bringen. Von den noch übrigen Fabrikanten ist am hartnäckigsten der Führer des Fabrikantenvereins, Herr M. Seiler. Er will sein streikendes Personal aushungern. Die vereinte Kraft der Arbeiterschaft wird das abzuwehren wissen. Zugang ist streng ferngehalten, und finanziell hilft doppelt, wer schnell giebt.

Weiter wird uns mitgetheilt: Ein Fabrikant, dem öffentlich nachgesagt worden war, er habe mit den Journaliereu seinem Personal gegenüber Bacher getrieben, hatte den Staatsanwalt um Erhebung der Anklage erucht; der Staatsanwalt verwies den Herrn aber auf den Weg der Privatklage. Auch der Redakteur des Kreisblattes fühlt sich beleidigt. Das „Volksblatt für Halle“ hat ihm gerathen, nachdem er gelündigt sei, könne er ja nun bei den Schuhfabrikanten als Zweider arbeiten, um die 30 M. zu verdienen, die nach Angabe des Kreisblattes die Weiskufels'schen Zweider wöchentlich verdienen sollen. Dieser spohhafte Rath trankte den Mann der Feder so sehr, daß er zum Rudi lief.

Der Ausstand beziehentlich die Aussperrung hat bis jetzt rund 50 000 M. gekostet. Davon sind, wie getern schon mitgetheilt, 9000 M. von der Leipziger Arbeiterschaft aufgebracht worden.

**In Liegnitz** streiken circa 150 Arbeiter der Holzwaaren-Fabrik von Beer u. Co. Die Ausständigen ersuchen um Vermeidung des Zugangs und um finanzielle Unterstützung. Näheres durch G. Kretschmer in Liegnitz, Goldener Frieden.

**In Eberfeld** ist der Ausstand der jugendlichen Arbeiter der Rattendruckeri von Schlieper u. Baum erfolglos beendet. Die jungen Leute hatten, 83 an der Zahl, am Sonnabend die Arbeit niedergelegt, weil sie mit der von der Firma angeordneten Zwangsparthie nicht einverstanden waren. Von den Ausständigen haben am Montag 80 und am Dienstag Morgen 45 die Arbeit wieder aufgenommen. Die übrigen 8 sind von den Zuhabern der Firma als entlassen erklärt worden. Die Zwangsparthie ist nach dem Muster des Bergischen Fabrikantenvereins in Remscheid eingerichtet worden, das der Regierungspräsident in Düsseldorf den Fabrikanten zur Einführung empfohlen hat. Nach den Bestimmungen müssen Arbeiter im Alter von 16 Jahren 1 M., 17 Jahren 1,20 M., 18 Jahren 1,40 M., 19 Jahren 1,60 M., 20 Jahren 1,80 M. und 21-25 Jahren 2 M. aller vierzehn Tage vom Lohn in Abzug bringen und auf der Sparkasse zinsbar anlegen lassen. Die freie Verfügung über das Sparlassenbuch bekommt der Sparrer mit Beendigung des 25. Lebensjahres (!) oder bei Austritt aus der Beschäftigung bei Schlieper u. Baum. Ferner kann der Sparrer darüber verfügen bei Gründung eines eigenen Haushaltes oder bei Ableistung seiner Militärdienstpflicht, jedoch mit der Maßgabe, daß bei Gründung eines Haushaltes nur ein Betrag bis zur Hälfte des Gesamtguthabens erhoben wird und während der Leistung der Dienstpflicht der entnommene Betrag im Laufe eines Jahres 1/3 des Gesamtguthabens nicht überschreitet. In allen andern Fällen bedarf der Sparrer zur Entnahme seines Guthabens oder eines Theiles unter der Mittheilung des Zweckes der Verwendung der Zustimmung eines der Theilhaber der Firma.

Das ein Regierungspräsident eine solche Sparkasse empfehlen kann, ist doch kaum zu begreifen! Die Forderung ist sogar schon in Oesterreich aufgehoben, beiläufig seit Anfang dieses Jahrhunderts; drüben am Rhein führt sie das Fabrikantenthum in gewissem Sinne wieder ein, und der Regierungspräsident giebt noch seinen Segen dazu.

**Aus Dresden** berichtet die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“: „Die Innung geprüfter Baumeister hat den Rath und die Staats-Bahnverwaltung um Hilfe angegangen gegen die zu erwartenden Forderungen ihrer Arbeiter. Sie theilt diesen beiden Behörden in einem Schreiben mit, daß die Bauhandwerker — Maurer und Zimmerer — in diesem Frühjahr einen Streik inszeniren wollten. Die Arbeiter bekamen jetzt 42 und 43 Pf. Stundenlohn und wollten nun 45 Pf. fordern und neunständige Arbeitszeit. Wenn diese Forderungen durchgingen, dann würden die Arbeiter im nächsten Jahre 50 Pf. und achtstündige Arbeitszeit verlangen. Die Baumeister-Innung habe bedwegen beschlossen, nichts zu bewilligen und es auf einen Kampf ankommen zu lassen. Größere Unternehmer Dresdens und der Umgegend hätten sich schon mit ihnen solidarisch erklärt. Sie bitten deshalb die Staatsbahn-Verwaltung und den Rath um Unterstützung namentlich in der Richtung, daß ihnen erforderlichenfalls die Lieferkräften verlängert werden. Die Staatsbahn-Verwaltung ist auch bereitwillig auf den Plan eingegangen. Sie hat an alle Bahndienststellen das Schreiben der Baumeister weiter gegeben und sie angewiesen, ihre Puh- und Maurerarbeiten so zeitig in Angriff nehmen zu lassen, als es die Witterung irgend gestattet, damit sie noch möglichst vor Eintritt des Frühlings fertig werden. Den Baumeistern aber hat die Generaldirektion (der Staatsbahnen) geantwortet, daß sie ihnen erforderlichenfalls im weitesten Maße entgegenkommen würde.“

Das Studium der Volkswirtschaft scheint in den Regierungskreisen Sachsens zu den Dingen zu gehören, die außer Mode kommen. Andersfalls könnte es einer Staatsbehörde, wie es die Generaldirektion der Staatsbahnen ist, nicht einfallen, die Arbeiter — noch dazu solche, die in der Privatindustrie beschäftigt sind, an der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu hindern. Aber auch dem rein fiskalischen Interesse widerspricht die Handlungsweise der sächsischen Staatsbahnverwaltung. Wenn die Tausende von Maurern und Zimmerern Dresdens mehr Lohn und längere Arbeitszeit bekommen, so können sie auch mehr zu den Staats- und Gemeindefinanzen beitragen, weil sie dann mehr Verdienst und anderwärts Arbeit haben, als jetzt.

**In Leipzig** ist der Ausstand der Tischler, Maschinenarbeiter, Polsterer und Polsterinnen der Firma Paul Höflich zu gunsten der Arbeiter beigelegt. Die Forderungen der Arbeiter wurden bewilligt.

**In Zürich** dauert der Kaminseger-Streik fort. Die Ausständigen fordern: Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 5 Uhr abends, Lohn 5 Frs. für den Tag oder 15 Frs. mit freier Kost und Wohnung die Woche, Ueberstunden 75 Cts., Freigabe des 1. Mai.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

**Jüly i. Schl., 12. Februar.** (B. T. B.) Wegen Schneeverwehung zwischen Station Neuhof und Jüly ist der Betrieb auf der Strecke Neuhof-Jüly voraussichtlich auf 24 Stunden unterbrochen.

**Köln a. Rh., 12. Februar.** (B. T. B.) Eine Konstantinopler Depesche der „Köln. Ztg.“ meldet: Zuverlässige Nachrichten aus Makedonien besagen, daß die dortige Bevölkerung von Griechenland aus mit Waffen und Munition versorgt wird. Die Wanderbewegung an der Grenze geht in so offener Weise vor sich, daß die stillschweigende Billigung der griechischen Regierung zu diesem Treiben keinen Zweifel unterliegen kann. Es ist ersichtlich, daß ein Aufstand in großem Stile vorbereitet wird und daß der Ausbruch desselben nach Eintritt der milden Witterung nicht lange auf sich warten lassen werde.

**Temeswar, 12. Februar.** (B. T. B.) Für Sonnabend ist der Ausbruch eines allgemeinen Streiks in allen südbanarischen Becken der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft signalisiert worden. Von hier sind neuerdings mehrere Kompagnien nach Reschitz und Kalna abgegangen.

**Bern, 12. Februar.** (B. T. B.) Bei der Nordost-Bahn droht wieder eine Lohnbewegung auszubrechen, weil die vor einem Jahre dem Personal gemachten Versicherungen nicht gehalten worden seien.

**Warschau, 12. Februar.** (B. T. B.) Infolge einer Kesselexplosion in der Dampfmaschine der Gebäude Rausch in Slonia wurde das Gebäude vollständig zerstört. Fünf verkümmelte Leichen wurden unter den Trümmern hervorgezogen.

**Konstantinopel, 12. Februar.** (B. T. B.) Der Sultan hat befohlen, daß sich die türkische Flotte bereit halten solle, um jeden Augenblick nach Kreta abzudampfen.

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner am 11. dieses Monats abgehaltenen Plenarsitzung dem Entwurf eines Gesetzes wegen Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen aus dem Etatsjahre 1897/98 zur Schuldentilgung, sowie dem Aufschubantrage, betreffend Aenderung der Bestimmungen über die Zollbehandlung der Verschnittweine und -Moste, die Zustimmung ertheilt.

Die Handelsgefehbuch-Kommission hat sich konstituiert und den Abg. Dr. Spahn zum Vorsitzenden, den Abg. Frhrn. v. Göttingen zum Stellvertreter des Vorsitzenden und die Abgg. Schippel, Trumborn, Dr. Viehagen und v. Werder-Schorbus zu Schriftführern gewählt; außer dem Abg. Schippel gehören der Kommission von unserer Partei noch die Abgg. Diez und Singer an.

Die Kommission zur Veranlassung des Unfall-Versicherungsgesetzes lebte in ihrer gestrigen Sitzung die seitens unserer Abgeordneten zu § 5b gestellten Verbesserungsanträge ab, § 5b will ebenso wie das bestehende Gesetz den 4. M. überschreitenden Tagesverdienst bei Berechnung der Rente nur zu einem Drittel zur Anrechnung kommen lassen.

Mit der Errichtung einer Präsidialwohnung beschäftigte sich nach der Post der Vorstand des Reichstags am Freitag Vormittag. Beschlossen wurde zunächst im Prinzip, daß ein besonderer Bau hierfür zu errichten und die erste Bauphase in den Etat einzufügen sei.

Ein vorzügliches, fast unentbehrliches Hilfsmittel für alle, die sich mit politischen und parlamentarischen Gegenständen beschäftigen, hat das Reichstagsbureau dieser Tage herausgegeben. Es ist dies ein alphabetisch-systematisches Generalregister über sämtliche seit 1867 dem Reichstage zugegangene Aktenstücke und über die bezüglichen Verhandlungen.

Dem preussischen Abgeordnetenhause ist ein Nachtrag zum Normaletat vom 4. Mai 1892 über die Besoldungen der Leiter und Lehrer an höheren Unterrichtsanstalten zugegangen. Der Entwurf beabsichtigt, mit Rücksicht auf die Besoldungsaufbesserung für die mittleren und höheren Beamten eine solche auch für die Leiter und Lehrer der staatlichen höheren Unterrichtsanstalten herbeizuführen.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen für die streikenden Hamburger Hafenarbeiter folgende Beiträge ein: Maschinist Gehr. Teilschow durch Seeger 22,50. Gemüthliches Beisammensein bei Hild. Simonstrasse, 4,50. Zimmerer von Edel, Bau Spittelmarkt, 2, Rate 10,50. Bitte 7121 16,30. Siemens u. Halske 2885 Veröfentl. 2,30. Strandbark S. O., Wollfahnenstraße, 2, Rate 22,50. Gefährlicher bei Bana, Wollfahnenstraße 9, 4, Rate 6,00. Bitte 6405 Wollfahnenstraße 10, 7, Rate 14,40. Bitte 6405 Wollfahnenstraße 10, 7, Rate 14,40. Bitte 6405 Wollfahnenstraße 10, 7, Rate 14,40. Bitte 6405 Wollfahnenstraße 10, 7, Rate 14,40.

treffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten vom 20. Mai 1892 zugegangen. Der Entwurf nimmt eine generelle Erhöhung der Hinterbliebenenbezüge von 20 pCt. in Aussicht. Die Wittwenpensionen, deren Erhöhung zugleich eine entsprechende Aufbesserung der Waisen-gelder bedingt, sollen anstatt 33 1/2 pCt. in Zukunft 40 pCt. der Pension des Verstorbenen betragen.

Die Situation in Hamburg.

Unser Korrespondent schrieb am Freitag: Heute morgen wurden wieder circa 800 alte Schauerleute eingestellt, so daß jetzt im ganzen etwa 24—2500 wieder Arbeit haben. Bei der Hamburg-Amerika-Linie arbeitet von heute ab nicht ein einziger Streikbrecher mehr, die letzten wurden gestern Abend entlassen, weil die alten Arbeiter entschieden erklärten, mit den Arbeitswilligen nicht arbeiten zu wollen.

In den anderen Branchen sieht es mit der Einstellung der Arbeiter noch etwas windig aus, aber nur weil die Eidverhältnisse im Hafen einen größeren Verkehr dorthin nicht zulassen und auch erst in dem während des Ausstandes aufgekauften Lohndroh von Waaren auf Oberländerfähnen, Schuten und Leichtern etwas Ordnung geschafft werden muß.

Wie — vorzüglich die bürgerliche Wohlthätigkeit ist, zeigt die Mittheilung unseres Partei-Organs in Hamburg, wonach dort die Volkssache erst dieser Tage eröffnet wurde, weil man durch frühere Eröffnung die streikenden Hafenarbeiter zu unterstützen fürchtete.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen für die streikenden Hamburger Hafenarbeiter folgende Beiträge ein: Maschinist Gehr. Teilschow durch Seeger 22,50. Gemüthliches Beisammensein bei Hild. Simonstrasse, 4,50. Zimmerer von Edel, Bau Spittelmarkt, 2, Rate 10,50. Bitte 7121 16,30. Siemens u. Halske 2885 Veröfentl. 2,30. Strandbark S. O., Wollfahnenstraße, 2, Rate 22,50. Gefährlicher bei Bana, Wollfahnenstraße 9, 4, Rate 6,00. Bitte 6405 Wollfahnenstraße 10, 7, Rate 14,40. Bitte 6405 Wollfahnenstraße 10, 7, Rate 14,40. Bitte 6405 Wollfahnenstraße 10, 7, Rate 14,40.

2501 1, —, Leithold 2507, Tischlerlei Klein u. Rose, 2528 Maler, Ecke Marktgrabenstraße 7, 25, 2540 durch Heller 2,95, 2541 durch Heller 11,50, 2547 durch Köhn 2,50, 2548 Tischlerlei von Werth 11,25, 4698 O. Werner 2,40, 4698 durch Heber 4,55, 4471 durch Wittke 10,45, 6127 durch Singer 2,10, 6128 durch Heller 7, —, 6129 durch Heller 2,55, 6132 durch Gensel 9, —, 6134 durch Gensel 9, —, 6135 durch Ginge 10, —, 6136 Metallarbeiter, Säbelschneide 19,55, 6137 durch Klemm 7, —, 6139 Ginge 16,30, 6141 Metallarbeiter Säbelschneide 19,55, 6144 Tischlerlei Säbelschneide 2,60, 6144 durch Allen 2,25, 6145 durch Werner 1, —, 6584 Kunstschlosserei von Ed. Paal 11,00. Schriftschreiber Theinhardt, 2, Rate 2,85, 4562 Feibe u. Co. durch Banger 12,80, 6585 durch Homann 7,30. Defo und Defostraße Nr. 2, durch H. 6, —, Eisten durch Schaubel 2065, 2067, 6123, 2078 durch Brandt, 2077, 2443 Weidelt, Hafenstraße, 24,30. Rampenfabrik Edel und Gleditsch, 2, Rate 14, —, Wetterfeld Fortuna 2,25. Wollfahnenarbeiter durch Wollfahnen 209 4,50, 6189 durch Weiser 2,50, 6911 durch Brandt 7,90, 6418 durch Wittmann 11,75, 6489 durch Görtz 2,60, 6422 Pfeider u. Goldmann 4,40, 6424 durch Herbst 2,20, 6424 durch Dooß 7,30, 6425 durch Cito 19,40, 6417 9,30, Eiste Ruff u. 2 Pianofabrik Wittig u. Co. 12,15. Gaudin, Friederichstraße bei Jarius 2, —, Geburtskassen 1,30. Bitte 1965, Hoffmann, Blumenstr. 12 2,25, Arbeiter der unteren Auerstraße bei Wittig 15,15. Franz Tischler 2, —, Silber-rahmenfabrik von Bräuer, 7, Rate 2,40. Buchholz, Oranienstraße 6,70, Bitte 2578, Rampenfabrik von Hirschhorn 27,05, Erwa-Zeller-Sammlung der Schneider und Schneiderinnen bei Grindel am 2. Februar 17,00.

Weitere Beiträge nimmt das Berliner Gewerkschaftsbureau Nr. Willkarg, Berlin S., Annerstr. 16, vorn part.) in der Zeit von 9—1 Uhr vormittags und 6—8 Uhr abends entgegen.

Kommunales.

In ihrer geheimen Sitzung am Donnerstag wählte die Stadtverordneten-Versammlung zu Bürger-Deputirten: für das Turn- und Badewesen den Kaufmann Gustav Lescher, Albrechtstraße 15; für die Steuerdeputation Rentier Robert Lange, Schönhauser Allee 165; für die Waisenverwaltung Geh. Kommerzienrath Bringsheim, Königsplatz 14; für die Schuldeputation sind in Vorschlag gebracht: 1. der frühere Stadtverordnete Rihmann, 2. der Lehrer Galke, 3. der Lehrer Ewald. Die Wahl selbst wird in der nächsten Sitzung mittels Stimmzettels bewirkt werden.

Dem 100 000 Marks-Ausschuß für die Wilhelmfeier gehören an: Dr. Langerhans, Vorsitzender, Michellet, Cassel, Wilhelm Gerike II, Witkowski, Jacobi, Dr. Horwich, Kuhlmann, Kreitzing, Max Schulz, Dr. Schwalbe, Mowjen, Hugo Sachs II, Muntel, Wohlgenuth.

Durch die von den städtischen Behörden in Aussicht genommene Fehsehung einer neuen Baufluchtlinie für die südliche Seite der Landsbergerstraße vom Alexandersplatz bis Kleine Frankfurterstraße dürften wohl am deswillen kaum die jetzigen mißlichen Zustände daselbst in absehbarer Zeit beseitigt werden, weil eine Niederlegung der Häuser in jenem Straßentheile nicht beabsichtigt wird. Die Verbreiterung der Straße soll vielmehr nach und nach bei Ausführung von Neubauten zur Ausführung gelangen, und da fast die Mehrzahl der Häuser erst in den letzten Jahren neugebaut sind, so dürfte ein Menschenalter vergehen, bis die vollständige Verbreiterung der Straße durchgeführt ist.

Die Restaurationsräume auf dem städtischen Vieh- und Schlachthofe sind für eine jährliche Miete von 52 000 Mark auf die Dauer von 5 Jahren vom 1. April 1897 nach Beschluß des Magistratskollegii, an Herrn Fleck vermietet worden.

Lokales.

Der Wahlverein des I. Berliner Wahlkreises hält am Montag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Stabernack's Lokal, Inselstr. 10, eine Bezirksversammlung ab. Genosse Timm referirt über das Thema: „Staatseinrichtungen“. Wir fordern die Parteigenossen auf, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. Nichtmitglieder des Wahlvereins sind besonders eingeladen, damit sie die Bestrebungen der politischen Organisation kennen lernen. Der Vorstand.

Die Altersversorgung-Anstalten und Hospitäler städtischen Patronats sind schon lange nicht mehr im Stande, die an sie herantrappenden berechtigten Ansprüche zu befriedigen. Der Zubrang ist namentlich in den letzten Jahren so groß geworden, daß mehrere Anstalten seit einiger Zeit überhaupt keine Aufnahme mehr berücksichtigen, weil bei der großen Zahl der vorgemerkten Bewerber für eine Reihe von Jahren alle etwa frei werdenden Stellen schon im voraus vergeben sind. In dem neuesten Verwaltungsbericht (für 1895/96) über diese Anstalten wird hierüber härter als je festgestellt. Bei der Altersversorgungs-Anstalt der Kaiser Wilhelm- und Augustastiftung wird ausgeführt, daß wieder zahlreiche Aufnahmeversuche eingegangen seien, und daß die Angaben der Wittsteller über ihre Nothlage und die Sorgen, die ihren Lebensabend oft nach arbeitsamen und beschwerlichem Leben verdirben, bei der Prüfung der Gesuche „meist nur zu sehr bestätigt“ worden seien. Trotzdem habe man nur einer kleinen Zahl von Wittstellern Aussicht auf spätere Aufnahme machen können. Die Zahl der hochbetagten und schon seit langen Jahren der Aufnahme harrenden Anwärter wachse stetig, und es werde immer schwieriger, für eine frei werdende Stelle aus dieser großen Zahl Würdiger und Bedürftiger den Würdigsten und Bedürftigsten auszuwählen. Da immer wieder neue Gesuche eingehen, so hat man sich entschließen müssen, bekannt zu machen, daß alle bis 1899 eingehenden Gesuche ungeprüft zurückgeschickt werden. Auch bei den Hospitälern zum Heiligen Geist und St. Georg können, obwohl ein neues, größeres Gebäude errichtet wird, Aufnahmeversuche für die nächste Zeit nicht berücksichtigt werden, da schon eine ausreichende Anzahl alter und bedürftiger Personen vornotirt ist. Ebenso ist bei der Rentierstiftung (für alle Kaufleute) die Bewerberliste bereits 1895 geschlossen worden. Hier, wie bei der erstgenannten Altersversorgungs-Anstalt wird, da größere Zuschüsse aus dem Stadtkasse nicht zu erwarten seien, auf die Nothwendigkeit hingewiesen, die Mittel zu der wünschenswerthen Erweiterung der Anstalten durch die Privatwohlthätigkeit zu beschaffen. Aber obwohl die Bitte um milde Spenden seit längerer Zeit alljährlich erneuert wird, ist bisher wenig eingekommen. Im Berichtsjahre hat die Rentierstiftung nur ganz geringe und die Kaiser Wilhelm- und Augustastiftung gar keine Zuwendungen erhalten. Die Rentierstiftung, die fortgesetzt mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, hat sich in den letzten Jahren unter Hinweis auf die „verarmten Ständegegnen“ besonders an die wohlhabenden Firmen gewandt, hat aber auch hier nur wenig Unterstützung gefunden.

Zur Schularzfrage. Unter dem Titel „Pathologische aus meinen Schulklassen“ berichtet G. Siebert, Lehrer in Leipzig-Meckeln, in der Zeitschrift „Die Kinderfehler“ (1896, Nr. 6) über Beobachtungen, die er an seinen Schülern gemacht hat. Er hatte in 2 Klassen 100 Schüler im Alter von 7—9 Jahren. 88 von ihnen hatten früher zusammen 142 Krankheiten (namentlich Masern, Scharlach, Diphtherie, Pocken, Influenza, Lungentzündung, Ziegenpeter, Keuchhusten etc.) gehabt, und im Laufe des Schuljahres, über das er berichtet, traten noch 33 weitere Erkrankungen, meist derselben Art, auf. Wintertarm und nervös waren von 42 Schülern der unteren Klasse 13, von 88 der oberen Klasse 27, also 31 beziehungsweise 47 pCt. An

Fehlern und Schwächen der Sinne litten verschiedene Kinder: 12 an Schwächen des Gesichtsinnes (meist Kurzsichtigkeit, die mehrfach vererbt schien), 5 an Störungen des Gehörs (darunter 1, der auf einem Ohre schwerhörig, auf dem andern ganz taub war). Als Folge der Gehörstörungen zeigte sich Ungeheuerlichkeit im Sprechen. Selbständige Sprachstörungen wurden außerdem bei 24 Knaben beobachtet: bei 8 hatten sie in anormaler Beschaffenheit der Sprachwerkzeuge, bei 16 in „psychopathischer Minderwertigkeit“ ihren Grund. In einer Anzahl von Fällen äußerte sich „psychopathische Minderwertigkeit“ in großer Langsamkeit oder Hast des Vortragsverlaufs und entsprechender Unfähigkeit zu normalen Lernen und wies meist auf schwere Erkrankung in der Kindheit (Krämpfe, Hirnhaut-Entzündung, Diphtherie, Sturz) zurück. Ausführlicher behandelt Siebert 8 Knaben, die er als „ausgeprägt problematische Naturen mit zum Theil scharf umrissenen psychotischen (geistig gestörten) Charakter“ bezeichnet. Diese Kinder, bei denen es sich um intellektuelle und meist auch moralische Defekte von hohem Grade handelte, waren fast ausnahmslos auch körperlich verkrüppelt, blutarm u. s. w.; außerdem mußte vielfach auch erbliche Belastung angenommen werden. Der Unterrichtserfolg blieb bei diesen bedauerlicherweise Kindern natürlich sehr gering; bei einigen war er fast gleich Null. Zu denken giebt besonders ein Fall. Ein aus einer beschriebenen Schule kommender Knabe, der „wegen seiner unerschütterlichen Trägheit etwas hart bestraft worden war“, wurde von S. sofort als „pathologische Gehalt“ erkannt. Die Fälle, in denen der von keinem Arzte herabgesetzte Intellektuelle und sittlichen Defekte seiner Schüler mit dem Stocke zu kurieren sucht, sind in den Volksschulen leider nicht vereinzelte.

**Der Pferdefleisch-Verbrauch**, den in Berlin einige unternehmende Leute — vermuthlich im Auftrage von Pferdeschlächtern, die ihr Absatzgebiet erweitern möchten — nächstens wieder einmal „vollständiglicher machen“ wollen, ist hier in den letzten beiden Jahren in der That etwas zurückgegangen. Der neueste Verwaltungsbericht über den städtischen Vieh- und Schlachtstall giebt an, daß im Jahre 1895/96 in der Rofschlächterei 7269 Pferde geschlachtet wurden, wovon 7222 Stück — das sind, wenn das Pferd zu 225 Kilogramm Schlachtgewicht gerechnet wird, 1624890 Kilogramm — als „zur menschlichen Nahrung geeignet“ freigegeben wurden. Dagegen wurden geschlachtet bzw. freigegeben in den Jahren 1894/95: 7658 bez. 7602, 1893/94: 7857 bez. 7785, 1892/93: 7576 bez. 7117, 1891/92: 8129 bez. 7529 Pferde. Nur ca. 500 Pferde pro Jahr kommen in den zoologischen Gärten u. d. übrigen wandern in die Küchen der Kermesse, zum Theil wohl auch in gewisse billige Speisewirtschaften. Uebrigens wird in Berlin anscheinend auch Gelfleisch gegessen. Der letzte Jahrgang des „Statist. Jahrb. deutscher Städte“ (dessen Angaben vorläufig nur bis 1894 reichen) giebt die Zahl der hier geschlachteten Gelfe für 1893 auf 6, für 1894 auf 7 an. Daß ferner auch Hundefleisch gegessen wird, ist bekannt. Das „Jahrb.“ sagt allerdings, daß für Berlin der Verbrauch solchen Fleisches „nicht konstatiert werden konnte“. Für Dresden und Chemnitz dagegen ist festgestellt, daß ein Theil der dort geschlachteten Hunde gegessen wurde. In den Jahren 1893 und 1894 wurden in Dresden 58 und 59, in Chemnitz 185 und 186, ferner auch in Leipzig 20 und 22, in Breslau 94 und 118 Hundeschlachtungen ermittelt.

**Zu der gutgekauften Presse** ist man sehr betreten darüber, daß das sogenannte Nationaldenkmal während der drei Tage, die den Hurratapatrioten wieder einmal zum Festjubeln reserviert sind, wahrscheinlich abgeperret bleiben soll. Diese Anordnung wird der werththätigen Berliner Bevölkerung nicht so bedeutungsvoll erscheinen. Das Proletariat hungert nicht nach der Denkmalsbesichtigung und wer zum Bummeln hier ist, kann immerhin ein paar Tage länger warten, wenn er denn einmal seine Reugierde befriedigt sehen will.

**Die Gefangenschaft des Duellmörders.** Einem hiesigen Blatte wird berichtet: Herr von Koye ist von seinem Unfall, bei dem er, wie bekannt, eine Beinverletzung erlitten hatte, jetzt so weit hergestellt, daß er mit Hilfe eines Stodes im Zimmer umhergehen kann. Herr von Koye, der in Stah noch immer die erste Etage des Hotel de Rome bewohnt, sieht, wie verlautet, wegen Anlaufs des eine halbe Stunde vor Stah sehr hübsch belegenen Gutes Marly in Unterhandlungen. — Uns ist kein Fall bekannt, daß ein sozialdemokratischer Gefangener sich bei seiner Familie, geschweige denn in einem Hotel erholen konnte.

**Die Nordseite des Treptower Parks** wird am 15. d. M. dem Ausschuss der Gartenbau-Ausstellung für 1897 übergeben werden, nachdem bereits ein Theil des Geländes für diese Ausstellung seit kurzem in Beschlag genommen ist. Für die Zwecke der Gartenbau-Ausstellung bleibt außer dem Chemie-, Fischereigebäude, dem Gebäude der Stadt Berlin, auch der Hester'sche Pavillon stehen, ebenso wie für die zwölf Ausstellungstage das Kaufhausgebäude der Viktorina-Brauerei zu Restaurationszwecken erhalten. Die Südseite des Parks ist zum Theil dem Publikum wieder freigegeben.

**Keine oberirdische Stromleitung.** Die von uns kürzlich wiedergegebene Meldung einer Lokalcorrespondenz, daß der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn die polizeiliche Erlaubnis zum Bau der oberirdischen Stromleitung für die elektrische Straßenbahn bei der Lutherkirche erteilt sein sollte, wird widerrufen. Es ist also nichts mit der Oberirdischen, durch welche die ewigen Verkehrshindernisse an jener Stelle beseitigt werden sollen. Vor einiger Zeit ging die Mitteilung durch die Presse, daß nach einer frommen Entbedung die oberirdische Leitung auf irgend eine, dem Laien nicht verständliche Weise die wahre Religiosität oder so etwas in der Gegend der Kirche beeinträchtigen werde.

**Im Berliner Aquarium** nehmen augenblicklich mehr noch als die jüngst angekommenen neuen und seltenen Thiere gewisse außerordentliche Erscheinungen die Aufmerksamkeit der Naturfreunde in Anspruch. In dem bekannten Becken vorn Seebundteich ist ein weiblicher Rochuspolyp, ein achtfühiger Tentinisch, beschäftigt, Eier zu legen; mehrere der etwa zolllangen, bleisüßigen, durchsichtigen Gebilde, welche von dem ohnehin so merkwürdigen Weibthiere einzeln in einer Ecke des Bassins an die Steindecke geklebt sind, vermag man deutlich zu sehen, obgleich der Polyp stets bei ihnen verbleibt, sie treu bewacht und in der Folge während ihrer Entwicklung mit seinem Athemstrom erfrischt. Eine zweite merkwürdige Erscheinung zeigt sich darin, daß verschiedene Thiere ihr früheres Kleid mit einem neuen verlässt und somit ein ganz anderes Aussehen gewonnen haben. Dies geht so weit, daß nur der eigentliche Kenner und eingeweihte Besucher beispielsweise in der wohl 1 1/2 Meter langen, stark gebauten Schienen-Eidechse, welche nach Abstoßen der alten Haut jetzt in einem braunrothen, mit schwarzen und gelblichen Quersstreifen gezeichneten Schuppenkleid prangt, den vordem schmutzig erdfarbenen und sandgrauen südamerikanischen Laju wiedererkennen wird.

**Zu dem Mangel an Krankenhäusern**, der bereits vielfach erörtert wurde, wird uns in nachstehendem ein neues frohes Bild geliefert. Eine Frau, die an Grippe litt, wollte sich am Donnerstag in ein Krankenhaus begeben und hat dabei eine Reise durch ganz Berlin antreten müssen. Ueberall waren die vorhandenen Betten belegt, und ihre Hoffnung auf ein Unterkommen wurde immer von neuem zu schanden. Sie hatte schon in den Krankenhäusern Moabit, Friedrichshain, Elisabeth, Lazarus, St. Hedwig, Charitee und Augusta angefragt; überall ein Bedauern und der Rath, die Wanderung fortzusetzen! Wie wir hören, giebt es gegenwärtig viele Rheumatismus- und Influenza-Kranke, dann auch zahlreiche gynäkologische Fälle und viele Kinderkrankheiten.

**Ueber die Angelegenheit der Frau Rothenburg** wissen hiesige Blätter zu berichten, daß die Dame endlich aus der Anstalt Herzberge entlassen und ihrem Sohne übergeben worden sei.

**Arbeitererfiske.** Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern Vormittag um 11 Uhr in der Ritterstraße ab. Auf dem Dache des

Hauses Ritterstraße 58 waren Dachdecker mit dem Aufstauen und Hinabwerfen von Schnee beschäftigt. Plötzlich stürzte einer von ihnen ab und blieb zwischen der dritten und zweiten Etage an dem um den Leib befestigten Leine, zwischen Himmel und Erde schwebend, hängen. Seine Kollegen hatten die Leine erfaßt und schwebten selbst in der Gefahr, mit hinabzufallen. In dieser Noth rief man nach der Feuerwehr, die sofort mit einem Geräthebewagen erschien. Dieser wurde aber garnicht gebraucht, man zog den in der Luft schwebenden und besinnungslosen Mann in letzter Minute in ein Fenster der dritten Etage. Er hat anscheinend keine Verletzungen erlitten und konnte sich nach Haus begeben.

**Ein Proletariereffen.** Amlich wird folgendes gemeldet: In der gestrigen Nacht starb der 21jährige Kellner Alexander Bögel in seiner Wohnung, Subenerstr. 58, nach dem Genuße von Bratkarloffen, die mit anscheinend verdorbenem Würstchen bereitet waren. Der hingerufene Arzt konnte die Todesursache gar nicht mit Bestimmtheit feststellen, er nimmt aber an, daß durch das Würstchen eine Vergiftung herbeigeführt worden ist. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe geschafft.

**In die Leiche des ermordeten Handelsmannes Jfidor Brod** wurden heute im Krankenhaus am Friedrichshain die Mörder Wolf und Müller, ihr Komplize Birholz, sowie die Verkäuferin Martha Krause gefaßt. Die Verdreher waren unter Eskorte von fünf Kriminal-Schulpeuten mit dem Untersuchungsrichter, dem medizinischen Sachverständigen Medizinalrath Long und einem Gerichtsreiber nach zwei Uhr in sechs Droschken im Krankenhaus eingetroffen. Auf Grund der Aussagen der Untersuchungsgefangenen wurden nach Besichtigung der Leiche neue Nachgrabungen im Friedrichshain vorgenommen. Die Nachforschungen sollen auch theilweise Erfolg gehabt haben. Wie berichtet wird, sind am Rand des Friedrichshains, gegenüber der Friedenstraße, über 100 Mark gefunden worden. Einer der Mörder hatte sich schließlich auf bringendes Zureden des Untersuchungsrichters bereit erklärt, diesen Bericht nachzuweisen. — Um drei Uhr wurde sodann die Leiche gerichtsfällig obduziert. Am Sonntag Nachmittag drei Uhr findet die Beerdigung statt.

**Selbstmord eines Lehrlings.** Auf dem Volkant'schen Felde löbte sich vorgestern Nachmittag der 17jährige Tischlerlehrling Gustav H. durch einen Revolvererschuss in den Kopf. Die Veranlassung konnte nicht festgestellt werden, doch scheint nach Ansicht der Eltern ein langwieriges Halsleiden ihn in den Tod getrieben zu haben.

**Vom Thantwetter.** Vorlechte Nacht um 11 Uhr stürzte vor dem Hause des Uhrmachers Adler, Alte Schönhauserstr. 68, aus der Dachrinne ein ungefähr 8 Meter lauges müdes Stück Eis auf den Bürgersteig herab und traf die vorübergehende unverheiratete Luise Singmann dertartig auf den Kopf, daß sie bewußlos zu Boden stürzte. Sie wurde von einem Schutzmann nach der Polizeiwache gebracht, wo sie sich so weit erholte, daß sie nach etwa 20 Minuten von Hülfsarzt entlassen konnte.

**Der wegen Hochstaperei verhaftete angebliche „Lieutenant Prager“** heißt Buchholz und ist der stellunglose und verstoßene Stiefsohn eines ober-schlesischen Stadttrabes, der für die Schulden seines Sohnes schon seit langem nicht mehr aufkommt.

**Von der Weidendammer Brücke.** Auch die Hoffnung, daß der linke Bürgersteig der Weidendammer Brücke mit Anfang dieses Monats dem Publikum wieder freigegeben werden können, ist eitel gewesen. Da noch die Verbindung des Bürgersteiges der Brücke mit dem Strassenniveau des Reichstagsuferes herzustellen ist, so wird noch einige Zeit vergehen, ehe die ersehnte Freigabe erfolgen kann. Der rechtsseitige Bürgersteig wird in diesem Jahre vermuthlich nicht mehr fertig werden.

### Aus den Nachbarorten.

**In der geiperrten Vereinsbranerei zu Nizdorf** hält der Gesangsverein „Walddes Schatten“ zu Nizdorf am 20. d. M. einen Wasentball ab. Die Arbeiterschaft wird dem Falle Beachtung schenken.

**Au die Parteigenossen Weissenfee's!** Zur Stärkung der Partei und ihrer Organisation ist es erforderlich, daß die Agitation von Mund zu Mund namentlich in den Werkstätten und Arbeitsplätzen mit größter Umsicht und Energie betrieben werde. Vor allem muß dahin gestrebt werden, daß die Parteipresse unter den Arbeitern diejenige Beachtung findet, die ihr gebührt. Darum, Parteigenossen, sorgt und agitirt für die weiteste Verbreitung des „Vorwärts“ in unserem Ort. Der Expeditur für Arbeiterzeitungen ist: Hugo Klaar, König-Chaussee 45b. Beschwerden über unpünktliche Lieferungen u. d. m. können bei folgenden Genossen zur Regulirung abgegeben werden: Robert Pasewaldt, Meyerstr. 11, 1 Tr.; Karl Hauffchild, Friedrichstraße 38, part.; Hermann Schbach, Viktorstr. 118b, 2 Tr.

**Aus dem Reich des Herrn Thielen.** Aus Spandau berichtet die „Sp. Post“: Bei der Eisenbahn hier, namentlich auf dem großen Rangier-Güterbahnhof Lebrter Bahn sind zahlreiche Arbeiter und Hilfsarbeiter beschäftigt, die in Berlin, Charlottenburg und in benachbarten Dörfern des Havellandes wohnen. Bisher ist diesen Leuten, um zur Arbeitstätte und wieder nach Hause gelangen zu können, von der Eisenbahnverwaltung freie Fahrt gewährt worden. Neuerdings ist man jedoch damit vorgegangen, ihnen diese Vergünstigung zu entziehen. Der Grund ist darin zu suchen, daß es in Spandau wohlfeile Wohnungen in hinreichender Zahl giebt, so daß die Arbeiter bequem auch am Ort der Arbeitstätte ein Unterkommen finden können.

**Überhit wird zusammengekommen.** Eine für das Wirken des Militärstaates charakteristische Meldung bringt das „Berliner Tageblatt“: „Im Mittelpunkt des Uebungsplatzes für das Gardekorps zwischen Spandau und Potsdam ist das alte Dorf Döberich gelegen, dessen Kirche auf ein Alter von 800 bis 600 Jahren geschätzt wird. Infolge Anlage des Uebungsplatzes, dessen ganzes, eine Quadratkilometer großes Gelände die Militärverwaltung im Wege der Enteignung erworben hat, ist bekanntlich das Dorf von seinen sämtlichen Bewohnern geräumt worden. Daraus hat das ständige 150 Mann starke Wach- und Arbeitskommando in den Gebäuden des Dorfes Quartier genommen und sich darin ganz heimisch eingerichtet. Es wird Ackerbau und Viehzucht getrieben, und das Ganze gleicht einer militärischen Ackerbau-Kolonie. Dieser landwirthschaftlichen Idylle mitten in dem Kanonen- und Gewehrfener der Garde soll nun auch bald ein Ende gemacht werden. Das Kommando des Uebungsplatzes hat beschlossen, daß für jene Truppenabtheilung an dem Haupteingang des Platzes eine eigene Kaserne erbaut und nach ihrer Ingebrauchnahme die sämtlichen Gebäude des Dorfes geräumt werden sollen. Döberich soll käuflich für die Schießübungen des Gardekorps den Zwecken eines Zielortes dienen.“

**In den Berliner Vororten** spottet der durch die Schneefälle der letzten Wochen hervorgerufene Zustand jeder Beschreibung. Die Provinzialverwaltung hat auf den ihrer Fürsorge unterstellten und durch die Vororte führenden Provinzial-Gauisen auch nicht das geringste zur Hinzuegründung der umgebeneren Schneemassen gethan. Was in dieser Beziehung geschehen ist, das hat die Pferdebahngesellschaft gelehrt. Auf der von Mariendorf nach Pichtenrade führenden Provinzial-Ghauffee sind die Zustände derartig, daß kürzlich eine Hochzeitslustige fast eine Stunde lang im Schritt hinter drei Dämmern herfahren mußte, weil sie von dem einzigen spärlichen Geleise, welches durch den Wagenverkehr entstanden ist, weder nach rechts noch nach links ausweichen konnte. Selbst in dem reichen Schöneberg liegt der Schnee auf den meisten Straßen noch immer meterhoch.

### Kunst und Wissenschaft.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.** „Menschenfresser“, Schauspiel in 4 Akten von Max Wieland. „Friedrich-Wilhelm Schulte hat ein Weib Marie, aber ach, sehr schlecht behandelt hat“

er sie.“ Nach diesem Motto hat eine in ihrer Unschuld gar händliche Seele ein Theaterstück in dem bei Anfängern so sehr beliebten Zeitartikler- und Novellenton gedichtet. Wir erfahren da gräuliche Geschichten von einem Berliner Arzt, der junge Mädchen versührt, wo er sie findet und so froh ist, daß er seiner Frau Vorwürfe wegen der Situation macht, in der sie sich habe antreffen lassen, nachdem sie unfreiwillige Zeugin eines seiner Leichnamtschmelzen geworden. So ein Kerl wird vom Dichter in wohlgefügter Steigerung des Ausdrucks als ein Ungeheuer, ein Minotaurus, ein Menschenfresser bezeichnet. Aber wie so manchen Bühnenintriganten, so trifft auch diesen Arzt eine strenge, aber gerechte Strafe. Er wird, wenn wir nicht irren, von einem betrogenen Freunde im Duell erschossen, und wenn dieser Freund am Ende die Wittwe des Wüstlings beirathen muß, so ist das ebenfalls ein strenges aber nicht zu hartes Walten der poetischen Gerechtigkeit. Die zahlreichen Freunde des angehenden Dichters stützen den Beifall, und wer sonst noch im Theater war, bedauerte, daß Herr Direktor Samst kein Mittel gefunden hat, seine Premièren-Bühne unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wirken zu lassen. Gar mancher Mann würde gern zugeben, daß so ein demittelter Kostgänger dieser Bühne das All der modernen Dichtung von Jfben bis Hartleben in seines Busens Hülle umschließt, wenn er nur selber nicht nöthig hätte, so viel Genialität über sich ergehen zu lassen. Das Stück wurde recht gut gespielt; Herr Giffeld gab den Minotaur so menschenähnlich wie möglich und Hl. Vogl brachte die Leiden seiner armen Gattin mit gemiegender Mäßigung zum Ausdruck.

**Im Schiller-Theater** kommt heute statt der im Spielplan angefügten Vorstellung von „Ein Volksfeind“, das Stowronnel'sche Lustspiel „Eine Palastrevolution“ zur Aufführung.

**Als nächste Volksvorstellung** unter Regie von Julius Tiel geht am nächsten Sonntag zum ersten Male „Räthchen von Sellbrom“ in Szene. Die Titelrolle spielt Hl. Wagner; den Strahl Herr Frey; den Hingegroß vom Stein Herr Jürgas.

### Soziale Rechtspflege.

**Der verbotene Eingang.** Die Hinterbliebenen des Rutscher's Steinberg, der einer schweren Verletzung erlegen war, wurden von der Zuhörwerks-Berufsgenossenschaft mit ihren Ansprüchen auf Unfallrente abgewiesen. St. sollte sich nach den Gründen des ungünstigen Beschlusses durch eigene Schuld außerhalb des Betriebes gefehlt haben. Er hatte am Unglückstage Holz abgefahren und dann dadurch ein Thür mit der Aufschrift „Verbotener Eingang“ den Arbeitsraum einer Ristenfabrik betreten, um sein Seil dort zu schleifen, wie er es schon öfter gethan hatte. Der Maschinist untersagte ihm, den Dampfseilstein zu benutzen, St. ließ sich aber nicht davon abhalten. Als der Maschinist fortgegangen war, versuchte er den Treibriemen, der die Kraftübertragung vermittelt, auf die Welle der Transmission zu bringen. Unglücksfälligerweise kam er ihr mit dem Mittel zu nahe, wurde erfaßt und herumgeschleudert. Nicht lange darauf war er todt. Seine Wittwe und der Vormund der hinterlassenen sechs unmündigen Kinder wurden auch in der zweiten Instanz abgewiesen und das Reichs-Versicherungsamt erkannte ebenfalls zu ihren Ungunsten. Gründe: Das Schiedsgericht habe richtig angenommen, daß St. das Seil zu schleifen verpflichtet gewesen sei. Ebenso richtig sei aber die Annahme, daß St. zu diesem, an sich im Betriebsinteresse liegenden Zweck eine ganz ungeeignete Dertlichkeit und Gelegenheit aussuchte, die zu beugen ihm ausdrücklich verboten gewesen sei, und daß er damit den Rahmen des Betriebes verlassen habe. Bei dieser Sachlage sei es ganz unerheblich, ob St. schon früher einmal sein Seil in der Fabrik geschleift habe. Es sei auch gleichgültig, daß an dem Seilstein und der Transmission die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen fehlten und daß anderen Personen, insbesondere den im Interesse der Fabrik thätigen Frauen und Kindern der Zutritt zu den Fabrikräumen gestattet worden sei.

**Eine der vielen freien Hiffskassen**, die in Hamburg-Altona ihren Sitz haben, verweigerte einem Mitgliede in Hamburg die fernere Unterstützung, nachdem festgestellt worden war, daß der Mann bei seiner Aufnahme absichtlich sein chronisches Lungenleiden verschwiegen hatte. Der Kranke hatte die ihm vor der Aufnahme schriftlich vorgelegte Frage nach etwaigen Erkrankungen beantwortet: „Cholera, sonst nicht“, war aber thatsächlich von einer anderen Hiffskasse bereits wegen eines unheilbaren Lungenleidens unterstützt worden. Die Kasse stützte sich auf ihr Statut, wonach der Ausschluß der Mitglieder erfolgt, die innere oder chronische Uebel verschwiegen haben. Der Ortsarmenverband Hamburg, der die Aufnahme des betreffenden Kranken in ein Krankenhaus ermöglicht hatte, klagte dann gegen die Kasse auf Erstattung der Kosten. Die Besslage wurde dem auch vom Bezirksauschuss aus formellen Erwägungen verurtheilt, daß Ober-Verwaltungsgericht hat indessen jetzt ausgesprochen, daß die Kasse nicht zum Zahlen verpflichtet sei. Nach dem gemeinen Recht, in diesem Gebiete Hamburg liege, siehe dem, der durch Betrug zum Abschluß eines Vertrages bestimmt worden ist, das Recht zu, vom Vertrage jurisdikturten. Dieser Fall liege hier vor und die Kasse sei deshalb im Recht.

**Eine recht eigenartige Auffassung über den Werth des Geldes für Arbeiter** tritt in einem Erkenntnis des Reichs-Versicherungsamtes zu Tage. Das Schiedsgericht der Schlesischen Textil-Berufsgenossenschaft hatte entgegen dem ärztlichen Gutachten einem Angalarbeiter in Langenbiesel, der durch Betriebsunfall an der Hand verletzt war, 7 1/2 pCt. der Vollrente zuerkannt, der Verlesche erhielt demnach 2,25 M. monatliche Unfallrente. Das Schiedsgerichts-Urtheil wurde vom Vorstände der Textil-Berufsgenossenschaft angefochten und das Reichs-Versicherungsamt sprach dem Verleschten die Rente ab, weil das Schiedsgerichts-Urtheil der gesetzlichen Grundlage entbehere, da nach dem Gutachten der Verleschte nicht mehr in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt sei. Am Schlusse der Begründung sagt das Reichs-Versicherungsamt dann, daß eine Rente von 7 1/2 pCt. überhaupt nicht zu bewilligen sei, da diese für den Rentenberechtigten in der Regel keinen wirtschaftlichen Werth habe und eine so geringe Einbuße an der Erwerbsfähigkeit keinen erkennbaren wirtschaftlichen Schaden zur Folge habe.

Wenn die Herren, welche diese Sentenz aussprachen, mit dem Einkommen eines schlesischen Tagelöhners wirtschaften müßten, so würden sie schwerlich der Meinung sein, daß 2 1/4 M. monatlich oder 27 M. jährliche Einnahme mehr oder weniger bedeutungslos sei.

### Gewichts-Beitrag.

**Evangelisch-Kirchliches.** Die Vertreter zweier in der St. Simeons-Gemeinde bestehenden Parteien standen sich heute vor dem Schöffengericht gegenüber. Es handelte sich um eine Privatklage des Kaufmanns Albert Traut und des Zimmermeisters G. Fritsch gegen den Lehrer Emil Jrmisch. Herr Traut ist Vorsteher, Herr Fritsch Schatzmeister des Parochialvereins der St. Simeons-Gemeinde. Lehrer Jrmisch ist Schriftführer des Kirchlichen Männervereins von St. Simeon. Der Parochialverein veranstaltet alljährlich ein oder zwei Kirchenkonzerte zum Besten der Armen und Kranken der Gemeinde. Die Privatkläger behaupteten nun, daß der Beklagte sowohl in einem Privatgespräch, als auch in einigen im „Männerverein“ gemachten Ausführungen die Behauptung aufgestellt habe, daß das Geld aus früheren Konzerten garnicht zu den angegebenen wohltätigen Zwecken, sondern zur Agitation verwendet worden sei. Rechtsanwalt Ullrich als Vertreter der Privatkläger führte aus, daß eine solche Behauptung durchaus unwahr sei und die Mitglieder des Parochialvereins schwer beleidigen müsse, da noch niemals ein Pfennig aus den Ueberschüssen des Parochialvereins zu anderen als den angegebenen Zwecken verwendet worden sei. Rechtsanwalt Boug als Vertreter des Beklagten bestritt dagegen, daß die Privatklage eine haltbare Unterlage habe. Der Beklagte habe keine Aeußerung gethan, die den behaupteten beleidigenden Inhalt hätte. Allerdings habe er in der Versammlung des Männervereins vor einer Beileiligung an dem Kirchenkonzert gewarnt und hinzugesagt, daß bei

einem früheren ähnlichen Konzert die unter Aufsicht des Gemeindeführers stehende ordentliche kirchliche Armenpflege und Diakonie nicht erhalten habe. Der Bellagat selbst erklärte seine Stellungnahme gegen dieses Kirchenkonzert dahin, daß sich die Spitze seiner Ausführungen gegen ein Gebahren des Parochialvereins gerichtet habe, welches wiederholt zu Vergewissungen in der Gemeinde Anlaß gegeben habe. Es gebe eine amtlich geordnete kirchliche Armenpflege, die früher unter Vorsitz des Pastors Niemer gestanden habe. Diese veranstaltete alljährlich ein Konzert zum besten der kirchlichen Armenpflege. Die Gemeindeglieder seien der Meinung, daß diese Konkurrenz des Parochialvereins die kirchliche Armenpflege in ihren Einnahmen schädige, und in diesem Sinne habe er vor einer Beteiligung an dem Kirchenkonzert gewarnt. Die umfangreiche Beweisaufnahme ergab nichts dafür, daß der Angeklagte dem Parochialverein vorgeworfen habe, er verwende die erhaltenen Gelder nicht zu dem angegebenen wohltätigen Zwecke. Rechtsanwalt Bong beantragte deshalb die Freisprechung des Angeklagten, auf welche der Gerichtshof denn auch erkannte.

**Aus Braunweiler.** Der pensionierte Aufseher Peter M a s s o r n wurde am 27. November 1896 vom Landgericht Köln wegen Mißhandlung im Amte zu Strafe verurteilt. Der seit dem Jahre 1892 bei der Provinzial-Arbeitsanstalt in Braunweiler als Aufseher angestellte Angeklagte wurde eines Tages, wie das öfter vorkam, mit einem Transport Korrigenden zur Landarbeit nach einem Gute geschickt. Der Direktor Schellhorn prägte ihm dabei noch besonders ein, er solle darauf halten, daß diejenigen unter seinen Leuten, die demnachst zur Entlassung kämen, saubere Kleider und Wäsche hätten. Malsorn theilte dies denen, die es anging, mit und einer der Korrigenden, dessen Entlassung nahe bevorstand, benutzte eine Arbeitspause, um seine Nase in dem Stalle zu waschen. Der Angeklagte, der dazu kam, ergriff einen Besen und prägelte auf den Korrigenden los, der schließlich vor Schmerzen anfang laut zu schreien. Auf das Geschrei lief eine Magd herbei, die so Peinlich des Vorganges wurde. Malsorn ließ sich übrigens dadurch nicht föhren, sondern prägelte weiter. Die Folge dieser exemplarischen Züchtigung war, daß der Geschlagene vier Wochen lang seinen Arm nicht röhren konnte. Malsorn legte gegen das Urtheil Revision ein, zu deren Begründung er behauptete, die That sei von ihm nicht im Amte verübt worden, denn die Arbeit des Korrigenden sei ja eine rein private gewesen. Das Reichsgericht erachtete jedoch diese Schutz-einwendung für verfehlt und v e r w a r f die Revision.

### Unternehmer-Verbände.

Unter dem Namen „Arbeitgeberverband Lübeck“ ist in Lübeck eine Vereinigung von Unternehmerorganisationen in der Bildung begriffen, die in ihrem Kerne gegen die Organisationen der Arbeiter gerichtet ist. Ordentliche Mitglieder des Verbandes können sämtliche im Lübeckischen Staatsgebiet bestehende oder sich bildende Vereinigungen von Kaufleuten, Industriellen und Gewerbetreibenden werden, welche sich schriftlich zur Innehaltung der Satzungen verpflichten. Außerdem können dem Verbands selbständige Gewerbetreibende als außerordentliche Mitglieder beitreten. Diese dürfen an Versammlungen teilnehmen, haben jedoch kein Stimmrecht. Der Austritt aus dem Verband ist nur „kasshaft“, wenn die Mitgliedschaft ein Jahr vorher gekündigt worden ist. Der Verband will in alle Lieferungsverträge die Klausel einföhren, daß der Fabrikant bei Streiks dem Auftraggeber gegenüber nicht für die rechtzeitige Lieferung der Waare haftet; weiter sollen die dem Verband angehörenden Fabrikanten streikende oder ausgesperrte Arbeiter anderer Fabrikanten nicht einstellen.

Mögen sich die Unternehmer vereinigen, wie sie Lust haben; einer gut organisierten Arbeiterschaft gegenüber können sie sich vor Konjunktionsnischen sichern, und in dem Maße, als die Unternehmer sich zur Bekämpfung der Arbeiter zusammenschließen, wird auch die Zahl der Arbeiter geringer werden, die in der Vereinzelung dahinsinken, anstatt sich an die Berufs- und an die politische Organisation anzuschließen.

**Aus Wühlhausen in Thüringen** wird berichtet, daß sich die größeren Fabrikanten der Strickwarenbranche vereinigt haben, um in Arbeiterfragen gemeinsam vorzugehen.

### Soziales.

**Wegen Ausdehnung der Kranken-Versicherungspflicht** auf die Hausindustriellen werden jetzt, wie der „Konfektionär“ mittheilt, in Berlin Verhandlungen zwischen dem Magistrat und verschiedenen Großkaufleuten der Mäntel-, Herrentonkonnektions- und Wäschebranche gepflogen. Strenge Verschwiegenheit und Unterlassung der Berichterstattung an die Presse soll den Beteiligten auferlegt worden sein! Warum denn?

Die **Wachdruckereibesitzer in Halle a. S.** beantragen in einer Eingabe an die städtischen Behörden, die **h ä d t i s c h e D r u c k a r b e i t e n** nur solchen Firmen zu übertragen, die ihr Personal nach dem gemeinschaftlichen von den Prinzipalen und der Gehilfenschaft vereinbarten Tarife bezahlen. Die Stadt habe schon in Hinsicht auf die Steuerfähigkeit Anlaß, daß die Wachdrucker angemessen bezahlt würden. 1800 Firmen in Deutschland hätten den Tarif angenommen und eingeföhrt, nur die älteste h ä l l i s c h e F i r m a G e b a u e r, S c h w e t s c h e s c h l e i e sich aus; es möchten dieserhalb der Firma städtische Anträge weiter nicht überwiesen werden. Das alte Personal dieser Firma steht seit einer Reihe von Wochen im Streit, weil ihm der Tarif nicht bezahlt wurde.

### Versammlungen.

In einer Versammlung des Wahlvereins für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis, die am Donnerstag in Fickel's Lokal in der Hasenbade stattfand, referirte Stadtverordneter Fröh Z u b e l über: Vorgänge in der städtischen Vertretung. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat beantwortete der Referent eine von Berger und Fahrenwald angeregte Frage über den Unterricht von Dissidentenkinder in der Religionsstunde dahin, daß nach einem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung auf Grund der Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts die Eltern nicht mehr verpflichtet werden können, ihre Kinder am Religionsunterricht theilnehmen zu lassen. Unter „Vereinsangelegenheiten“ entspann sich eine längere Diskussion darüber, wie der Besuch und die Mitgliederzahl des Wahlvereins am besten gehoben werden könne. Für Versammlungen wünschte man als Ankündigung Aulenschlag, während im übrigen die Mitglieder selbst eine etwas regere Agitation für den Wahlverein entfalten sollen, um mit dem Vorstand Hand in Hand gehen zu können.

Die **Drechsler** bielten am 3. Februar im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16, eine Brancherversammlung ab, in der Drechsler K u n z e referirte. Redner warf zunächst einen Rückblick auf das verfloffene Jahr. Nach Ansicht mehrerer Kollegen soll die Kommission, die im vorigen Jahre gewählt wurde, keine großen Früchte gezeitigt haben. Eine objektive Betrachtung ergibt jedoch das Gegentheil. Hervorzuheben ist besonders die Regelung der Arbeitszeit und bleibt es demnach ganz unbegreiflich, daß den jetzigen Versammlungen so wenig Interesse gesollt wird. Das Hauptaugenmerk muß in diesem Jahre auf die Baubranche gerichtet sein, und zwar weil bei Ausbruch der vorjährigen Streiks die Saison genannte Kategorie bereits zu Ende war. Die gestellten Forderungen konnten deshalb nicht zur vollen Geltung gelangen. Folgedessen hätte man erwarten sollen, daß gerade diese in Frage kommende Branche der Versammlung mehr Interesse widmen müßte. In der sehr regen Diskussion wurden die Ausführungen des Redners noch zum Theil ergänzt. Eine heftige Kritik wurde über die sehr lange Arbeitszeit in den Bauwerkstätten von Voigt u. Paulmann, Moabit; Schmidt u. Komp., Schönhauser Allee; Lütjen u. Bruns geübt. Zum Schluß erfolgte die Ergänzungswahl zur Werkstattkontrollkommission.

Der **Zentralverein der Bureau-Angestellten** hielt am 4. d. M. seine regelmäßige Sitzung ab, in der J a d b a c h über den

Rufen der Berufsvereine referirte. Nach dem Vortrage, der eine rege Diskussion zur Folge hatte, wurde die Abrechnung über die Sylvesterfeier gegeben, die einen Ueberschuß von 24,60 M. eingebracht hatte.

Der **Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer** hatte zum 7. Februar eine Versammlung anberaumt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Fröh L s c h ä p e in der üblichen Weise. Auf der Tagesordnung stand ein Referat des Mitgliedes M e h l e über die Bedeutung der Gewerbegerichte. Dem aufkommend ausgenommenen Referat folgte eine Diskussion, an der sich Schulz, Duple, Behrendt und Dietrich beteiligten. Dierauf wurde die Abrechnung vom Maschinenbau gegeben, die in Einnahme 207 M. und in Ausgabe 115 M. auswies. — Am 7. März veranstaltet der Verein im Lokal von Hofmann, Alexanderstr. 27, ein gemüthliches Beisammensein.

Die **Vanarbeiter** beschäftigten sich in der regelmäßigen Mitgliederversammlung am 7. Februar mit der Regelung interner Vereinsangelegenheiten. Unter anderem wurden einige Reichsbeschwerden dem Vorstände zur Prüfung übergeben. Diejenigen Mitglieder, die in der Lage sind, den Delegierten zum Verbandstage ein Logis zu gewähren, wurden aufgefordert, dies zu melden.

Der **Fachverein der Endkateure** wählte in seiner Sitzung am 8. Februar das Mitglied Liebenau zum Hilfskassier für Rißdorf, und Karl Schedt in die Arbeitsnachweis-Kommission. Dierauf sprach das Mitglied Kleinert in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über die Praxis der Gewerbegerichte.

**Holzarbeiter-Verband.** In der Bezirksversammlung für die Rosenhaler und Schönhauser Vorstadt sprach am 8. Februar das Mitglied T o s t über die Verklärung der Arbeitszeit. Unter Vereinsangelegenheiten wurde das Verhalten der Firma Kraß kritisiert, die ihren Arbeitern gekündigt hat, weil sich diese vom Alford keinen Abzug machen ließen. Beschlossen wurde, bei Bachgänger, Schweinmünderstr. 120, eine neue Zahlstelle zu gründen und wurde M e i k e zum Beitragskassier gewählt. In die Werkstattkontrollkommission wählte die Versammlung die Mitglieder D y m o w s k i, Schulz, Leppin, Dannenberg, Rich, Trümpel, Döbed und J a h r.

Im **Fachverein der Bäcker** hielt am 9. d. M. der Naturheilkundige G r u n d m a n n einen Vortrag. Die übrigen Gegenstände der Verhandlung betrafen Vereinsangelegenheiten.

Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Schuhmacher tagte am Donnerstag bei Keller, Kopenstraße, in der Reichstags-Abgeordneter Genosse P e u s über das Thema: „Arbeit, Bildung und Besch.“ referirte. Eine Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. Seitens der Fabrikanten ist der Agitationskommission, welche sich dem Beschluß einer früheren Versammlung entsprechend, an den Fabrikanten-Verband mit dem Ersuchen gewandt hatte, die Arbeiter bei der Verwaltung des von den Fabrikanten eingerichteten Arbeitsnachweises mitwirken zu lassen, folgender Bescheid zugegangen. „In Erwiderung Ihres v. Schreibens vom 23. Januar ertheilt der unterzeichnete Verband daraus gern, daß Sie sich überzeugen haben, daß der Verband der Berliner Schuhfabrikanten zur Wahrung gemeinsamer Interessen nicht zu dem Zwecke gegründet worden ist, um Ihnen die im vorigen Jahre erlangenen Vortheile wieder zu entreißen. Der von unserem Verbands eingerichtete Arbeitsnachweis berührt diese Vortheile nicht, womit wir die Sache für erledigt halten.“ W i l l e r unterzog diesen Bescheid, aus welchem hervorgeht, daß es die Fabrikanten ablehnen, die Arbeiter in der für sie so bedeutsamen Einrichtung mitzuspochen zu lassen und aus dem zu folgern ist, daß die schwarzen Listen auch in Zukunft im Arbeitsnachweis beibehalten werden sollen, um unliebliche Arbeiter auszuwählen zu lassen, einer herben Kritik. Der Redner verurtheilt das Vorgehen, das keineswegs dazu angethan ist, einen dauernden Frieden zwischen Fabrikanten und Arbeitern zu schaffen, rät aber davon ab, unter den gegebenen Verhältnissen durch einen Streit, den, wie es scheint, die Fabrikanten jetzt wünschen, die Mißstände zu beseitigen und fordert zu festem Zusammenstehen in der Organisation auf, um für die Zukunft gesichert zu sein. Dierauf fand folgende, von der Agitationskommission vorgeschlagene Resolution Annahme: „Die Versammlung hält die vom Verein der Schuh- und Schäfte-Fabrikanten ertheilte Antwort für belanglos, da dieselbe die in Frage kommenden Hauptpunkte gar nicht berührt und mithin nicht als Antwort auf das Schreiben der Agitationskommission angesehen werden kann. Die Versammlung erklärt, von der Forderung der Beteiligung an der Verwaltung des Arbeitsnachweises nicht Abstand zu nehmen und mit derselben immer wieder an die Fabrikanten heranzutreten. Die Versammlung erklärt ferner, Forderungen, welche die im vergangenen Jahre vereinbarten Abmachungen überschreiten, nicht zu stellen, um das Vorgehen der Kollegen in der Provinz zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen unterstützen zu können und somit die Konkurrenz, welche der Berliner Schuhindustrie von dieser Seite droht, zu beseitigen. Sollte jedoch versucht werden, die vereinbarten Arbeitsbedingungen durch Lohnreduktionen zu durchbrechen, so sind dieselben mit aller Energie zurückzuweisen.“

**Charlottenburg.** Am 9. Februar tagte hier eine Versammlung der Maurer. Zunächst wurde die Wahl eines Beitragskassiers vollzogen und hierauf ein Antrag angenommen, der bestimmt, daß von Charlottenburg ein Mitglied in die Lohnkommission delegiert wird. Gewählt wurde W. S c h u l z e. In einigen anderen Anträgen, die im Anschluß hieran zur Verhandlung kamen, bestimmte die Versammlung, daß bei Arbeitsniederlegungen von Mitgliedern des Verbandes die statutenmäßige Unterstüßung gezahlt wird. Die Unterstüßungen sind an einem bestimmten Tage vom Hauptkassier in der Filiale auszugeben. Jeder Maurer ist verpflichtet, zum Streikfonds zu steuern, widrigenfalls die Streikunterstüßung davon abhängig gemacht wird. Zum Schluß gelangte nach einer längeren Debatte eine Resolution zur Annahme, in der die Anwesenden aufgefordert werden, sofort die Arbeit einzustellen, sobald von ihnen verlangt wird, die Arbeit des morgens vor 7 Uhr zu beginnen. Nach einem Bericht über das Gewerkschaftskartell wurden Keilmann und P e r n e e zu Delegierten gewählt.

**Tegel.** Am Sonntag, den 31. Januar, fand hier im Restaurant Räßsam — in demselben Lokal, in welchem am 16. Januar eine Volksversammlung stattfand, die aber vom Amtsvorsteher verboten wurde, weil das Lokal durch Petroleumlampen beleuchtet wurde — eine sehr stark besuchte Volksversammlung statt. Die Besetzungsforderung war diesmal schnell geübt, da das Tageslicht seine Dienste spendete. Dagegen hatte der Amtsvorsteher die Erhebung eines Entrees verboten. In einem zweistündigen Vortrag geistliche Reichstags-Abgeordneter Stadthagen in satirischer Weise, das Spitzel- und Lockspitzeltum innerhalb der politischen Geheimpolizei. Die Versammlung spendete dem Referenten reichen Beifall. Eine Resolution, welche sich mit den Ausführungen einverstanden erklärt, wurde angenommen und hierauf Genosse B e d e r zum Vertrauensmann gewählt. Ferner wurde beschloffen, einen Arbeiterverein zu gründen und die Genossen aufgefordert, das Restaurant Räßsam, Schlossstraße, durch ihren Besuch rege zu unterstützen.

**Arbeiter - Bildungsschule.** Sonnabend Abend von 8 bis 9 1/2 Uhr: Nord - Schul-, Brannen - Straße Nr. 36: Natur-Geschichte. Karte und moderne Naturbeobachtung. Problem der Weltbildung im Alterthum. Griechische Weltbild und biblische Überlieferung. Die Entdeckung der Erde aus ihrer herangezogenen Stellung im Weltall. Wissenschaftliche Auffassung und experimentelle Fortschritte. Die Einrichtung des Versuches in das Naturgange (Licht-Strahlung). Das Seelenproblem. Atomismus und Materialismus. Grenzen der Natur-Entstehung. Der Dr. C. P o o l.

Der Unterricht in der S u b o s t - S c h u l e fällt aus.  
**Arbeiter-Bildungsschule.** Sonntag, vormittags von 10 1/2 bis 12 Uhr, 1311 der Hortschulstraße in Nationalökonomie aus.  
Montag Abend kein Unterricht.  
Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Zeitschriftenmaterials schon von 8 1/2 Uhr abends an geöffnet.  
Die **Gesellschaft der Arbeiter-Bildungsschule**, Brannenstr. 36, ist wochentags von 6 — 9 Uhr, Sonntag von 4 — 9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet. Die Geschäftsstelle der Schule N., Brannenstraße 36, die den Vereins-

vorständen zur Vermittlung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 6 — 9 Uhr nachmittags geöffnet.

**Arbeiter-Bildungsschule** Berlin und Umgebung. Vorträge von Dr. Neumann, Hofmeister 7. Die Vorträge im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Rantowstr. 49, o. 2 Tr.

**Arbeiter - Handwerksbund** Berlin und Umgebung. Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 80, 2. Hof, 4 Tr.

**Band der freiwilligen Arbeitervereine** Berlin und Umgebung. Alle Aufträge, den Band betreffend, sind zu richten an F. G e n t, S. Dresdenerstr. 107/8.

**Konfirmanden-Kauf.** Jeden Sonnabend Abend, 8 1/2 Uhr, Dresdenerstr. 63 bei Schol: Gefälliges Beisammensein.

**Freiwillige Gemeinde.** Sonntag, den 12. Februar 1897, vormittags 9 Uhr, Rosenhalerstr. 38: Beirathung. Freireligiöse Beirathung. Am 11 Uhr vorm. ebenfalls: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Rausch Genußgenuß zur Freiheit führen.“ — Montag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, pünktlich, im oberen Saale des „Englischen Gartens“, Alexanderstr. 270: „Gesellschafts-Beirathung“.

**Zentral-Kranken- und Gesundheitskasse für Frauen und Mädchen** Berlin (Verwaltung Berlin IV). Sonntag, den 14. d. M., nachm. 6 Uhr: Mitglieder-Beirathung Blumenstr. 28. Neue Mitglieder werden aufgenommen bei Wierow, Friedenstr. 77, täglich 12—1.

### Vermischtes vom Tage.

— 150 000 Reservisten und Landwehrleute sollen nach der „Allg. Ztg.“ in diesem Jahre eingezogen werden. Die Uebung wird im allgemeinen 14 Tage dauern. —

— In M ü r s bei Krefeld erschöpfte ein Möbelfabrikant infolge von Lohnbifferenzen einen Gefellen. —

— Eine Hochzeit mit Hindernissen. In der Rheinpfalz erklärte unlängst eine Stunde vor der festgesetzten Trauung der Bräutigam, er wolle nicht mitgehen. Man bearbeitete ihn eine Stunde lang, und er wurde weich. Nun sagte aber die Braut Nein! Was nun? Da das Hochzeitsessen schon fertig und auch schon bezahlt war, setzte man sich zu Tische. Es muß allen geschmeckt haben: Am anderen Tage fand die Trauung wirklich statt. —

— Der Wirth der „Kaimjale“ in München hat den Trinkwang aufgehoben. Wer bei ihm verkehrt, aber keinen Alkohol genießen will, hat eine Karte zu lösen, die monatlich 1 M., jährlich 10 M. kostet. —

— Der Oberstjägermeister des Kaisers von Oesterreich, Graf Wolkenstein, hat sich erschossen. —

— Durch Kohlenoxydgas erstickten in Teschen (Oest. Schlessen) ein Maler, seine Frau und seine zweijährige Tochter. Der Ofen war schlecht konstruirt. —

— In der Nähe von Sissef (Kroatien) stürzten zwei Brüder und das Töchterchen des einen vom Wagen in die Save und ertranken. —

— Belgien führt am 1. Mai d. J. das vierundzwanzigtheilige Zifferblatt ein. —

— Der Kapuzinerberg bei Ankona (Italien), welcher besetzt und mit schweren Kanonen armirt ist, hat sich gesenkt. Die Festung mußte geräumt werden. —

— Ein Erdbeben wurde in der ersten Morgenstunde des Freitags an der Ostküste von Sizilien und in Süd-Calabrien verspürt. —

— In Radom (Rußland) wurde eine aus 30 Männern und 8 Frauen bestehende Räuberbande verurtheilt und nach Sibirien geschickt. —

— Der berühmte Schachspieler Steinitz soll in Moskau an einem schweren Gemüthsleiden erkrankt sein. —

— In Beirut (osmanische Türkei) schlug ein mit einem Boobmann und drei Matrosen besetztes Boot des österreichischen Lloyd-Dampfers „Amphitrite“ um. Der Bootsmann wurde von einem Japaisch verschlungen. —

— Eine Million Tael (über 3 Millionen Mark) hat der Chinese Tscheng „geschmiedet“, um Leiter des chinesischen Eisenbahnwesens zu werden. Das Amt muß die reine Goldgrube sein. Vielleicht wissen die Lieferanten von Eisenbahnmateriale etwas davon zu erzählen. —

— Hungersnoth in Indien. An den Nothbauten werden jetzt 2 467 000 Personen beschäftigt. —

### Witterungsübersicht vom 12. Februar 1897.

Stationen.	Barometer stand in mm. revidirt auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (Re. = 4° F.).
Swinemünde . . .	758	W	4	heiter	-2
Hamburg . . .	763	SWW	4	heiter	0
Berlin . . .	761	SWW	4	halb bedekt	0
Wiesbaden . . .	767	W	1	heiter	-1
München . . .	765	SW	1	Schnee	0
Wien . . .	763	SWW	3	halb bedekt	2
Napazanda . . .	746	O	8	Schnee	-12
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Oslo . . .	764	EO	2	Nebel	7
Aberdeen . . .	763	W	1	wolkig	1
Paris . . .	—	—	—	—	—

### Wetter-Prognose für Sonnabend, den 13. Februar 1897.

Wielach heiter, ein wenig kälter bei ziemlich frischen nördlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends, abends von 7—8 Uhr statt.

L. 38. Die Privatwohnung der Herren erfahren Sie doch im Jirhu. Wir wissen sie nicht.

L. Kostlos. Einverstanden.

L. Charlottenburg. Ihre Zuschrift ist lebendiger verwendbar, da die Aufnahme eine Fülle von ähnlichen Einwendungen zur Folge haben würde.

Alter Strahlen-Abonnent. Die Gesellschaft hat sich unseres Wissens noch nicht konstituiert und trägt daher noch keinen Namen. Sobald wir näheres wissen, werden wir auf diese Angelegenheit zurückkommen.

P. 2. Kommen Sie am Sonnabend zwischen 5 und 7 Uhr abends.

G. 2. in G. Wegen die Ausweisung kann Beschwerde (zunächst beim Landrath) erhoben werden, was aber vornehmlich nichts nützen wird. Auf welchem Wege ein Ausländer Verzicht verläßt, ist seine Sache.

A. Schöneberg. Die Mitteilung über ein Vorkommniß auf dem Schöneberger Kirchhofe wurde zurückgestellt, weil belanglos.

H. Müller. Die Invalidenten- und Altersversicherungsanstalt Berlin ist Klosterstr. 34.

R. 6. 31. Wo haben Sie das her?

G. 6. 38. Larmorein flüchte, 2. Damenabtheilung sitzt Montag und Donnerstag, abends von 8—10 Uhr, Adenstr. 67.

**Weiß u. Bahrichs-Lokal** von F. Cantat, Rantowstr. 29. Vereinszimmer mit Piano. 52025

**Wohnungen** von 3, 2 u. 1 Zimdr, Küche u. Bad, Verden, Nähe u. Remisen, Lagererbillig, verna. Franzfurter Allee 16/16a, Nähe G. Bahnhofs.

**Freundl. Holzwohnungen** von 12 bis 16 R. Schweinmünderstr. 61/62.

**Schlafstelle** für 1, auch 2 Herren, Raumstr. 48, 1 Tr., Gde Dranienspl.

**Politur-Arbeiter** werden gesucht. 10062

**Emil Jitze Nachf.** Goldbleichenfabrik, Wandeburg-Subenurg. Gesucht sofort zwei tüchtige

**Waldarbeiter** 31675 auf englische Revolvers über bei dauernder Beschäftigung. Nährl, Schmidt u. Co., Magdalenenstr. 37, Hamburg.

**Goldleisten.** Tüchtige Gelegenen haben bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung Adenstr. 109a. 31815

**Dirigenten** sucht Arbeiter - Gefangenen für Donnerstag Abend, Verordn. Meldung Sonntag, d. 14. d. M., von 2—4 Uhr, d. Adenstr. Franzfurter Allee 206. 31876

Wohnt. Belegertanen, geübte, verlangt Goldbleichenfabrik Deutsch u. Nachmann, Wandeburg-Subenurg.

**Arbeitsmarkt.** Abgeber a. Fronten verl. Brüderstr. 7. Werkbureau verl. Wisenstraße 6, II. Hof.

**50 Korbmacher** finden auf etliche Kugelförde sofort Beschäftigung, Wilhelmstr. 129 i. Kontor.



Literarische Rundschau.

Dr. Rudolf Peters: Der Glaube an die Menschheit; bei Dieck in Stuttgart. 9 Lieferungen à 20 Pf. fertig vorliegend. 280 Seiten.

Max Haushofer: Der moderne Sozialismus; bei Weber in Leipzig. 1896. 301 Seiten. 3 M.

Der moderne Sozialismus, der nach einem Wort von Friedrich Engels von der deutschen klassischen Philosophie befruchtet ist, hat, vielleicht aus dem Bedürfnis heraus, eben dieser Stammesverwandtschaft wegen den trennenden Gegensatz um so schärfer hervorzuheben, von vornherein sich gegen jede Art von Ideologie mit der entschiedensten Polemik gerichtet. Man erinnert sich des beißenden Spottes, den das kommunistische Manifest über den „deutschen oder wahren Sozialismus“ ergoß, der die soziale Literatur der französischen Klassenkämpfe als müßige Spekulation über die Verwirklichung des menschlichen Wesens erscheinen ließ; an den prächtig-revolutionären Trost, mit dem dies Manifest den Appell an alle gegen den Kommunismus ausbedonten bürgerlichen Ideale zurückwies: „Aber streitet nicht mit uns, indem Ihr an Euren bürgerlichen Vorstellungen von Freiheit, Bildung, Recht etc. die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums seht. Euer Glaube selbst sind die Erzeugnisse der bürgerlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse. ... Die Anlagen gegen den Kommunismus, die von religiösen, philosophischen und ideologischen Gesichtspunkten überhaupt erhoben werden, verdienen keine ausführlichere Erörterung. ... Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“ Dem Appell an die „ewigen Ideen“ wird der Appell an die Klasseninteressen des Proletariats, der Nachweis der notwendig fortschreitenden Zerschlagung und Umwälzung aller ökonomischen Verhältnisse, mit einem Worte die reale Macht der sozialen Entwicklung entgegengesetzt. Aber diese echt realistische Denkweise, welche die überlieferte Ideologie verächtlich zur Seite wirft, enthält selbst bereits eine neue, höhere, klarer bewußte Art des Idealismus als ein notwendiges Moment in sich. Die reale Macht der Entwicklung wird getragen von den handelnden Menschen, und das proletarische Klasseninteresse, das als gestaltendes Prinzip die blind grausame Anarchie der freien Konkurrenz planmäßig umzuformen strebt, strebt eben damit einen Zustand an, der dem gegenwärtigen gegenüber die Möglichkeit einer unendlich freieren, reicheren und nach unserer Vorstellung gerechteren Menschheitsentwicklung darstellt, einen Zustand, der daher notwendig als Ideal erscheint.

Realistisch ist die marxistische Sozialdemokratie, in ihrer Taktik, sofern sie mit den realen Machtverhältnissen und Klasseninteressen als den ausschlaggebenden Faktoren der Entwicklung rechnet, idealistisch aber in der frohen und stolzen Hoffnung, daß dieser harte und mühevollen Kampf der Hungrigen gegen die Satten nicht nur die Sättigung, sondern unendlich Höheres der ringenden Menschheit erobern wird. Der Sozialismus, der jede theologisch oder metaphysisch autoritäre Begründung seiner Hoffnungen von sich weist, ist in der Weltgeschichte die erste große Bewegung, die zu einer wirklichen Befreiung des Gegenfahes von realistischer und idealistischer Denkweise vordringen konnte. Man versuche es nur einen Augenblick, die kämpfende Sozialdemokratie aus der modernen Welt hinwegzudenken, und der alte Gegensatz läuft uns sofort wieder unverändert und unvermittelt entgegen. Der Idealismus verliert allen realen Boden, auf den er seine Menschheitshoffnungen begründen kann, er sinkt wieder auf das Niveau eines ohnmächtig an dem festen Gefüge der Wirklichkeit abprallenden Moralismus und Moralismus herab, wie die Welt vernunftigerweise vom idealistischen Standpunkt aus eigentlich hätte eingerichtet sein sollen; und der Realismus, der diesem scheltenden Besserverwissen gegenüber auf die Macht des Bestehenden pocht, verwandelt sich in das widerliche Jerrbild ideologischer, fatter Selbstzufriedenheit.

Diese einseitigen Extreme, die Hegel durch seine Lehre von der Vernünftigkeit und der Dialektik alles Wirklichen in phantastischer Weise mit einander hatte versöhnen wollen, sind in der sozialistischen Entwicklungsbildung, welche in dem gegebenen sozialen Zustande die zersetzenden unumwandelbaren Zukunftsgewalten bereits lebendig sieht, tatsächlich verfehlt. Der Realismus ist revolutionär und der Idealismus, der auf die Wirkung hangrunderer realer Umwälzungen hofft, ist realistisch geworden. Der Glaube an die Menschheit, der sich von diesem neuen Standpunkte des Denkens darbot, ist sicherer, männlicher, und fähiger als jeder frühere Glaube, der, vor der unverständlichen Wirklichkeit die Augen schließend, ins Reich der Wunder und der Träume flüchtet.

Es wäre eine bedeutsame Aufgabe, die Umwandlung, welche die idealistisch gerichtete Denkart durch den modernen Sozialismus auf den verschiedensten Gebieten erfährt, in großen Zügen darzustellen und in Zusammenhang damit die philosophischen Grundgedanken der neuen, eine ganze Weltanschauung in sich bergenden Lehre bis in die letzten Verzweigungen zu verfolgen. Allerdings mehr eine Aufgabe der Zukunft als der Gegenwart, deren Tageskämpfe alle Kräfte vollaus in Anspruch nehmen. Das Peters'sche Buch, dessen packender Titel: „Der Glaube an die Menschheit“, die Erwartungen nach dieser Richtung spannt, zeigt sich denn auch der hohen Aufgabe, die hier zu lösen gewesen wäre, in keiner Weise gewachsen. Aber auch, wenn wir den großen Maßstab fallen lassen und die Grenzen unserer Wünsche recht bescheiden abstecken, läßt diese Schrift, deren bester Zug warme Begeisterung ist, nur allzuviel zu wünschen übrig. Was wir vor allem vermiffen, ist die begriffliche Schärfe der Gedanken wie des Ausdrucks und was damit untrennbar zusammenhängt, die Klarheit und Geschlossenheit des Aufbaues. Jedenfalls sollte doch, wer den Glauben an die Menschheit in einem Buche begründen will, sich in prinzipieller Weise mit dem Wesen der egoistisch in der Grundnatur des Menschen, mit der persönlichen Interessiertheit aller menschlichen Handlungen, auf die der Sozialismus in seiner Lehre von dem Klassenkampf so nachdrücklich hinweist, auseinandersetzen. Wie ist im Rahmen und auf der Grundlage des in egoistischer Weise stets auf irgend eine Art der Selbstbefriedigung gerichteten Willens ein Handeln möglich, welches die menschlich schönen Züge der Gerechtigkeit, des Edelmutts und idealistischer Begeisterung trägt, bei denen der Glaube an die Menschheit so gern verweilt? Diese Frage hätte in ihrer ganzen Bedeutung erfaßt und, wie mir scheint, zum Ausgangspunkt der wichtigsten psychologischen und sozialen Erörterungen gemacht werden müssen. Was aber, von sozialen Erörterungen noch ganz zu schweigen, an Psychologie in dem Buch geboten wird, geht an den Grundfragen achtlos vorüber und trägt den Stempel arger Verschommenheit. Der beschränkte Raum macht uns ein näheres Eingehen auf diesen Punkt unmöglich, als Probe sei nur eine Begriffsbestimmung des „Gemüthes“, zu welcher der auf die Naturwissenschaften eingeheworene Verfasser kommt, hervorgehoben. Das Gemüth, erklärt er (S. 115), ist die erhöhte Lust bei energischer Ablösung dieses Weges (d. h. des Weges, den ein Sinnenreiz von seinem sensorischen Ursprung bis zu seinem motorischen Ziel) verfolgt, indem er eine geringere Zahl von Nervenzellen in den oberen Gehirnteilen passirt, als es beim Handeln aus Ueberlegung geschieht) in besonders dringlichen Fällen.

Welche Unklarheit und welche Verranntheit in das Neben-sächliche!

Die paar Stellen, die über die Marx'sche Werththeorie handeln, sind bei aller Kürze durch einige arge Böden verunreinigt. Der Amerikaner Carey, von Marx selbst im „Kapital“ als Erzkonsumtionarius gezeichnet, gelangt hier auf einmal zu der Ehre, mit Adam Smith und Ricardo zusammen als ökonomischer Vahndreher genannt zu werden, der sich „um die genaue Bestimmung des Werthbegriffes verdient gemacht“; und ein paar Seiten weiter stoßen wir auf die verblüffende Behauptung: „Das Werthgesetz gilt in der Marx'schen Fassung ebenso ausnahmslos wie jedes andere (!) Naturgesetz, sei es in der Physik, der Chemie oder der Biologie“, während bekanntlich der ganze dritte Band des „Kapital“ von nichts anderem als den durch die Konkurrenz verursachten dauernden Abweichungen vom Werthgesetz, mithin doch wohl von „Ausnahmen“ handelt! Umangenehm fällt auch in manchen Partien eine gewisse Nennmisterie mit der sozialistischen Wissenschaft auf, die den Verfasser öfters zu den schiefsten Behauptungen führt, so wenn er in dem Kapitel „die soziale Religion“ erklärt: „Die offizielle Wissenschaft, die ganze Wissenschaft außerhalb des Sozialismus steht vor den religiösen Erscheinungen immer noch als vor unergründlichen Mächten.“ Man braucht nur an die auch in Arbeiterkreisen wohlbekannte Kulturgeschichte des bürgerlichen Soziologen Julius Dippert zu erinnern, um diese Phrase in ihrer Hohlheit zu erkennen.

— — Doch das sind schließlich mehr Nebensachen. Als Hauptsache, zum mindesten als eine Hauptsache, wird von dem Autor die Begründung des naturwissenschaftlichen Materialismus und die Abwehr der kantischen Erkenntnistheorie wie der ihr verwandten „agnostischen“ Stenpsis behandelt. Herr Peters wird uns vielleicht auch als durch „kapitalistische Philosophie“ verseufzt erklären, wenn wir den Lesern seines Buches raten, sich durch den Appell an den „gesunden Verstand des Volkes“ und besonders des durch den Sozialismus gebildeten Arbeiters“ in der schwierigen Streitfrage, die hier mit großem Selbstgefühl so obenhin behandelt wird, nicht fangen zu lassen. Was sollen die Exclamationen, daß Du Bois-Reymond „zum baaren blanken Nisinn“ angekommen ist, wenn er uns das „Gruseln“ beibringen will und uns belchert, die wirkliche Welt sei „kumm und finster an sich, das heißt eigenschaftlos“? Der alle philosophische Gedanke, dem Du Bois-Reymond hier Ausdruck giebt, ist so wenig „unsinnig“, daß er, wie paradox er immer erscheine, durch seine Philosophie und Naturwissenschaft bisher hat widerlegt werden können. Was sind denn Eigenschaften, die nicht empfunden, geschaut und gedacht werden, die nicht Eigenschaften innerhalb der Welt unserer, des allgemein menschlichen Vorstellens sind?

Wie wir den Begriff nicht nur denken können, indem wir den Begriff „rechts“ als Gegensatz mit hinzudenken und jenen hierauf beziehen, ebenso können wir den Begriff der Außenwelt und ihrer Eigenschaften unmöglich denken, ohne ein empfindendes, anschauendes, denkendes Subjekt (wenn auch noch so dunkel und versteckt) als Gegensatz der Außenwelt, mit Bezug auf welches diese mitamtum ihren Eigenschaften erst denkbar wird, mit vorzustellen. Objekt und Subjekt bilden für unser subjektives Denken eine untrennbare gegenwärtige Einheit, jeder Versuch, die eine Seite dieses Gegensatzes als etwas Selbständiges, in sich Abgeschlossenes vorzustellen, geht über die Grenzen unseres Denkerbüdens hinaus. Was wir bei solchen Versuchen in der Hand behalten, hat sich in ein Undenkbares verwandelt. Der Materialismus, der die Materie nicht als Gegenstand unserer Vorstellung, sondern als etwas „an sich Seiendes“ behauptet, muß sich mit diesem Einwurf einer skeptischen Philosophie, welche die in dem Begriffe des „An-sich-Seins“ liegenden Schwierigkeiten aufdeckt, prinzipiell auseinandersetzen. Herr Peters geht dem Kern der Frage in weitem Bogen aus dem Wege.

Wir halten anerkennend die warme Begeisterung, die in dem Buche lebt, hervorgehoben. Aber in dieser Begeisterung ist, um auch dieses noch zum Schluß auszusprechen, doch auch viel Freude, Muth und Sähigkeit enthalten. Der Glaube an die Menschheit, zu welchem die Sozialdemokratie sich bekennen kann, hat etwas Ausgereiftes, im Kampf der Jahrhunderte Gebärtetes an sich; dem hochliegenden Sattungsfolge, der in die Zukunft schaut, sind die gedämpften Trauertöne der auf den leichtenüberfäeten Fortentwicklungsgang zurückblickenden Resignation beigesellt. So herrlich, wie sie Peters darstellt, schaut diese Welt am Alltag — und der Sozialismus verlangt Alltags-Philosophie — doch ganz und gar nicht aus.

Zu der sonst unbescholtenen, ja sogar sehr verdienstlichen Katedismus-Sammlung des Weber'schen Verlages ist von Max Haushofer ein Buchlein: „Der moderne Sozialismus“ erschienen. Das Märchen von der „Theilerei“ und solchen großen Nisinn trifft man heute auch in populären Dar- und Wiberlegungen des Sozialismus nicht mehr an, und Herr Haushofer hat hier und da gelegentlich ganz instruktives Material in seine Ausführungen hineingearbeitet. Die Einwürfe gegen den Sozialismus, die er mit Regimentismus aufmarschieren läßt, sind liebe alte Bekannte; von Auswähl ist nicht viel zu merken, man hat den Eindruck, daß es die Masse bringen soll. Indessen eine Spezialität hat jedenfalls Herr Haushofer; das ist seine Anfrigung über die „Betheiligung“ der sozialistischen Phantasie, während man sich sonst über den Ueberchwang derselben aufhalten pflegt. Bebel und Berkman werden heruntergemacht, da sie (samm glaublich, aber wahr!) „von edlen Gemüthen, von aufragender Geisteshöhe der sozialistischen Gesellschaft nichts anderes in Aussicht zu stellen wissen, als was schon die „verrottete“ kapitalistische Gegenwart erkennen und ausgebildet hat. Nur ist alles in den Superlativ gefeßt.“ Herr Haushofer, der den „Superlativ“ moderner Gemüthe als Bagatelle abweist, und, wenn er nicht die Klage wegen Betheiligkeit erheben soll, den Nachweis ganz neuer Sentationen von dem Sozialismus erwartet, ist jedenfalls eine grobartige und imposante Erscheinung, ein „Alteinslieger“, dem irdische Geister schwer zu folgen vermögen. So zeigt er auch für das „Jenseits“ lebhaftestes Interesse und latschirt in seinem Katedismus die Sozialdemokratie nicht abel: „Glaubst Du an Gott?“ Alle Ausflüchte heißen nicht: „Ist aber doch kein Christenthum!“ Und wo das nicht ist, da herrscht natürlich oberster sittlicher Materialismus: „Die sozialdemokratische Lehre will die Phantasie des Volkes herabziehen. Sie will, daß das Volk ... als hohes, erstrebenswerthes nur gute Wahlheit, freien Genuß der Geschlechtsliebe und geringe Arbeitslast ansehe.“ Woher denn auch nach Herrn Haushofer wahrcheinlich der Glaube an die Menschheit, zu welchem die Sozialdemokratie sich bekennet, herkommen wird. C. S.

Sidney und Beatrice Webb. Die Geschichte des britischen Trades-Unionismus. Deutsch von R. Bernstein. Mit Noten und einem Nachwort versehen von G. Bernstein. XII und 460 Seiten. 8° Preis 5 M. 25 Pf. (auch in 7 Lieferungen à 75 Pf. zu beziehen). Stuttgart 1895. Verlag von J. D. B. Dietz.

Sidney und Beatrice Webb. Der Normalarbeitstag und die englischen Gewerkschaften in G. Braun's Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik. Band IX. (1896.) S. 440-468.

Sidney und Beatrice Webb. Die Stellung der britischen Gewerkschaften gegenüber der Einführung neuer Arbeitsmethoden, ebenda, X. Band. (1897.) S. 83-119.

E. Hugo: Die englische Gewerkevereins-Bewegung. Nach G. Howell. The conflicts of capital and labour. VIII u. 205 S. M.-Oktav. Preis 1 M. 50 Pf. Stuttgart. J. D. B. Dietz.

Paul de Roussiers: Trade-Unionisme en Angleterre avec la collaboration de M. M. de Carbonnel, Festy, Fleury et Wilhelm (Bibliothèque du Musée social. XI u. 358 S. M.-Oktav. Paris, Armand Colin u. Cie. Preis 4 Fr.

Dr. Max Pirsch, Anwalt der deutschen Gewerkevereine: Die Entwicklung der Arbeiter-Berufsgewerkschaften in Großbritannien und Deutschland. 75 S. M.-Oktav. Berlin, Hermann Vahrs Buchhandlung (R. Hofmann).

Parvus, Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Kritischer Bericht über die nächsten Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung. 120 Seiten Kleinoktav. Dresden. Verlag der „Sächs. Arb.-Ztg.“

G. Mauerer, Die nächsten Aufgaben der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Heft 19 des Jahrgangs 1896/97 der „Neuen Zeit“, Seite 503-558.

Tätigkeitsbericht der Gewerkschaftskommission Oesterreichs für 1894 bis 1896 und Protokoll des zweiten österreichischen Gewerkschaftskongresses, abgehalten vom 25. bis 29. Dezember 1896 im Hotel Union. Redigirt nach dem stenographischen Protokoll von A. Hueber und R. Preußler, VII, 105 und 128 S. S. 8° und zahlreiche Tabellen. Preis 1 fl. Wien. Verlag von Anton Schöner.

Ein Jahr der schwersten gewerkschaftlichen Kämpfe liegt hinter uns; in dieser Woche kam der Hamburger Hafenarbeiter-Streik zu Ende, eine der gewaltigsten Lohnbewegungen, mit Fähigkeit und Opfermuth geführt, mit bewundernswürdiger Solidarität von den Arbeitern aller Branchen, von den Arbeitern aller Theile des Reichs gestützt, und in dieser Woche jäherte sich der Tag, wo die lange vorbereitete, von der Sympathie der weitesten Kreise getragene Konfektionsarbeiter-Bewegung zur Arbeitsniederlegung schritt und zwischen diesen Marx'isten der gewerkschaftlichen Geschichte Deutschlands haben wir große Streiks und Ausperrungen der Metallarbeiter, Bauarbeiter, Putzmacher, Musikinstrumentenmacher, Lithographen und Buchbinder etc. zu registriren, gewerkschaftliche Kämpfe, die auf die verschiedensten Ursachen zurückzuführen sind, Angriff- und Abwehrkämpfe, die auf die Anerkennung der Organisation, um die Erzwingung des 1. Mai als Feiertag, Lohnbewegungen, Kämpfe um geordnete Lohnsätze, gegen Verringerung der Löhne, um Ermäßigung der Arbeitszeit: die mannigfachste Musterkarte von Lohnbewegungen nach Art des Zwecks wie nach der Taktik. Das große Streikjahr, das am letzten Sonnabend mit dem vorläufigen Waffenruhen der Hamburger zum Abschluß kam, wird nicht mit rothen Buchstaben in die Geschichte des deutschen Proletariats eingetragen werden; trotz der aufsteigenden wirtschaftlichen Konjunktur, trotz des durch diese und den hohen Opfermuth aller Klassengenossen erzielten reichen Zususses der Unterstützungsgelder entsprach das Endergebnis der Kämpfe lange nicht den Erwartungen der Arbeiter. So mancher Streik wäre nicht unternommen worden, wenn man sich nicht erst nach Beginn der Lohnbewegung ein klares Bild von der Stärke und Geschlossenheit der Unternehmer-Organisation gebildet hätte, wenn man sich nicht erst über die richtige Wahl des Zeitpunktes der Lohnbewegung ein klares Bild gemacht hätte; bei so mancher Lohnbewegung hätte sich der ungünstige Ausgang viele Wochen früher voraussagen lassen, trotzdem ließ man nur zu oft den Streik so lange währen, als nur irgendwie Unterstützungsgelder anzutreiben waren. In diesen und vielen anderen ähnlichen Betrachtungen geben die abgeschlossenen Lohnkämpfe des verfloffenen Jahres dem rückschauenden Beurtheiler Anlaß.

Der wäre ein schlechter Freund unserer Gewerkschaften, der darüber schwiege, daß wir uns auf gewerkschaftlichem Gebiete noch gar viel zu lernen hätten, zu lernen bezüglich der Taktik der Gewerkschaften im allgemeinen, der Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, und vor allem der Technik der Lohnkämpfe. An Bildungsmitteln nach dieser Richtung fehlt es nicht, nur scheinen sie wenig bekannt zu sein, zu wenig ihre Lehren beachtet zu werden. Gerade das verfloffene Jahr brachte uns eine starke Bereicherung unserer Literatur über die Gewerkschaften, Schriften, außerordentlich abweichend in ihrem Werthe, zum theil von uns besprochen, wie die Arbeiten von Schmidt, Parvus, Fr. Hofmann, Friede, zum theil im folgenden zu besprechen. Erfreulich ist, daß eine Reihe Schriften über die englische Gewerkschaftsbewegung zu registriren sind, Schriften, die die Entwicklung bis zur Gegenwart führen und die frei sind von den mit den Jahren größer werdenden Fehlern des vor fast einem Menschenalter erschienenen Werkes von Lujo Brentano: „Die Arbeitergilden der Gegenwart“. Jahrzehnte hindurch hat im wesentlichen die Kenntniß der englischen Gewerkschaftsbewegung bei den deutschen Arbeitern auf diesem Buche und auf Aufsätzen verständiger und unverständiger Nachschreiber der in diesem Buche enthaltenen Anschauungen beruht. So mußten wir sehr erfreut sein, daß der rührige Verlag von J. D. B. Dietz in Stuttgart uns eine Uebersetzung der besten und eingehendsten und bis auf die Gegenwart reichenden Darstellung der Geschichte des britischen Trades-Unionismus bot. Die Verfasser sind den deutschen Arbeitern nicht unbekannt. Eingehende Auszüge aus ihrem Werke veröffentlichte der „Sozialdemokrat“. So mancher wird auch die ausgezeichnete Schrift über die englischen Genossenschaftsbewegung aus der Feder von Frau Beatrice Webb kennen. Die Theilnahme der beiden Verfasser, die zu den hervorragendsten Mitgliedern der englischen Fabian Society gehören, am letzten internationalen Kongreß zu London wird unseren Lesern auch noch in Erinnerung sein.

Wir haben es hier mit einem der tüchtigsten, fleißigsten und objektivsten Bücher zu thun, die in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Sozialökonomie erschienen sind, die Verfasser haben keine Nähe gesucht, alles irgendwie gewinnbare Material von Arbeitern, Unternehmern, Organisationen, aus der vorliegenden Literatur, aus Bibliotheken, Archiven, aus dem Gedächtnisse der früher in diesen Organisationen Thätigen etc. etc. zu sammeln und zu einer klaren, anschaulichen und gründlichen Darstellung zu verarbeiten. In eindringlicher Weise zeigen die Verfasser, wie das Material für die Geschichte der Gewerkschaften verschunden ist und wie das noch vorhandene in Gefahr ist, verloren zu gehen. Bedenkt man, wie wichtig für den künftigen Geschichtsforscher unserer Tage die Darstellung der gewerkschaftlichen Kämpfe, des Werdens, Entwickelns und Zugrundegehens dieser Organisationen ist, so wird vielleicht dieser Fingerzeig den deutschen Gewerkschaften Anlaß geben, alles erreichbare historische Material zu sammeln und baldmöglichst zu sichern. Hier könnte unsere Generalkommission ein neues, wenn auch von ihrer Hauptaufgabe etwas abseits liegendes Arbeitsfeld finden. Wie dringlich es ist, mit der Sammlung der Materialien zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften zu beginnen, geht schon aus dem einen Beispiele hervor, daß für die Thätigkeit wichtiger Gewerkschaften in Berlin am Ausgang der 80er Jahre alles Material wie Protokollbücher, Flugblätter etc. verloren gegangen ist und daß alles, was selbst den leitenden Personen einer Gewerkschaft, die wir speziell im Auge haben, zugänglich ist, nichts anderes ist, als kurze Berichte im

„Berliner Volksblatt“ und in der Fachzeitung des betreffenden Berufes. Doch nach dieser Absehwiegung wieder zu dem Buche des Ehepaars Webb.

Der vorliegende Band enthält kurz ausgedrückt, die äußere Geschichte der englischen Gewerkschaften, die Darstellung ihres Ursprunges und der Jahrzehnte währenden Kämpfe, die sie führen mußten, um aus geheimen zu gebildeten und aus gebildeten zu anerkannten und aus anerkannten zu vielfach ausschlaggebenden und politisch einflussreichen Organisationen sich zu entwickeln. Die lehrreich ist diese Entwicklung auch für die Gegner der Arbeiterbewegung, für die Stumm, Kardoff, Bismarck, v. d. Rode und Genossen! Da können sie lesen, daß insolge des merkwürdigen Wachstums der Gewerkschaften von Yorkshire und Lancashire im Jahre 1799 das Gesetz 59 Geo. III c. 81 ausdrücklich all' und jede Verbindung für kriminell strafbar erklärte. Dieses Gesetz richtete sich nicht im Vorhinein so doch in der Anwendung lediglich gegen die Arbeiter. Aus der ganzen Epoche der Unterdrückung, wo Tausende von Arbeitern für das Verbrechen leiden mußten, Verbindungen eingegangen zu sein, wird von keinem Falle berichtet, wo ein Unternehmer für das Vergehen bestraft wurde, eben ganz wie dem König Stumm schien dem landläufigen Politiker eine Verbindung von Unternehmern mit einer solchen von Arbeitern durchaus nicht vergleichbar. Strafen von 2 Jahren Gefängnis wegen Teilnahme an einer gewerkschaftlichen Besprechung waren durchaus nichts ungewöhnliches. Im Jahre 1819 wurde die Koalitionsfreiheit der englischen Arbeiter noch weiter beschränkt, fast alle öffentlichen Versammlungen konnten verboten werden, das Preßgesetz wurde verschärft und alle Veröffentlichungen der Arbeiterklasse einer erdrückenden Stempelsteuer unterworfen. 1824 gelang es den Freunden der Gewerkschaften, vor allem Place und Hume, durch Ueberumpelung des Parlaments eine Aufhebung der Koalitionsverbote durchzusetzen. Ein Gesetz von 1825 befristete im wesentlichen das Gesetz des vorangegangenen Jahres. Aber damit war der behrliche Kampf gegen die Trades-Unionen nicht eingestellt. Ganz im Gegenteil, hat sie mit der Nütze des Verbindungsgesetzes zu nützigen, wandle man gegen sie nun die Skorpion des Verschönerungsgesetzes an. Und alle möglichen Interpretations-Kunststücke an anderen Gesetzen wurden angewandt, um die gewerkschaftliche Tätigkeit zu unterbinden. Im Jahre 1834 wurden Arbeiter wegen rein gewerkschaftlicher Tätigkeit in sieben Jahren Deportation — wer denkt da nicht an den Expatrationsparagrafen, mit dem Puttkamer das Sozialistengesetz verschärfen wollte — verurteilt. Noch im Jahre 1867 wurde der Gewerksverein der Kesselbauer durch Gerichtsurteil zu einer außergerichtlichen Vereinigung gestempelt, weil er auf die Beinträchtigung der gewerkschaftlichen Freiheit hingielte, und das Gesetz von 1871, durch das erst die Gewerksvereine zu anerkannten und geschützten Assoziationen wurden, befristete noch ausdrücklich die gegen die gewerkschaftlichen Aktionen gerichteten Gesetzesbestimmungen und verschärfte noch ausdrücklich einige. Jetzt erst war ein Streik vollkommen gesetzlich, — aber wenn die angewandten Mittel darauf berechnet waren, auf den Unternehmer einen Zwang auszuüben, so waren diese Mittel ungesetzlich, und eine Verbindung, die dem Zweck diene, eine gesetzliche Handlung mit ungesetzlichen Mitteln auszuführen, war eine strafbare Verschönerung. Mit anderen Worten, der Streik selbst war gesetzlich, aber alles, was behufs Ausführung eines Streiks geschehen mochte, war strafbar, so wurden im Dezember 1872 Londoner Gasarbeiter zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie durch Vorbereitung einer gesetzlichen Niederlegung der Arbeit Zwang und Belästigung gegen die Unternehmer ausübten. Erst durch ein Gesetz vom Jahre 1875 wurde den Forderungen der englischen Gewerkschaften vollständig entsprochen, nun waren endlich Unternehmer und Arbeiter gleichberechtigte Parteien, die Bestrafung des Kontraktbruchs mit Gefängnis wurde abgeschafft, die Kampfmethoden der Gewerkschaften wurden ausdrücklich anerkannt, so z. B. das Postenstreiken. Damit war nach einer strengen Anwendung und schroffen Auslegung aller möglichen Ausnahme-gesetze gegen die Gewerkschaftsbewegung von der organisierten Bourgeoisie zugestanden, daß all' diese Kampfsmittel die aufsteigende Klassenbewegung des Proletariats nicht zu hindern vermochten.

Wir haben diese Seite des Webb'schen Buches so ausführlich behandelt, weil sie leider von dem höchsten Interesse für Deutschland ist, wo die verbohrteten und kurzfristigen Vertreter des Klassenkampfes auf Seite der Bourgeoisie, und ihre Diener in den Parlamenten und in der Presse Tag aus Tag ein die Beschränkung des Vereinsrechts zum Schaden des Proletariats fordern. Das Beispiel Englands belehrt sie nicht über die Fruchtlosigkeit dieser Politik, so müssen sie am eigenen Leibe die Früchte ihrer Taktik ausprobieren. Wir glauben, daß das deutsche Unternehmertum, wenn zuletzt die Reche aufgerechnet wird, sie kostspieliger finden werden als die Arbeiter.

Was wir hier in kurzen Zügen dargestellt haben, ist in dem Webb'schen Buche in anschaulicher Weise, aber ohne irgendwie nutzloses Beibringen und dadurch zu ermüden, dargestellt. Daneben werden gründlich die Entwicklung der Organisation, die Kämpfe und die Gestalt derselben, die Gründe des Klagens und Regens bestimmter Formen der Organisation behandelt. Der Raum verbietet es leider, darauf weiter einzugehen.

Besonderes Interesse werden auch die beiden letzten Kapitel beanspruchen können, die „der alte und der neue Unionismus“ und „die Welt der Gewerksvereine 1892—1894“ betitelt sind; in denselben wird ein kurzer Ueberblick über die neuen Strömungen in der Bewegung, über das Eindringen der sozialistischen Ideen und über den gegenwärtigen Stand der Gewerkschaftsbewegung gegeben.

So großen Dank wir dem Ehepaare Webb für ihre ausgezeichnete Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung, der wir die weiteste Verbreitung in den Kreisen der deutschen Arbeiter wünschen, schuldig sind, so begierig sind wir auf die Fortsetzung der Arbeit, die die innere Geschichte der Trades-Unionen, eine Darstellung ihrer Kampfmethoden und Kampfmittel, ihrer so hoch entwickelten gewerkschaftlichen Diplomatie, eine Zusammenfassung der slowakischen Wirkungen der Gewerksvereinstätigkeit, ihre Stellung zur Sozialgesetzgebung und vieles andere behandeln soll. Die deutsche Ausgabe des Webb'schen Buches ist sehr gut ausgestattet und durch ein interessantes Nachwort und einige Notizen in London lebenden Genossen Eduard Bernstein bereichert. Die Uebersetzung ist im ganzen gut lesbar und nur an manchen Stellen etwas holprig, in einzelnen Wendungen kommt ein etwas zu gewöhnliches Anleihen an die englische Ausdruckweise zum Vorschein.

Die Arbeiten zum zweiten Bande des Webb'schen Buches, das seiner mehr praktischen Seite wegen für uns von noch größerem Interesse sein muß, scheinen schon sehr weit vorgeschritten, denn die in letzter Zeit erschienenen Aufsätze der Webb über die Gewerkschaftsbewegung in englischen und anderen Zeitschriften scheinen abgeschlossene Kapitel aus dem Werke zu sein, das uns hoffentlich auch bald nach der Ausgabe des englischen Textes in deutscher Uebersetzung vorliegen wird. Hier wollen wir nur die in deutscher Uebersetzung erschienenen Abhandlungen erwähnen. Sie finden sich im Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, und zwar im Band IX: „Der Normal-Arbeitstag und die englischen Gewerkschaften“, und im Band X: „Die Stellung der britischen Gewerksvereine gegenüber der Einführung neuer Arbeitsmethoden“.

Für alle diejenigen, die sich über das innere Leben der englischen Gewerkschaften informieren wollen, denen es an Zeit gebricht, die umfangreichen Arbeiten des Ehepaars Webb zu lesen und die nicht das Erscheinen des zweiten Bandes ihres großen Werkes abwarten wollen, ist die Bearbeitung des Howells'schen Buches über die Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital durch den genauen Beobachter der englischen Arbeiterbewegung, Genossen Hugo, aufs beste zu empfehlen. Demnächst soll eine Lieferungsangabe des trefflichen Werkes erscheinen. Wir würden uns freuen, wenn diese Gelegenheit, sich die infraktive Schrift leicht anzuschaffen, von möglichst vielen Mitgliedern deutscher Gewerkschaften benützt würde.

Das vom Museo social herausgegebene Buch von Paul de Roussiers „Trade-Unionisme en Angleterre“ (Die Gewerkschaftsbewegung in England) kann zwar lange nicht auf den Werth und die volle Unparteilichkeit des Webb'schen Werkes An-

spruch machen, aber durch viele Einzelheiten und die Fortführung bis auf die Gegenwart hat es Bedeutung. Besonders die Abschnitte über die Schiffbauer, Bau- und Landarbeiter-Gewerkschaften werden dem nichtenglischen Leser viel Neues bieten. Das gleiche läßt sich nicht von der Schrift Max Hirsch's über die Entwicklung der Arbeiterberufsvereine in Großbritannien und Deutschland sagen. Derselbe Mangel an Originalität, dieselbe Selbstberührung bezüglich der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine, der gleiche Eifer, den Gewerkschaften, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, etwas an Feige zu finden, findet sich in dieser Arbeit wie in den zahlreichen früheren Schriften des Herrn Max Hirsch.

Das von der Schrift von Parvus über die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie eine dritte Auflage erschienen ist, wollen wir hier nur registrieren. Die vom Verfasser über den Gothaer Parteitag in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Artikel, sowie die Resolution des Londoner internationalen Sozialkongresses sind im Anbange beigelegt. Wir dürften noch bei Besprechung der Lehren des Hamburger Hafenarbeiter-Streiks Gelegenheit haben, uns mit der optimistischen Tendenz der Schrift des begabten Verfassers auseinander zu setzen.

Der Aufsatz von G. Maurer in der „Neuen Zeit“ über die nächsten Aufgaben der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist vernünftig gehalten, ohne gerade etwas Neues zu bieten. Er scheint den Zweck zu verfolgen, wieder eine Diskussion über Aufgaben und Grenzen der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu veranlassen.

Der Tätigkeitsbericht der Gewerkschaftskommission Oesterreichs für 1894 bis 1896 und das Protokoll des II. österreichischen Gewerkschaftskongresses ist eine Fundgrube der Belehrung für diejenigen, die sich über den Stand der sich erfreulich entwickelnden österreichischen Gewerkschaftsbewegung und über die Anschauungen, die in ihr herrschen, unterrichten wollen.

Ein Beitrag zur Geschichte der bürgerlichen Arbeiter-schutz-Gesetzgebung in Deutschland. Von G. Heineke, Töpfer, mit einem Vorwort versehen von A. Brinckmann, Zimmerer. Das Ergebnis jahrelanger, sorgfältiger Aufzeichnungen, die Missstände im Vaugewerbe betreffend, liegt in dieser Schrift vor uns. Der bisher vorhandene Mangel an geordnetem Material, welches der interessierten Arbeiterschaft bei der Besprechung über die unerhöhten Zustände, die auf den Bauten vorherrschend sind, dienen soll, ist durch die Schrift beseitigt. Dieselbe enthält außer den Protokollen über die Verhandlungen, die von einer Dresdener Bauarbeiter-Kommission im Reichskanzleramt und im Reichversicherungsamt geführt wurden, weitere amtliche Schriftstücke, Verordnungen u. s. w., welche die einschlägigen Fragen behandeln. Außerdem wird in einer Zeitschrift an den Bundesrath auf die Gefahren hingewiesen, welche bei der heutigen verwerflichen Ausübung von Bauten für die Arbeiter in gesundheitlicher Beziehung entstehen. Hieran schließen sich statistische Erhebungen der Zentral-Kranken- und Sterbelisten der Maurer, Töpfer, Maler und Zimmerer über Art und Dauer der Krankheitsfälle, sowie der daraus sich ergebenden Mortalitätsziffern. Den Schluß bilden zwei Flugblätter der Kommissionen der Bauarbeiter Dresdens und Hamburgs aus dem Jahre 1895, welche die Grundlege erkennen lassen, auf welcher die Agitation zur Beseitigung der Missstände im Vaugewerbe ins Werk gesetzt wurde.

Die Schrift ist im Verlage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien, Hamburg, Zollvereins-Niederlage, Wilhelmstr. 13, erschienen. Der Preis pro Exemplar beträgt 30 Pf. Wiederverkäufern resp. Buchhändlern wird das Exemplar mit 20 Pf. exkl. Porto berechnet. Des werthvollen Materials wegen, welches die vorliegende Schrift enthält, ist derselben die weiteste Verbreitung in den zuständigen Arbeiterkreisen zu wünschen.

In demselben Verlage erscheint in nächster Zeit eine weitere Broschüre, welche die vorhandenen Missstände im Vaugewerbe speziell behandelt.

# Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

besetzt  
Schuhwaaren en gros & en detail  
in eleganter und solider Ausführung.



## Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen

Bellealliancestrasse 98,99  
und  
Rosenhalerstrasse 63,64  
verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:  
München, Sendlingerstraße 10.  
Dachauerstraße 83.  
Landshuterstraße 7.  
Frankfurt a. M., Liebfrauen-  
berg 28.  
Düsseldorf, Bismarckstraße 91.  
Köln a. Rh., Eigelstein 68.  
Bremen, Paulsenstraße 75.  
Hannover, Klagenmarkt 7a.  
Hamburg, Bergstraße 8a.  
Leipzig, Seilerstraße 37.  
Braunschweig, Höhe 4.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufrieden gestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.

Damenstiefel von M. 3.50, Herrenstiefel von M. 5.75.  
In der Bellealliance-Strasse bitte genau auf Nummer 98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

### Confirmations-Stoffe

für Knaben und Mädchen in grosser Auswahl!  
Unsere reichhaltige Frühjahrskollektion in Herren- u. Damenstoffen versenden wir auf Wunsch sofort franco.

Für unsere sehr beliebten Spezialitäten „Roland Cheviot“ (zu Herrenanzügen), „Branhilde“ (Hauskleiderstoffe) brauchen wir, der starken Nachfrage wegen, ca. 8—10 Tage Lieferzeit u. bitten daher um rechtzeitige Bestellung. Alle Aufträge von 20 Mk. an und Muster stets franco.  
**Carl H. Klippstein & Co., Mühlhausen i. Thür. II.**  
Weberlei und Versand-Geschäft.



Hackescher Markt 4, **J. Brünn** Am Stadtbahnhof  
Ecke Neue Promenade. „Börse“.

Nach beendeter Inventur gelangen in u. mehr große Lagerbestände meiner  
**Teppiche! Gardinen! Steppdecken!**  
Fertige Wäsche! Leinwandwaaren!  
zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum

**Ausverkauf!**

### Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hittschke**, gegründet 1872, **Stalischerstr. 13**, Ecke Admiralstraße, am Rathhuser Thor.

### Jede Uhr

reparirt und reinigt  
folgt bei mir unter  
Garantie d. Aufgebens  
nur 1 Mart 50 Pf.  
einer Uhr, kleine Reparaturen  
billiger. Großes Lager neuer und  
gebrauchter Taschenuhren, Regu-  
latoren und Becker, alle Arten  
Ketten, sowie Brillen u. Pinzetzen.  
— **Carl Lux, Uhrmacher,**  
35 Chaussee-Strasse 35.

## PATZENHOFER Bockbier

kommt am 6. Februar er.  
zum Ausstoss und wird  
allen Verehrern desselben  
hierdurch bestens in  
Gebinden und Flaschen  
(letztere ohne Pfand)  
empfohlen.



Prämiirt  
mit der Preussischen  
**Staats-Medaille in  
Silber** auf der  
Berliner Gewerbe-  
Ausstellung  
1896.

Fernsprecher: Amt VII, No. 2200 u. 5335.

**Herren-Hüte 65 Pf.**  
Bessere Hüte, enorm billig,  
verkauft aus der Fabrik  
im Komptoir  
**Garnier-Strasse 4/5,**  
Katholiken-Allee 101.  
Sonntags geöffnet.

### Für 36 Mark

feine Anzüge nach Maß für 30 M.  
H. Sommer-Paletot nach Maß für  
8—12 M. feine Hosen nach Maß,  
Gehrock-Anzüge zu billigen Preisen,  
Groß-Stofflager. 10572\*  
**Krausenstr. 14, I. kein Laden.**

Möbel, Spiegel  
und  
Polsterwaaren  
Reelle  
Waare.  
**Franz Tutzauer**  
Taschlermeister, Blücherstr. 14.  
Ganze  
Wohnungs-  
Einrichtungen  
in Nussbaum u. Mahog.  
zu soliden Preisen.

**Musikinstrumente**  
Maler Art. Fortschrittsreiche  
Bezugspreise. Garantie. Musik.  
Praktikatalog 112 Seiten portofrei.  
**G. Schubert & Co.**  
Berlin SW., Beuthstr. 17, I.  
(kein Laden.) 9829\*

**Lanolinseife!**  
macht die Haut ganz u. geschmeidig.  
1 Stück Lanolinseife und ein reines  
Handtuch liefern ich 1,00 M. u. Mode.  
Handtuch-Berlei, Joh. E. Fagner,  
Neue Köpenickerstr. 17.  
Fernsprecher Amt VII, Nr. 2087.

**Brauerei  
Biheldsdorf**  
Celvium: Otto Starck  
labri zum  
**Bock-Anstich**  
ein. 10444\*

Jeden Sonntag von nach-  
mittags 4 Uhr ab: Großer Ball bei  
zwei Dabellern. Garberode frei.

**Künstliche Zähne.**  
H. Ziefens, Rosenhalerstr. 61, 2 Tr.  
\*) Teilzahlung pr. Woche 1 M.